

(Beginn: 15.42 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 9. Sitzung des Rates der Stadt Köln in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüße die Vertreterinnen und Vertreter des Bürgerbegehrens, unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie natürlich alle Mitglieder des Rates.

Unser Thema heute ist von besonderem öffentlichen Interesse. Damit möglichst viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt die Möglichkeit haben, unsere Sitzung - in Anführungszeichen - live zu verfolgen, wird der Ton der Sitzung in den Theo-Burauen- und in den Kardinal-Frings-Saal übertragen. Ich gehe davon aus, dass das Ihre Zustimmung findet. - Ich begrüße bei dieser Gelegenheit auch die Zuhörer und Zuhörerinnen in den beiden genannten Räumlichkeiten.

Außerdem möchte ich auf einen besonderen Jahrestag hinweisen. Auf den Tag genau heute jährt sich die Wahl von Frau Spizig zur Bürgermeisterin zum zehnten Mal.

(Beifall)

Das verdient in der Tat Beifall. Sehr geehrte Frau Spizig, ich gratuliere Ihnen im Namen aller Kolleginnen und Kollegen zu diesem Jubiläum sehr herzlich. Sie sind damit von allen derzeit amtierenden Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern am längsten durchgehend im Amt. Ich bedanke mich für Ihr Engagement in den zurückliegenden Jahren und freue mich auf eine vor uns liegende weiterhin gute Zusammenarbeit. Noch einmal: Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall - Angela Spizig [BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN]: Danke! - Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Blumen erhalten die Freundschaft! Wir möchten weiter mit ihr befreundet sein! - Frau Moritz überreicht einen Blumenstrauß!)

An die Zuhörerinnen und Zuhörer in den anderen Sälen: Frau Spizig erhält gerade einen Blumenbouquet. Es ist ihr anzusehen, dass es ihr sehr gut gefällt.

(Angela Spizig [Bündnis 90/Die Grünen]: Auch ich möchte jemandem

gratulieren! Meine Mutter hat heute Geburtstag, und wie vor zehn Jahren sitzt sie oben auf der Tribüne!)

- Wie ich gerade höre, hat die Mutter von Frau Spizig heute Geburtstag und ist ebenfalls hier anwesend. Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag auch von unserer Seite.

Nun an die Arbeit. Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Bosbach, Herr Houben, Herr Granitzka, Herr Kretschmer, Herr Rouhs und Herr Schöppe entschuldigt. Frau Dr. Müller wird etwas später kommen.

Als Stimmzähler, falls es heute erforderlich werden sollte, benenne ich Frau Möller, Herrn Kienitz und Herrn Thelen sowie als Vertreter Frau Mucuk-Edis, Herrn Köhler und Frau Thelen.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zusetzungen sind im Entwurf gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Es gibt folgende Zusetzungen:

- Tagesordnungspunkt 2.3: Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Kontrollen der bauzeitlichen Wasserhaltung an der U-Bahn-Haltestelle Heumarkt“,
- Tagesordnungspunkt 2.4: Weitere Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Kontrollen der bauzeitlichen Wasserhaltung an der U-Bahn-Baustelle Waidmarkt“,
- Tagesordnungspunkt 2.5: Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Vom Umgang mit Kritik: Der Begleitband zur Ausstellung des Kölner Historischen Archivs in Berlin“

Abgesetzt worden ist Tagesordnungspunkt 5.

Des Weiteren hat die Fraktion pro Köln einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel „Beteiligung der Ratsfraktionen an den etwaigen Kosten des Bürgerentscheids zum Neubau oder der Sanierung des Schauspielhauses“ eingebracht, über den wir zuerst abstimmen. - Ich bitte den Antragsteller, die Dringlichkeit zu erläutern. Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! In der heutigen Ratssitzung werden wir darüber zu entscheiden haben, ob in einer fundamentalen Frage eine Bürgerabstimmung, also eine allgemeine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger, stattfinden soll oder nicht. Das ist ein bisher einmaliger Vorgang. Wir hoffen natürlich, dass der Rat das selbst in den Griff bekommt, dass es also nicht so weit kommen muss.

Die Verwaltung hat uns mitgeteilt, dass man für eine solche Abstimmung, die für Mitte Juli vorgesehen ist, über 1 Million Euro verausgaben würde. Da solche Abstimmungen in einer repräsentativen Demokratie nicht die Normalität darstellen, sind wir als die von den Bürgern auf Zeit gewählten Vertreter schon der Meinung, dass angesichts der enormen Kosten auch die Politiker ihren Anteil tragen sollten. Vor diesem Hintergrund haben wir folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Falle eines Bürgerentscheids zur Frage Neubau/Sanierung des Schauspielhauses 25 Prozent der Sitzungsgelder für die Fraktionen der Parteien im Rat der Stadt Köln zur Kostendeckung ab Juli 2010 für den Rest der Wahlperiode einzubehalten.

Wir sind der Meinung, dass wir es den Bürgern angesichts eines Haushaltsdefizits in Höhe von über 250 Millionen Euro nicht zumuten können, jetzt auch noch die Kosten für diesen Bürgerentscheid zu tragen. Wie sollen wir den Bürgern erklären, welcher Kindergarten geschlossen wird? Wie sollen wir den Bürgern erklären, welches Schulangebot eingestellt werden muss? Ich denke, es wäre ein gutes Zeichen, wenn wir selbst dazu beitragen würden, die Kosten etwas abzufedern. Ich bitte Sie daher, diesen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen. - Danke schön.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen hierzu? - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Herr Oberbürgermeister! Ich bitte Sie, von Ihrer Seite etwas dazu zu sagen. Ein solcher Beschluss würde gegen die Gemeindeordnung, in der die Aufwandsentschädigung geregelt ist, verstoßen. Das ist das Individualrecht Einzelner. Das kann

man nicht per Ratsbeschluss aufheben. - Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Anstatt eine inhaltliche Diskussion über die Zulässigkeit eines solchen Antrags zu führen, sollten wir darüber abstimmen, ob dieser Antrag überhaupt auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Wer ist für die Dringlichkeit dieses Antrages der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Als Nächstes müssen wir die Reihenfolge der heutigen Tagesordnung festlegen.

Ich schlage vor, den Tagesordnungspunkt 1.1, die Anfragen unter 2.1 und 2.2 sowie den Tagesordnungspunkt 3 zum Thema Bürgerbegehren an den Anfang unserer Sitzung zu legen und gemeinsam zu beraten. Ich weise schon jetzt darauf hin, dass die Grünen zum Tagesordnungspunkt 3 einen Änderungs- bzw. Zusatzantrag eingebracht haben.

Des Weiteren schlage ich vor, die Tagesordnungspunkte 2.3 und 2.4 gemeinsam zu behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Tagesordnung oder zu deren Reihenfolge? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

**3 Bürgerbegehren „Rettet das Schauspielhaus“
hier: Entscheidung über die Zulässigkeit des Begehrens, ggf. Sachentscheidung
1125/2010**

Lassen Sie mich auch für die zahlreichen Zuhörerinnen und Zuhörer hier auf der Tribüne und in den Sälen die grundsätzlichen Regelungen zum Ablauf dieser Ratssitzung erläutern.

Wir haben eben beschlossen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 1.1 sowie die Anfragen unter 2.1 und 2.2 gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. In Tagesordnungspunkt 3 müssen wir zwei Entscheidungen treffen - das ergibt sich aus dem Beschlussvorschlag, den die Verwaltung zum Tagesordnungspunkt 3 vorgelegt hat -, und zwar zuerst die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens - das ist eine förmliche Feststellung; da gibt es keinen Ermessensspielraum - und danach die

Sachentscheidung, die uns ja in besonderer Weise interessiert.

Um zu einer Sachentscheidung kommen zu können, wollen wir uns natürlich intensiv austauschen. Ich erläutere Ihnen kurz die Redeordnung, die nach der Geschäftsordnung und unserer Satzung zum Bürgerbegehren Folgendes festlegt:

Die Debatte wird begonnen mit Beiträgen der Vertreter und Vertreterinnen des Bürgerbegehrens. Sie haben eine Redezeit von 15 Minuten. Gemäß den mir vorliegenden Wortmeldungen werden in der ersten Runde Frau Ruba Salim und Herr Thomas Luszak das Wort erhalten. Danach werde ich selbst das Wort ergreifen. Anschließend haben die Ratsmitglieder je nach Größe der Fraktionen Zeit und Gelegenheit, vorzutragen.

Im Hinblick auf die Bedeutung des Themas halte ich es für angemessen, die Redezeit pro Fraktion heute auf maximal acht Minuten zu erhöhen. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? - Das ist der Fall.

Im Anschluss an die Redner der Fraktionen haben die Vertreter des Bürgerbegehrens noch einmal Gelegenheit, sich zu Wort zu melden und sich maximal weitere zehn Minuten zu äußern. An dieser Stelle wird Herr Jörg Jung sprechen. Im Anschluss daran haben selbstverständlich noch einmal einzelne Ratsmitglieder die Möglichkeit, sich zu Wort zu melden. Danach schließlich kommen wir zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 3. - So weit zur Reihenfolge.

Ich bitte nun die Vertreterin des Bürgerbegehrens, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, das Wort zu ergreifen. - Frau Ruba Salim, bitte schön.

Ruba Salim („Mut zu Kultur“): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Roters! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Verehrtes Publikum! Mein Name ist Ruba Salim. Ich stamme aus dem Irak. In Peking geboren, in Schweden, Libyen und Jugoslawien aufgewachsen bin ich nach meinem Abitur an der Musik- und Ballettschule in Bagdad nach Deutschland gekommen. Mein Vater war Diplomat, Schriftsteller, Künstler, und meine Mutter ist Deutsche. Ich wurde 1982 in Köln eingebürgert, genauer gesagt: am 11.11.1982, und tatsächlich um 11.11 Uhr.

(Heiterkeit)

Seitdem habe ich die Freiheit, zur Wahl gehen zu können, sehr gern und intensiv wahrgenommen, was ich auch weiterhin als ein Recht der Bürger ansehe.

Am 19. Dezember trafen wir uns in dieser Konstellation im Schauspielhaus. Nach der Ratssitzung vom 17. Dezember war uns klar: Wir wollen ein Bürgerbegehren initiieren. Obwohl die Zeit sehr knapp war - dazwischen lagen Weihnachten und Silvester -, haben wir es geschafft, das Ganze sachlich zu sehen und langsam aufzubauen. Wir sind auf die Straße gegangen und haben dort erfahren, dass sich die Bürger der Stadt Köln große Sorgen machen, nicht nur angesichts der finanziellen Lage der Stadt, sondern auch im Hinblick auf den Erhalt ihrer historischen Bauten. Ich habe mit vielen gemeinsam in der eisigen Kälte gestanden. Unsere Helme mit der Aufschrift „Rettet das Schauspielhaus“ konnten uns nur wenig schützen. Aber das war es wert; denn unsere Sache kam in Fluss.

Ich bin auch die Hüterin der Stimme. Bei mir sind täglich Hunderte Briefe eingegangen; noch heute kommen Briefe an. Man sollte nicht denken, dass der Fluss oder das Interesse der Bürger nach dem 2. März, also dem Tag, an dem wir die Unterschriftensammlung abgegeben haben, die schon ausgereicht hat, nachgelassen hätte. Ganz im Gegenteil, bis zum 12. März kamen weitere 20 000 Stimmen dazu. Ich muss dazusagen, dass die Altersgruppe unglaublich variiert: von Baujahr 1917 bis zu den ganz Jungen, die noch in die Oberstufe gehen. Gerade bei den jungen Leuten ist das Interesse gestiegen. Meine Tochter geht auf das FWG und hat hautnah miterlebt, wie Geschichte einstürzen kann. Auch deshalb ist die Beteiligung und das Interesse für die Stadt insbesondere vonseiten der Oberstufenschüler wirklich immens.

Wir konnten in vielen Gesprächen feststellen, dass die Bürger vor allem die finanzielle Lage, in der sich Köln befindet, wahrnehmen und sich deshalb Sorgen machen. Sie hoffen - die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt -, dass ihr heute für unser Begehren stimmt, auch wenn sie wissen, dass die Durchführung eines Bürgerentscheids Kosten von 1 Million Euro verursachen würde. Manche von euch sagen vielleicht, das sind doch Peanuts. Ihr habt sonst sicherlich mit ganz anderen Relationen zu tun. Aber für die Kölner Bürger sind 1 Million Euro keine Peanuts. Es gibt Projekte, die nur 5 000 Euro kosten würden, aber selbst dafür nicht genehmigt werden. Das ist schwer zu erklären.

Ich meine, das ist eine Möglichkeit für euch, Nähe zu den Bürgern zu schaffen.

In Aachen beispielsweise hat es die Bürgerinitiative geschafft, einen Neubau per Bürgerentscheid zu stoppen. Ich gehe davon aus, ja, ich bin mir ziemlich sicher, dass wir genügend Stimmen für den Bürgerentscheid zusammenbekommen. Daher plädiere ich dafür, uns angesichts der immensen Kosten dessen Durchführung zu ersparen, obwohl das natürlich - das will ich nicht abstreiten - ein schöner demokratischer Prozess ist. Ich habe in den letzten Monaten viel dazugelernt, was Demokratie angeht. Aber nichtsdestotrotz wäre es wirklich eine Entscheidung für Bürgernähe, wenn ihr euch heute Abend entschließt, dem Bürgerbegehren beizutreten. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen von CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen - Beifall auf der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Salim. - Herr Luczak, bitte.

Thomas Luszak („Mut zu Kultur“): Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte für das Bürgerbegehren kurz zusammenfassen, warum wir Sie bitten, unserem Begehren heute zuzustimmen.

Erstens. Warum haben wir eigentlich die Frage, die schon so lange in Köln diskutiert wird, um fünf nach zwölf noch einmal in dieser Intensität aufgeworfen? Wir sind der Meinung, dass sich die Voraussetzungen für die beschlossene Neubauplanung im Laufe der letzten zwei Jahre Schritt für Schritt beinahe unbemerkt geradezu heimtückisch geändert haben, was sich in den drei Zusammenbrüchen zur Jahreswende 2008/2009 manifestierte: Am 15. September 2008 brach die Lehman Brothers Bank zusammen. Infolge dessen brach eine globale Finanzkrise aus, die bis in die tiefsten Tiefen der städtischen Haushalte reicht. Am 3. März 2009 brach das Stadtarchiv zusammen. Kurze Zeit später kam es zu der ernüchternden Kostenexplosion in Sachen Schauspielhaus. Ein Kraftakt, der 2007 noch legitim und möglich erschien, erscheint uns heute nicht mehr möglich; denn durch die nun notwendigen Abspeckungen und Reduzierungen würde ein städtebauliches und funktionales Desaster erzeugt.

Zweitens. Wir betonen, dass wir nicht grundsätzlich gegen das Neue, gegen einen Neubau sind. Sicherlich, ein Teil der Stadtgesellschaft ist grundsätzlich dafür, die historische Architektur möglichst komplett und in jeder Form zu erhalten. Aber das ist nicht der Konsens, von dem das Bürgerbegehren getragen wird. Wir sehen vielmehr durchaus die Möglichkeit, die Stadt innerhalb ihrer Möglichkeiten weiterzubauen und auch hier und da auf ein Denkmal zu verzichten. In Abwägung der nun geschrumpften Potenziale sind wir allerdings dagegen, an der Neubauplanung festzuhalten. Wir verstehen unser Engagement nicht als Kleinmut, sondern als Aufruf zum intelligenten Sparen. Wenn wir die Chance haben, innerhalb der bestehenden Grundmauern eine ähnlich gute oder eine ebenso gute Lösung mit positiven Nebeneffekten zu erzeugen, dann sollten wir sie in Zeiten wie diesen bevorzugen.

Ich war - der Zufall wollte es - gestern in Berlin und konnte das Projekt „Dialog Kölner Klimawandel“ der Stadt Köln vorstellen, das vom Haus der Architektur gemeinsam mit dem Katalyse-Institut für angewandte Umweltforschung betrieben und von der RheinEnergie mit Fördermitteln unterstützt wird. Es war ganz seltsam, fast schon ergreifend, von den bundesweit angereisten Kommunen, Initiativen und Partnern des BDA und des Ministeriums zu hören, dass zwischen dem Thema des Umgangs mit dem historischen Erbe und dem Thema des Klimawandels eine direkte innere Beziehung besteht. Deshalb war das Thema Schauspielhaus plötzlich mitten im Zentrum dieser Frage, wie wir eigentlich mit unserer Umwelt umgehen. Wie gesagt, das ist keine fundamentale Ablehnung. Wir reden auch nicht einer Glasglockenmentalität das Wort. Wir sind durchaus für Weiterbauen und gegen Glasglockendenken.

Drittens. Wir vonseiten des Bürgerbegehrens waren zuerst nicht bereit, in die Planung selbst einzusteigen oder einzugreifen. Wir waren sogar misstrauisch, als wir zunehmend gefragt wurden: Was wäre denn die Alternative, wie viel würde sie kosten, und wäre sie überhaupt umsetzbar? Wir haben dann sozusagen unsere letzten Kräfte mobilisiert und mit großer Unterstützung von Experten aus den Bereich des Vergabewesens und der Bühnentechnik - mehr oder wenig unentgeltlich - zusammengerauft und hinter die Kulissen geschaut.

In der sehr schönen Veranstaltung am Sonntag konnten wir Lösungsansätze aufzeigen, die zwar nicht das Gelbe vom Ei sein mögen, aber die

einfach ausdrücken: Wenn man sich einmal entschieden hat, für den Erhalt zu sein, dann lässt sich eine ganze Menge machen, viel mehr, als wir selbst gedacht hätten. So sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass das zu erhaltene Schauspielhaus in vielerlei Hinsicht einem Neubau sogar überlegen ist, nicht nur was die Repertoiremenge betrifft, sondern auch angesichts der Potenziale, die das Opernquartier bietet. So könnte man beispielsweise den Bereich der Opernterrassen und die angrenzenden Bereiche sehr gut nutzen. Wir möchten die Synergien der Bühnen erhalten. Wir möchten *die* Bühnen der Stadt Köln und keine künstlich auseinandergerissene Tätigkeit der Bühnen.

Ich möchte zum Schluss ein paar Sätze zu den Erfahrungen unserer Bürgerinitiative mit Politik und Verwaltung sagen. Wir haben in den letzten Wochen quasi einen Crashkurs in Sachen Politikunterricht bekommen und Blicke hinter die Kulissen tun dürfen, die man in dieser Form wahrscheinlich nur einmal im Leben machen wird.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann man auch wiederholen!)

Die gewonnenen Erkenntnisse haben uns zu der Meinung geführt, dass nicht nur die Bühnen der Stadt Köln reparaturbedürftig sind, sondern auch der Bühnenbetrieb des Schauspiels zwischen Politik und Verwaltung. Zunächst möchte ich betonen, dass uns die Verwaltungsspitze immer fair, höflich und sehr korrekt behandelt hat, zuerst eher mit einem Haifischlächeln, zum Schluss in der Tat auf Augenhöhe und sehr freundlich.

(Beifall bei Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Während wir die Politik anfangs als verzweifelt oder auch unwirsch darüber, warum diese so komplizierte Frage nun mit Hauruck wieder gestellt werden kann, erlebt haben, konnten wir dann feststellen, wie die Politik zunehmend selbstbewusst die auch unserer Meinung nach nicht ausreichende Unterrichtung durch die Verwaltung angepackt hat. Wir wurden von allen Parteien eingeladen, was ja nicht selbstverständlich ist. Vielleicht ist das auch der Beginn einer anderen Form der Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung in Köln.

Das Maß an Transparenz, wie es in der von Ihnen organisierten Veranstaltung am Sonntag

zum Tragen kam, die wir übrigens sehr gelungen fanden, sollte Maßstab für die Behandlung ähnlicher Fragen in der Zukunft sein. Unterschätzen Sie bitte nicht - das ist an die Verwaltung gerichtet - die Fähigkeiten der Bürgerschaft und natürlich auch die der Politiker in Zeiten des Internets. Wenn man nur will, kann man inzwischen ganz schnell hinter die Kulissen schauen und den manchmal rätselhaften Zahlenwerken und Formulierungen entnehmen, was uns Bürgern möglicherweise droht. In Kenntnis dessen werden die Bürger sagen: Leute, durch erzwungene oder scheinbar ausweglose Situationen lassen wir uns nicht die Entscheidungsfähigkeit abnehmen. Es gibt immer eine Alternative.

Eine Zustimmung zu unserer Forderung, das Schauspielhaus zu erhalten, verstehen wir in keiner Weise als Ohrfeige für diejenigen, die 2006 und 2007 einen Kraftakt für die Kultur beschlossen haben und bis heute daran festhalten wollen. Wie auch immer es heute ausgehen mag: Wir hoffen auf Ihre mehrheitliche Einsicht. Diejenigen, die auf der anderen Seite stehen, möchten wir in Zukunft mit ins Boot holen. Sollten wir unterliegen, werden wir auch weiterhin unsere Hand zur inhaltlichen Zusammenarbeit ausstrecken; denn die Basis ist gelegt.

Wir freuen uns, dass unser Bürgerbegehren nicht irgendeine Seitenfrage der Stadtentwicklung betrifft, sondern eine Kernfrage, nämlich das Verhältnis zur Kultur und der schöpferische Umgang mit dem historischen Erbe, der Kraft und dem Image Kölns. Ich glaube, gerade durch die Lagerbildung für oder gegen den Erhalt des Schauspielhauses ist es gelungen, einen absolut breiten Konsens zu finden, was auch in der Fairness der Diskussion in den letzten Wochen zum Ausdruck kam. Wir hoffen, dass dies auf die nächsten politischen Entscheidungen und Wege Kölns ausstrahlen wird. - Danke.

(Beifall bei Teilen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP - Beifall auf der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank. Sie haben sich wirklich professionell an die Redezeit gehalten.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Rat hat am 17. Dezember des vergangenen Jahres den Beschluss gefasst, das nach den Plänen des Kölner Architekten Wilhelm Riphahn

errichtete Opernhaus zu sanieren und das Schauspiel durch einen Neubau zu ersetzen. Dies war ein wegweisender Beschluss, mit dem ein neues, prägendes Opernquartier geschaffen werden kann. Das Schauspiel erhält dadurch ein eigenes Gewicht und löst sich aus dem Anhängsel an die Oper. Auch in der reduzierten Form bleiben das neue Schauspiel und die sanierte Oper ein kulturelles Kraftwerk, eine Landmarke für die Bedeutung der Bühnen in unserer Stadt.

Manche Kritiker stören sich an der Größe und an der Dominanz des geplanten Neubaus. Ich sehe das nicht so. Nun lässt sich lange über die künstlerische Gestaltung streiten. Mich überzeugt die klare Architektursprache: keine historisierende Anbiederung an den bestehenden Riphahn-Bau, sondern erkennbar eigene Konturen. Deshalb ist der vorliegende Entwurf des Architekturbüros JSWD zu Recht Sieger des international ausgeschriebenen Wettbewerbs geworden. Und: Auch das Centre Pompidou, die Pyramide im Louvre oder die neue Pariser Oper wurden anfangs mit Skepsis aufgenommen; heute zählen sie zum festen Bestandteil des Pariser Kulturlebens. Das neue Opernquartier hätte - das ist meine feste Überzeugung - alle Chancen, eine vergleichbare internationale Ausstrahlung zu erzielen. Darum habe ich mich für den Beschluss am 17. Dezember stark gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was habe ich zu meinem Amtsantritt im Oktober vorgefunden? Eine langjährige, zähe Diskussion um Neubau oder Sanierung, eine Fehlkalkulation, eine ausufernde Kostenberechnung, einen Planungsstopp - und all das in einer Situation, in der dringlicher Handlungsbedarf bestand. Wir wissen, mit Ablauf dieser Spielzeit wird die Oper geschlossen. Mir ging es darum, endlich für Oper und Schauspiel klare und eindeutige Perspektiven zu schaffen. Das Projekt ist sorgfältig durchgeplant und solide berechnet. Der Zeitplan ist in der Tat sehr ehrgeizig, aber durchaus realistisch. Aus diesem Grund stehe ich nach wie vor zu dem Beschluss vom 17. Dezember. Er gibt endlich Planungssicherheit für Oper und Schauspiel, auch wenn - das will ich hier nicht verhehlen - Fragen des Denkmalschutzes und des Urheberrechtsschutzes noch einer endgültigen Klärung bedürfen.

Jetzt, nach Abschluss des Wettbewerbs, gibt es Widerstand gegen die Beschlüsse. Bereits bei der Übergabe der circa 30 000 Unterschriften am 2. März habe ich zum Ausdruck gebracht, dass

das Anliegen der Initiatoren, das Schauspiel zu erhalten, ernst genommen werden muss. Auch wenn es in der jetzigen Entscheidungssituation sehr spät kommt: Ein Bürgerbegehren ist ein legitimes Instrument unserer lebendigen städtischen Demokratie. Es ist natürlich müßig, über die Beweggründe des Bürgerprotestes zu spekulieren. Aber nachdenklich - das muss ich sagen - stimmt es mich schon, dass plötzlich auch diejenigen ihr Herz für das jetzige Schauspielhaus entdecken, die noch vor Jahren vehement den Abbruch des gesamten Ensembles gefordert und einen Neubau am Rhein favorisiert haben.

(Beifall bei SPD und FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

So hatte man zum Beispiel auch nichts dagegen, als das alte Verlagshaus des *Kölner Stadt-Anzeigers*, ebenfalls ein Riphahn-Bau, zugunsten einer Einkaufspassage geopfert wurde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Ulrich Breite [FDP])

Die Verwaltung ist den Initiatoren des Bürgerbegehrens offen und fair begegnet. Die Verfahrensabläufe, sehr geehrter Herr Stadtdirektor, wurden einvernehmlich besprochen. Nachdem feststand, dass eine Zusammenlegung mit dem Termin der Landtagswahl aus rechtlichen Gründen nicht möglich war, ist der Termin für den Bürgerentscheid auf den 11. Juli festgesetzt worden.

(Zuruf von der CDU: So weit sind wir noch nicht!)

Die Befürworter des Bürgerbegehrens sprechen sich gegen den Abriss und für die Sanierung des Schauspiels aus. Jedoch - das müssen wir uns immer wieder vergegenwärtigen - gibt es bis jetzt kein einheitliches Sanierungskonzept. Das ist auch auf der Informationsveranstaltung am vergangenen Sonntag deutlich worden. Zwischen den Vorschlägen der Bürgerinitiative und den Vorstellungen der Intendantin, Frau Karin Beier, gibt es erkennbare, massive Unterschiede. Die Bürger können aber nur dann entscheiden, wenn die Alternativen klar und präzise beschrieben sind. Deshalb habe ich zugesagt, so schnell wie möglich alle Beteiligten an einen Tisch zu holen, und zwar mit dem Ziel, ein Sanierungskonzept solide und glaubhaft durchzuplanen. Sicherlich reicht die Zeit bis zum 11. Juli nicht, um eine Planungstiefe wie beim

Neubau zu erreichen; aber die Eckpunkte und die Konturen einer Sanierung können klarer beschrieben und der Kostenrahmen präzisiert werden.

Jetzt ist es Zeit, die Bürger entscheiden zu lassen. Wer mit dem Ziel angetreten ist, das Bürgervotum einzuholen, der sollte dies jetzt auch konsequent verfolgen. Angst vor der eigenen Courage ist kein guter Wegbegleiter. Bis zum heutigen Tag halten sich die Planung und auch die Kostenberechnung der Befürworter sehr im Vagen. Ich weise mit Nachdruck darauf hin; das ist auch am Sonntag noch einmal deutlich geworden. Die Vorstellungen sind bis zu diesem Zeitpunkt nicht ausgereift. Das kann man weder der Bürgerinitiative noch Frau Beier und auch nicht der Verwaltung zum Vorwurf machen. Es ist aber ein Faktum: Sie sind nicht ausgereift.

Wer jetzt dem Bürgerbegehren beitrifft und sich für die Sanierung ausspricht, muss sich darüber im Klaren sein, dass er Risiken in Kauf nimmt, die deutlich höher sind als die der Neubauvariante. Ausschreibung und Vergabe müssen überdacht und voraussichtlich vollkommen neu entwickelt werden. Die damit verbundenen zeitlichen Verzögerungen sind heute nur schwer absehbar. Meine Sorge besteht darin, dass sich die Interimszeit für Oper und Schauspiel so weit ausdehnt, dass beide Bühnen dauerhaft Schaden nehmen. Jeder, der heute für den Beitritt stimmt, muss sich dieser Konsequenz bewusst sein. Darüber hinaus gibt es keine Garantie, dass die Sanierungskosten uns nicht letztlich doch davonlaufen. Das wäre dem Ansehen der Stadt sicherlich nicht förderlich.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir geht es nicht darum, letztendlich recht zu behalten. Ich weiß - das habe ich gestern auch noch einmal deutlich gemacht -, auch eine Sanierung ist realisierbar. Ich kann mir vorstellen, einer Sanierung zuzustimmen, wenn dadurch - das ist das Entscheidende - erhebliche Einsparungen erzielt werden und auch die Funktionalität der Bühnen deutlich verbessert wird. Das ist jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht einschätzbar. Deshalb plädiere ich dafür, die Zeit bis zum 11. Juli zu nutzen. Sollte sich allerdings heute eine Mehrheit für den Beitritt entscheiden, wird die Verwaltung, wie es ihre Aufgabe ist, alles daransetzen, den Beschluss im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger und im Interesse der Strahlkraft unserer Bühnen entsprechend umzusetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Bitte schön, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren des Bürgerbegehrens! Heute findet eine wichtige und wegweisende Sitzung des Rates der Stadt Köln statt; denn wir haben zwei kulturpolitische Entscheidungen zu treffen, die von hoher Bedeutung und großem Belang sind: Während im zweiten Teil der Sitzung ein Entscheid über die Archäologische Zone und das Museum der jüdischen Kultur ansteht, wird jetzt über die Zukunft des Opern- und Schauspielhauses entschieden.

Seit der Ratssitzung im Dezember 2009 hat es unter Fachleuten in Verwaltung und Politik, aber vor allem in der Bürgerschaft eine hoch engagiert, überwiegend sachlich und leidenschaftlich geführte Debatte gegeben. Diese letzten Wochen waren nicht nur interessant und haben große Teile der Bevölkerung motiviert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen; sie haben uns alle auch inhaltlich weitergebracht. Dafür möchte ich im Namen der SPD-Fraktion allen, die an diesem Prozess, in welcher Art auch immer, aktiv beteiligt waren, ganz herzlich danken. Das war ein Mehrwert, das war ein Gewinn.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dieser Prozess hat am Sonntag einen eindrucksvollen vorläufigen Abschluss gefunden. Ich bin froh darüber und danke dem Oberbürgermeister und der Verwaltung, dass sie es an diesem spannenden Informationstag ermöglicht haben, dass sich alle über jedwede Variante, die momentan im Raum steht, informieren konnten. Ich danke auch allen, die ihre Vorstellungen unter Einsatz von Eigenmitteln - wir haben es eben von Herrn Luszak gehört - präsentiert haben. Unser Dank gilt ebenso Frau Beier, Herrn Thiess und anderen. Das war wirklich eine sehr spannende Veranstaltung. Mein Eindruck war, dass hier mit Respekt die verschiedenen Lösungen diskutiert wurden und es bei vielen, und zwar in alle Richtungen, einige Aha-Effekte gegeben hat.

Die SPD-Fraktion - damit komme ich zum vorläufigen Fazit - wird sich heute dafür aussprechen, die Frage Neubau oder Sanierung

des Schauspielhauses gut vorbereitet und gut aufbereitet allen Kölnerinnen und Kölnern bei einem Bürgerentscheid zur Entscheidung vorzulegen. Diese Position ist durch sachliche und grundsätzliche Überlegungen getragen, die ich hier gerne erläutern möchte.

Die Entwicklungen seit der Ratssitzung im Dezember vergangenen Jahres haben aus unserer Sicht gezeigt, dass wir heute zwei Eisen im Feuer haben und diese zwei Eisen auch im Feuer lassen sollten. Wir haben doch gerade gesehen, dass mit der fortschreitenden Tiefe einer Planung neue Unwägbarkeiten auftreten können. Es ist - das ist vollkommen unbestritten - ein Verdienst des Bürgerbegehrens, mitgeholfen zu haben, die Unwägbarkeiten bei einem Neubau herauszuarbeiten. Das hat allen Beteiligten geholfen.

In der Tat, beim Neubau ist einiges unklarer geworden. Der Denkmalschutz wurde neu problematisiert, das Urheberrecht wurde offenbar nicht ausreichend geklärt, und auch die Zeitschiene wird mittlerweile von vielen kritischer beschrieben als ursprünglich gedacht. Es wäre tatsächlich der Worst-Case, wenn der Neubau irgendwann wegen der urheberrechtlichen oder der konservatorischen Bedenken zum Erliegen käme. Diese Fragen muss man klären. Aber wir müssen uns heute auch die Frage stellen, ob es richtig ist, die Klärung dieser Fragen zu unterlassen und sich jetzt und heute nur noch auf die Sanierung festzulegen? Immerhin hat die Veranstaltung am Sonntag eindrucksvoll belegt, dass eine Sanierung grundsätzlich möglich ist. Sie wird anders - so oder so - als der Neubau, nicht nur von der äußeren Gestalt, sondern auch vom Raumprogramm; aber sie ist möglich. Wir haben jetzt nicht mehr eine Vielzahl von theoretischen Varianten, sondern im Wesentlichen zwei, von denen, wenn ich es richtig verstanden habe, eine die Teilmenge der anderen ist.

Aber auch bei einer möglichen Sanierung gibt es eine Reihe von Unwägbarkeiten, die sich im Laufe der Zeit böse auswirken können. Wenn sich der Rat heute ausschließlich auf eine Sanierung festlegt, gibt es kein Zurück mehr. Darüber müssen wir alle uns hier und heute im Klaren sein. Aber - auch diese Fragen müssen gestellt werden können -: Was passiert eigentlich, wenn es auch bei einer Sanierung zu einem denkmalrechtlichen Problem kommt? Was passiert eigentlich, wenn auch hier das Urheberrecht zu einem Problem wird, auch wenn Beziehungen in das Bürgerbegehren hinein vielleicht helfen können, das zu minimieren?

Was passiert, wenn vergaberechtliche Fragen zu Problemen führen? Was passiert, wenn aus diesen oder anderen Gründen die Zeitschiene platzt und Oper und Schauspiel im verlängerten Interim in Bedrängnis kommen? Was passiert, wenn sich die Beteiligten trotz Moderation nicht auf ein akzeptables Raumprogramm für Oper und Schauspiel einigen können? Was passiert, wenn sich letztlich keine überzeugende Lösung für Studiobühne oder Kinderoper finden lässt? Was passiert, wenn sich auch bei einer Sanierung eine Kostenschätzung ergibt, die ähnliche Dimensionen hat wie ein Neubau? All das sind Fragen, die sich möglicherweise in Wohlgefallen auflösen - ich hoffe das sehr -, für deren Klärung wir aber Zeit brauchen.

Obwohl seit Dezember schon respektable Planungen vorgelegt worden sind, muss in der Tiefe weitergeplant und weitergearbeitet werden, um all diese Fragen zu klären; denn es ist ein Märchen - ich habe das im Vorfeld der Debatte an vielen Stellen gehört -, dass man bei einem Beschluss für den Bürgerentscheid keine Planungen durchführen dürfe. Die Gemeindeordnung ist eindeutig. Sie untersagt im Falle eines Beschlusses für den Bürgerentscheid lediglich Planungen, die der Intention des Bürgerbegehrens entgegenlaufen. Alle anderen Planungen, intern wie extern, die möglicherweise sogar das Bürgerbegehren in seinem Ergebnis unterstützen können, sind zulässig und erlaubt und deswegen auch machbar. Der Oberbürgermeister hat ja angekündigt, genau dies zu tun.

Das alles führt uns zu folgendem Schluss: Man mag die Ratsentscheidung vom Dezember vergangenen Jahres für einen Neubau für einen Fehler halten, aber dann - so unser Appell - machen Sie bei dieser Logik nicht noch einmal denselben Fehler und damit zum zweiten Mal, indem Sie wiederum nur eine Variante, nämlich die Sanierung, zulassen und die andere Variante trotz vieler Fragen verwerfen.

Uns bewegen - ich habe es angedeutet - neben diesen sachlichen Themenstellungen auch grundsätzliche Überlegungen, auf die ich hier noch kurz eingehen will. Viele Gespräche, E-Mails, Briefe, Leserbriefe und Meinungsäußerungen offenbaren doch eines: Die Gründe der 50 000 Menschen, sich am Bürgerbegehren zu beteiligen, sind außerordentlich vielschichtig: Es gibt diejenigen, die den Denkmalschutz des gesamten Ensembles aus Oper und Schauspiel besonders wichtig finden und darauf ihre Entscheidung gründen. Es gibt diejenigen, denen der

Neubauentwurf schlicht und einfach nicht gefällt. Es gibt diejenigen, die der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik angesichts der Ereignisse der letzten Jahre und Jahrzehnte zutiefst misstrauen und frustriert sind. Es gibt diejenigen, die schreiend davonlaufen, wenn die Stadt Köln einmal wieder etwas abreißen und neu bauen möchte. Es gibt diejenigen, denen, wie ich finde, zu Recht auf die Nerven geht, dass bei jedem Bauprojekt der öffentlichen Hand, übrigens egal, ob Neubau oder Sanierung, in schöner Regelmäßigkeit die Kosten explodieren. Es gibt diejenigen, die schlicht und einfach Geld sparen wollen, und zwar nicht nur hin zu einer preiswerteren Variante bei möglichst gleichem Raumprogramm, sondern damit ganz andere Intentionen verfolgen. Es gibt selbstverständlich auch diejenigen, die nicht zum Wettbewerb über den Neubau eingeladen waren, aber gerne eingeladen gewesen wären. Schließlich - der Oberbürgermeister hat darauf, wie ich finde, vollkommen zu Recht hingewiesen - gibt es auch diejenigen, die im Laufe der Zeit ihre Meinung geändert haben und zum Beispiel die Oper nun nicht mehr am Rhein und das Schauspiel sonst wo neu bauen wollen, um am Offenbachplatz wertvollen Baugrund zur Finanzierung der Untertunnelung der Nord-Süd Fahrt zu bekommen. Auch die gibt es in der Tat.

Die Kölnerinnen und Kölner haben uns aber doch in den letzten Monaten eine Botschaft klipp und klar mit auf den Weg gegeben: Der Souverän, die Kölner Bürgerschaft, möchte das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Es ist richtig, darauf zu hören und die geballte Vielfalt an Motiven sozusagen als Initialzündung für eine Entscheidung durch alle Kölnerinnen und Kölner zu nutzen. Wir haben in Köln mit Bürgerbegehren eine längere Tradition, leider keine allzu gute. Wir hatten das Bürgerbegehren gegen die Müllverbrennungsanlage, wir hatten das bislang größte Bürgerbegehren gegen den Verkauf von GAG und Grubo, wir hatten das Bürgerbegehren gegen den Ausbau des Godorfer Hafens. Alle sind für unzulässig erklärt worden, weil es rechtliche Hürden gibt, die man immer so oder so beurteilen kann; aber sie sind eben für unzulässig erklärt worden. Köln ist die größte Stadt Deutschlands, in der es noch nie einen Bürgerentscheid gab.

Eben hat Frau Salim die Frage gestellt: Sind eine 1 Million Euro, die ein solcher Bürgerentscheid kosten würde, Peanuts? Selbstverständlich nicht. 1 Million Euro sind 1 Million Euro. Damit kann man viele Dinge tun, und man kann sie selbstverständlich nur einmal ausgeben. Dem

halte ich entgegen: Demokratie kostet Geld, erst recht direkte Demokratie, und stelle die Frage: Was sind denn 1 Million Euro gegen den immensen Vertrauensverlust gegenüber der Kölner Kommunalpolitik, der mit diesem sozusagen katharsischen Element des Bürgerentscheids aufgelöst werden könnte? Was sind 1 Million Euro gegen die Chance, erstmals alle Kölner zur Entscheidung eines zentralen Themas aufzurufen?

(Beifall von Götz Bacher [SPD])

Die Frage der Kosten hätten Sie alle miteinander vollkommen zu Recht niemals gestellt bei einem Bürgerentscheid gegen die MVA, gegen den Verkauf von GAG und Grubo oder gegen den Ausbau des Godorfer Hafens.

Jetzt haben wir erstmals in der Geschichte Kölns einen Bürgerentscheid, der absolut zweifelsfrei zulässig ist: Wir haben 50 000 Menschen, die uns gegenüber ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben. Wir haben - auch das ist dem Bürgerbegehren zu verdanken - nach Abschluss der Unterschriftenaktion eine weitaus größere Anzahl von Menschen, die nicht nur am Sonntag, sondern über vielfältige Möglichkeiten zum Ausdruck gebracht haben, dass sie sich für das Thema interessieren und engagieren wollen. Und wir haben den richtigen Zeitpunkt, weil wir damit die Chance haben, den Bürgern zwei echte Alternativen zu präsentieren, wenn wir die Zeit bis zum 11. Juli gut nutzen. Bei dieser Kölner Vorgeschichte, bei dieser Vielzahl von Motiven, bei dieser Politikverdrossenheit in unserer Stadt ist unser Appell: Lassen Sie alle 770 000 Kölnerinnen und Kölner ihre Meinung in einem Bürgerentscheid zum Ausdruck bringen. Die Motive sind vielschichtig, die Antwort mag so oder so dieselbe sein. Aber 770 000 Bürger sind eben mehr als 50 000, trotz der verschiedenen Motive. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen.

Sie sollten auch nicht in Kauf nehmen, diejenigen am Wegesrand zurückzulassen, die sich um diese Möglichkeit betrogen sehen, wenn der Rat heute den Bürgerentscheid nicht beschließt.

Da wir natürlich im Vorfeld einer Ratssitzung viele Gespräche untereinander führen und die ungefähre Meinungsbildung der einzelnen Fraktionen kennen - ich danke allen, die sich im vertrauensvollen Kontakt gegenseitig ausgetauscht haben -, möchte ich für die SPD-Fraktion eines hier sagen: Was immer heute beschlossen wird, die SPD ist sich ihrer

Verantwortung bewusst. Sie wird konstruktiv an der besten Lösung für die Kölner Bühnen und der besten Lösung für die Belegschaft der Kölner Bühnen arbeiten. Dazu gehört neben der Leidenschaft, für die Vielfalt der Kölner einzutreten, auch das Engagement aller Kölnerinnen und Kölner. Wir arbeiten daran mit, so oder so. Das ist uns wichtig, zu sagen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP sowie bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Ich gebe nun Herrn Klipper das Wort. Bitte schön.

Hans Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier weder auf das Grundsätzliche eingehen noch auf die Historie einzelner Bürgerbegehren, sondern konkretisieren, was im letzten Vierteljahr passiert ist. Wir haben bereits im Zuge eines sehr lange währenden Diskussionsprozesses erläutert, was wir mit Opern- und Schauspielhaus vorhaben.

Erstens. Die Zielsetzung der CDU-Fraktion - daran orientiert sich unsere Entscheidung - ist ein vollsaniertes Opernhaus, das in Zukunft sowohl den Ansprüchen der Künstler als auch denen der Zuschauer im vollen Umfang genügt, unabhängig von den Ansprüchen der Personen, die derzeit für dieses Haus verantwortlich sind. Wir von der CDU-Fraktion sind überzeugt, dass die Planungen des JSWD bestens geeignet sind, dieses Ziel im Opernbereich umzusetzen. Damit sollte so schnell wie möglich begonnen werden. Nicht nur Herr Laufenberg und Herr Stenz brauchen Planungssicherheit sowohl hinsichtlich des Zeitablaufs als auch der inhaltlichen Umsetzung, auch die Kölner müssen das wissen.

Im Hinblick auf das Schauspielhaus fordern wir eine Spielstätte, die den modernen, zukunftsweisenden Anforderungen an ein Schauspielhaus gerecht wird. Einer Pinselsanierung, einer Notsanierung des bestehenden Hauses oder einem Neubau, wie von einer überschaubaren Anzahl von Ratsmitgliedern beschlossen - die Grünen hatten wieder einmal nicht den Mut, sich zu entscheiden -,

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

werden wir unsere Stimme nicht geben; das war in der Vergangenheit so, das wird auch jetzt und in Zukunft so sein.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Ein neues Haus zu bauen, das gegenüber einem vollsanierten Schauspielhaus keine erkennbar größeren Vorteile hat, macht keinen Sinn, insbesondere auch weil der städtebauliche Aspekt zurückgenommen wurde. Ich erinnere diejenigen, die damals dabei waren, als wir zwar im kleineren Rahmen, aber mit vielen Fachleuten über die Gestaltung des Ostchors des Domes diskutiert haben; das Ergebnis wird jetzt bekannt gegeben. Auch in dieser Frage wurde die geistige Leistung der damaligen Architekten zu sehr unterschätzt und nicht berücksichtigt. Das sollte nicht noch einmal passieren, meine Damen und Herren. Wir wollen das Erbe von Riphahn gewürdigt wissen. Deswegen sind wir für eine andere Lösung.

(Beifall bei der CDU)

In dem Prozess zwischen 2005 und 2008 und bei der Auslobung des Wettbewerbs wurde immer betont, und zwar von allen Parteien - ich will das hervorheben; es bestand ein sehr großer Konsens, insbesondere auch vonseiten Herrn Professor Bögner, SPD -, dass anstelle des alten Schauspielhauses ein Energiezentrum für die Kultur entstehen soll.

Drittens halten wir die umgehende Einrichtung eines runden Tisches für dringend erforderlich, um die auseinanderstrebenden Meinungen der Intendanten, der Bürgerinitiative und der Architekten aufzufangen; ich werde gleich noch einmal darauf zurückkommen. Bereits am 1. Januar - seitdem haben sich erste Meinungsunterschiede abgezeichnet - wäre dessen Einrichtung dringend erforderlich gewesen und nicht erst am heutigen Tage.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der FDP)

Nachdem am 17. Dezember 2009 die Beschlussvorlage formal beschlossen worden ist - zwar von einer Minderheit, aber bindend -, ist von dem einst geplanten Energiezentrum nichts mehr übrig geblieben. Das muss ich leider sagen. Herr Oberbürgermeister, es gibt den alten Spruch - ich wollte ihn hier eigentlich gar nicht bringen -: Als Tiger gesprungen und gelandet als - Pünktchen, Pünktchen, Pünktchen.

So weit zu unseren Vorstellungen zur Zukunft dieses Kulturplatzes.

Nun zur heutigen Entscheidungsgrundlage. In vielen Gesprächen, insbesondere mit Leuten aus der Kulturszene und dem Bildungsbereich, aber auch mit ganz einfachen Leuten in dieser Stadt, egal, ob Jung oder Alt, haben wir erfahren, dass die Leute ein ungutes Gefühl haben, wenn die Entscheidung vom 17. Dezember so umgesetzt würde. Einige mögen politikverdrossen sein, manche mögen andere Gründe dafür haben: Ihnen gemeinsam ist, dass sie mit dieser Entscheidung nicht einverstanden sind. Deshalb haben sie sich entschlossen, wie eben schon dargestellt, zu unterschreiben, einfach um etwas aufzuhalten beziehungsweise so etwas zu erhalten. Wir mussten feststellen, dass die Leute tiefes Misstrauen hegen, und zwar nicht nur Ihnen gegenüber - Herr Oberbürgermeister, so leid es mir tut, Ihnen das sagen zu müssen -, sondern auch gegenüber Verwaltung und Rat, dass ihre Interessen berücksichtigt und umgesetzt werden.

Ich will noch einmal auf die Chronologie der Entscheidung eingehen. Der Beschluss am 17. Dezember erfolgte aufgrund einer Vorlage von Ihnen, Herr Oberbürgermeister. Diese Vorlage wurde nicht von den Politikern des Rates gemacht, sondern von Ihnen, Herr Oberbürgermeister. Und obwohl Sie genau wussten, dass eine sehr breite Mehrheit dafür war, ein neues Schauspielhaus zu entwickeln und zu bauen, obwohl Sie genau wussten, dass das Preisgericht den einstimmigen Beschluss gefasst hat, das umzusetzen, haben Sie die ursprüngliche Vorlage in abgewandelter Form vorgelegt, die dann Grundlage für diesen Ratsbeschluss war.

Danach sind Sie damit konfrontiert worden, dass viele Leute in dieser Stadt gesagt haben: Das entspricht nicht mehr unseren Vorstellungen; das macht es nicht besser als vorher. Die Intendantin des Schauspiels hat das sehr klar formuliert und gesagt: Warum soll denn ein neues Haus gebaut werden, wenn es gegenüber einer sanierten Variante keinen größeren Nutzen gibt?

Ungeklärt ist auch die Frage, ob die Kosten für eine Sanierung tatsächlich geringer ausfallen als für einen Neubau. Da habe ich auch meine Bedenken, Herr Oberbürgermeister. Ich sitze mittlerweile seit 20 Jahren in Gremien der Stadt und kann dazu nur sagen: Es hat sich immer wieder gezeigt, dass eine Sanierung immer erheblich teurer wird als ursprünglich veranschlagt. Ich erinnere in diesem

Zusammenhang an den Neubau in Hamburg, wo aus 150 Millionen Euro auf einmal 600 Millionen Euro geworden sind. Aber auf die Kosten möchte ich heute nicht zu sprechen kommen.

Mit dieser Vorlage hatte sich die Aktivität des Oberbürgermeisters bis zum 12. April erledigt. Der Stadtkämmerer hat weder am 17. Dezember noch in der Zwischenzeit keinerlei Anstalten gemacht, zu erläutern, dass das Haushaltsdefizit von bis zu 500 Millionen Euro in keinem direkten Zusammenhang mit der Investition für das Schauspielhaus steht. Dadurch ist in der Bevölkerung die Angst geschürt worden, Köln leiste sich trotz eines Haushaltsdefizits von 500 Millionen Euro ein neues Schauspielhaus für mehr als 300 Millionen Euro, was letztlich zu massiven Einschränkungen der Versorgung der Bürger führen wird. Ich habe Sie, Herr Oberbürgermeister, hier schon oft gebeten, Klarheit zu schaffen, dass die Investitionen in ein Haus etwas anderes sind als weitere Ausgaben für Verwaltung oder Konsum. Dennoch war hier vonseiten der Verwaltung und von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, der Sie ja an der Spitze der Verwaltung stehen, Fehlanzeige gewesen! Es ist überhaupt nichts unternommen worden, um die Bürger darüber aufzuklären.

Zwischen dem 17. Dezember und dem 11. April ist der Oberbürgermeister dieser Stadt, der dieses Projekt als eines seiner Leitprojekte bezeichnet hat, abgetaucht. Wahrnehmung seiner Führungsrolle als Manager einer 17 000-köpfigen Verwaltung, die er ja von seinem Entwurf hätte überzeugen und dafür einsetzen können, die Menschen, die ihr Unwohlsein zum Ausdruck bringen, zu beruhigen und von seinem Vorschlag zu überzeugen? - Fehlanzeige!

(Beifall bei Teilen der CDU)

Der Oberbürgermeister hat, ohne persönlich einzugreifen, zugelassen, dass sich die Intendanten von Schauspiel und Oper streiten und andere Meinungen im öffentlichen Raum definieren, Aussprache unter Anwesenheit des Oberbürgermeisters zur Schlichtung und zur Annäherung der Standpunkte, was unbedingt erforderlich gewesen wäre? - Fehlanzeige! Dabei wäre das dringend erforderlich gewesen.

Einrichtung eines runden Tisches? - Fehlanzeige! Ich habe anfangs schon gesagt, dass sich bereits ab dem 1. Januar herauskristallisierte, dass es ein großes Unwohlsein in der Bevölkerung in dieser Frage gibt.

Dann kam die Veranstaltung am Sonntag. Herr Oberbürgermeister, ich verneige mich. Kompliment! Es war eine tolle Veranstaltung. Auf dieser Veranstaltung wurde zum einen eine breite Palette dessen dargestellt, was möglich ist, und zum anderen nicht verschwiegen, dass es dazu durchaus unterschiedliche Auffassungen gibt. Das war sachlich, das war gut. Aber diese Veranstaltung hätte zu Beginn des Prozesses stattfinden müssen, um die Leute davon zu überzeugen, und nicht erst zwei Tage vor dieser Ratsentscheidung.

(Beifall bei der CDU)

Herr Oberbürgermeister, ich will hier nicht den zwischen 10.00 und 12.30 Uhr in der Piazzetta öffentlich ausgetragenen Streit der beiden Intendanten thematisieren. Ich will nur sagen: Das war peinlich. Auch das deutet auf das katastrophale Missmanagement Ihrer Verwaltung und von Ihnen ganz persönlich hin.

Auch die heute von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, getroffene Einschätzung hinsichtlich des Urheberschutzes ist kein Kompliment für die Verwaltung. Dass da noch etwas auf uns zukommen könnte, scheint ja daran zu liegen - ich bin mir nicht sicher; ich bin kein Jurist -, dass nicht ausgewogen verhandelt worden ist. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist der Vertreter der Erben bisher eigentlich gar nicht mit Ihnen in Kontakt und Diskussion getreten. Wenn dies der Fall sein sollte, wenn dies der Wahrheit entspräche, dann frage ich mich: Wie kann man Gefahr laufen, das Urheberrecht zu verletzen, ohne mit den Erben zu sprechen? Ich kann es nur vermuten; ich kann es selbst kaum glauben, dass dies der Fall ist.

Lassen Sie mich noch einen letzten Punkt anbringen. Ihre fehlende Führungsfähigkeit wurde durch das Interview im *Kölner Stadt-Anzeiger* noch einmal getoppt. Nachdem ich das Interview gelesen hatte, habe ich mich gefragt: Was will der Oberbürgermeister dieser Stadt überhaupt? Ich kann es diesem Artikel nicht entnehmen. Auf der einen Seite tritt er für einen Neubau ein, auf der anderen Seite sagt er, er könne sich auch eine kostengünstige Sanierung vorstellen. Was will er denn? Wovon ist er denn überzeugt? Was hat seine Verwaltung ihm vorgegeben? Was hat der Kulturbereich, was hat die Stadtentwicklung, was hat der Dezernent dazu gesagt? - Nirwana. Keine Aussage.

Meine Damen und Herren, wegen all dieser exemplarischen Punkte haben die Bürger dieser

Stadt ein Recht und einen Anspruch darauf, dass ihr Begehren ernst genommen wird. Wir, die CDU, wollen, dass heute ein besserer Prozess unter Mitnahme aller Beteiligten beginnt. Die heutige Abstimmung soll ein erster Schritt dazu sein. Herr Oberbürgermeister, ich hoffe, dass Sie aus dieser Sache die Lehre ziehen, dass die Bürger erkennen, dass ein Ruck durch die Verwaltung und - ich nehme uns dabei nicht aus - durch die Politik geht und dass ihre Wünsche und Forderungen mehr einbezogen werden. Wir stimmen am heutigen Tag für dieses Bürgerbegehren.

(Beifall bei der CDU - Beifall auf der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Herr Klipper. - Ich bitte die Zuschauer auf der Tribüne, entsprechend den Regelungen unserer Geschäftsordnung bei Beiträgen, die hier im Plenum gehalten werden, von Beifallsbekundungen Abstand zu nehmen. - Frau Moritz, bitte.

Barbara Moritz (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt bin ich aber enttäuscht; denn nun werde ich als Erste keinen Beifall von der Tribüne bekommen. - Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebes Publikum! Herr Jung! Frau Salim! Herr Luszak! Die Diskussion wird bis jetzt auf einem sehr interessanten Niveau geführt. Es wurden hier schon viele Argumente genannt. Auch die Argumente, die Herr Börschel in seinem Beitrag angeführt hat, respektiere ich und kann die Gründe, eine solche Position einzunehmen, gut nachvollziehen. Trotzdem werden wir als Fraktion ihm diesmal nicht folgen

Angesichts der Tatsache, dass landauf, landab die Schließung von Bühnen diskutiert wird, finde ich es eigentlich enorm - diese positive Botschaft möchte ich überbringen -, dass wir alle uns hier im Rat einig sind: Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, unsere funktions- und leistungsfähigen Bühnen zu erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Jetzt muss meine eigene Fraktion für den Beifall sorgen.

Auch ich will noch einmal ein Stück auf der Zeitschiene zurückgehen, nämlich auf den 7. Juli 2009. Das war für mich das Schockdatum.

Während meines einmal im Jahr stattfindenden Urlaubs habe ich erfahren, dass der von uns beschlossene Kostendeckel um 134 Millionen Euro überschritten wurde. Ich muss ehrlich sagen: Ich konnte es zuerst gar nicht glauben. Ich saß im Auto, als mich Herr Sommer von der *Rundschau* angerufen hat, und musste erst einmal an den Rand fahren.

(Zuruf von Karl Jürgen Klipper [CDU])

- Genau, auch weil man während des Autofahrens nicht telefonieren darf. - Ich hatte Herzklopfen, mir wurde ganz schlecht. Ich habe die Hände über dem Kopf zusammengeschlagen und gedacht: Das geht gar nicht. Mein Stellvertreter hat zwei Tage später in einer Pressemitteilung Folgendes gesagt - mit Ihrer Erlaubnis würde ich das gerne zitieren -:

Eine solche Kostenexplosion ist weder akzeptabel noch in irgendeiner Weise finanzierbar. Vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage der Stadt Köln, die aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise einen erheblichen Einbruch der Steuereinnahmen erleiden muss, ist die Finanzierung von 364 Mio. Euro für das neue Opernquartier undenkbar. ...

Wir erwarten nun von Oberbürgermeister Schramma und den zuständigen Beigeordneten...:

- die Einhaltung des vom Rat beschlossenen Investitionsdeckels von 230 Mio. Euro und entsprechende Modifikation der Planung ...

Ganz klar formuliert: Die Kostenexplosion muss durch Modifikation der Planung zurückgeführt werden, was allerdings auch bedeutet, dass das Raumprogramm angetastet werden muss und damit die Karten sozusagen neu gemischt werden.

Hinzu kam, dass das Ganze in die Zeit der Kommunalwahl fiel, in eine Zeit also, in der der alte Oberbürgermeister noch amtierte und Sie, Herr Oberbürgermeister, zwar gewählt, aber noch nicht im Amt waren. Da das keiner von beiden entscheiden wollte, hat Fritz Schramma letztlich einen Planungsstopp verhängt. Daraufhin haben die Spitzen der Verwaltung und der Fraktionen zusammengesessen und beraten, wie man in dieser Sache weiter vorgeht. Es wurde beschlossen, verschiedene Alternativen

und Varianten prüfen zu lassen. Die entsprechende Vorlage wurde dem Rat dann am 17. Dezember zur Entscheidung vorgelegt.

Ich will hier noch einmal betonen: Es war nicht mangelnder Mut, Herr Klipper, dass wir uns an der Stelle enthalten haben. Vielmehr fehlte unserer Meinung nach einfach die Basis, um zwischen verschiedenen Varianten entscheiden zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denn leider, Herr Oberbürgermeister, haben Sie sich - wahrscheinlich wollten Sie damit Entscheidungsfreude demonstrieren - für eine Variante entschieden und auch nur diese ausführlich beleuchtet, während Sie die anderen Varianten mehr oder weniger kursiv danebengestellt haben, ohne dass man in entscheidenden Fragen hätte sagen können, diese wäre besser oder jene wäre weniger gut.

Wir haben uns die Entscheidung wahrlich nicht leicht gemacht. Schon im Vorfeld haben wir Fragen formuliert. Letztlich haben wir gesagt: Wenn es keine entscheidungsfähige Variante gibt, weil wir nicht abwägen können, ob die eine Variante vielleicht besser ist als die andere, werden wir auch dieser einen Variante nicht zustimmen.

Ich war übrigens damals auch im Preisgericht und habe für den Neubau gestimmt, weil ich überzeugt davon war, dass das eine selbstbewusste Lösung für das Schauspiel ist, damit es endlich das präsentieren kann, worauf es lange verzichten musste.

Als das Bürgerbegehren gestartet wurde, hat es auch mich skeptisch gemacht, dass Leute, die vorher von einer Art Sydney-Oper am Rhein geträumt haben, plötzlich die größten Anhänger dieses Begehrens waren. Das hat mich nicht nur nachdenklich, sondern auch misstrauisch gemacht, eben weil dieser plötzliche Sinneswandel nicht nachvollziehbar ist. Ich habe natürlich in vielen Gesprächen gemerkt, dass in diesem Bürgerbegehren viele unterschiedliche Motive eine Rolle spielen. Da waren viele Menschen, die der Politik schlichtweg die rote Karte zeigen wollten. Da waren Leute, die enttäuscht worden sind, beispielsweise Architekten, die zum Wettbewerb nicht eingeladen waren. Da waren aber auch Leute, die damals, als wir die Entscheidung getroffen haben, das Schauspiel abzureißen, weder dagegen protestiert noch argumentiert haben, dass es zu einem Ensemble gehöre.

Ich war also ein bisschen enttäuscht. Aber wir haben uns dann besonnen und gesagt: Wir dürfen uns davon nicht irre machen lassen. Wir werden Stück für Stück versuchen, in der Sachentscheidung der Frage nachzugehen: Ist eine Sanierung eine zukunftsfähige Alternative? Geht das? Ist es möglich, die Funktionsfähigkeit des Schauspielhauses zu erhöhen, obwohl das Raumprogramm heruntergefahren werden muss? Ich persönlich bin mittlerweile davon überzeugt, dass das geht. Meine Fraktion, die eine Zeitlang zwischen Pro und Contra gespalten war, hat gestern und heute noch einmal in einer Schlussentscheidung gesagt: Wir möchten dem Bürgerbegehren beitreten, weil wir glauben, dass wir ein funktionstüchtiges Bühnenquartier bekommen, und zwar mit Erhalt des Altbaubestandes. Ich bin übrigens eine große Anhängerin des Erhalts denkmalgeschützten Bestands;

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

das ist bekannt. Ich habe damals schweren Herzens einem Abriss zugestimmt.

Wir sollten der Verwaltung jetzt aber bestimmte Aufgaben mit auf den Weg geben. Die vorhin aufgezählten Risiken betreffen ja beide Varianten. Wir haben inzwischen die erste Kostensteigerung für einen Neubau erfahren. Wir wissen derzeit noch nicht, wie sich die Riphahn-Erben verhalten werden. Man kann in den E-Mails und Briefen zwischen den Zeilen aber schon erkennen, dass sie Änderungen des Denkmalschutzes im Bestand eher zustimmen würden. Ich glaube, das wäre ihnen sympathischer. Ich möchte die Verwaltung dringend bitten, wirklich intensive Gespräche mit allen zu führen, die dazu beitragen können, dass die Risiken gemindert werden. Das heißt, das Vergaberecht muss jetzt nicht nur für eine Variante, sondern für mehrere Varianten geprüft werden. Auch die denkmalschutzrechtlichen Abstimmungen dürfen nicht erst dann erfolgen, wenn der Rat eine Sanierungsvariante beschlossen hat. Vielmehr müssen mit den Denkmalbehörden verschiedene Varianten vorher abgeklärt werden. Auch die verschiedenen Vergaberechtsfragen kann man mit Kammervertretern usw. klären.

Ich möchte Sie, Herr Oberbürgermeister, dringend bitten: Holen Sie die Intendanten an einen Tisch! Versuchen Sie, die Belegschaften wieder zusammenzuführen! Dass es da Streit gegeben hat, ist, glaube ich, normal. Ich fand es auch nicht glücklich, wie es am Sonntag

gelaufen ist; aber ich glaube, das lässt sich reparieren.

Wir wollen gemeinsam eine gute Lösung finden. Wenn wir heute dem Begehren zustimmen, vertraue ich darauf, dass Sie, Herr Oberbürgermeister, auch wenn diese Entscheidung nicht Ihre Lieblingsentscheidung ist, uns bei der Realisierung unterstützen - im Sinne des Schauspiels und im Sinne der Kölner Bürgerinnen und Bürger. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Beifall auf der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau Moritz. - Nächster Redner ist Herr Görzel für die FDP.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Bürgerschaft! Der Ehrenbürger der Stadt Köln, Bundespräsident Theodor Heuss, hat einmal gesagt: „Mit Politik kann man keine Kultur machen, aber vielleicht kann man mit Kultur Politik machen.“ - Meine sehr verehrten Damen und Herren Vertreter des Bürgerbegehrens! Sie haben es geschafft, mit Kultur Politik zu machen. Nun ist es an der Politik, zu zeigen, ob sie mit Kultur Politik machen kann. Das ist heute unser aller Aufgabe.

Das Bürgerbegehren hat es geschafft, ein Thema in die Stadtöffentlichkeit und hier heute in diesen Rat zu tragen, das an sich - das habe ich am 17. Dezember hier im Rat auch so vorgetragen - schon ein geschnürtes Paket war. Kollegin Moritz hat gerade erwähnt, dass das Preisgericht des Realisierungswettbewerbs am 26./27. Juni 2008 einstimmig die heute zur Diskussion stehende Neubauvariante gelobt hat.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Nein! Nicht gelobt!)

- Herr Klipper, ich bin dankbar für Ihren Einwurf. - Ich ergänze: die Neubauvariante in abgespeckter Form.

(Ursula Gärtner [CDU]: Das ist der Unterschied!)

Wir haben ja Frühling. Im Frühling merkt man, welchen Ballast man mit sich trägt. Wenn es dazu dient, sich fit zu fühlen, darf man auch abspecken. Aber auf das Abspecken will ich später noch eingehen.

Wir als FDP-Fraktion hatten uns in dem Realisierungswettbewerb klar positioniert. Während wir uns auch seit Beginn des Bürgerbegehrens klar positioniert haben, haben Sie, Herr Oberbürgermeister, und die Verwaltung das versäumt - Kollege Klipper hat eben von „Untertauchen“ gesprochen -, zumindest in der Stadtöffentlichkeit. Auch wir Politiker müssen uns angesichts des überwältigenden Votums der Bevölkerung fragen, ob wir nicht zu lange Mikado gespielt haben. Aber das ist nicht der Zeitpunkt für moralisierende Eitelkeiten, weder vonseiten der Politik noch vonseiten des Bürgerbegehrens, deren Vertreter hier ja schon vorgetragen haben und nachher noch einmal das Wort erhalten.

Wir Liberale sind verlässlich geblieben. Wir Liberale haben trotz intensiver interner Diskussionen unsere bisherige Position nicht aufgegeben. Ich will Ihnen erklären, warum. Es braucht in der Tat gewichtige Gründe, um ein Gebäude wie ein Schauspielhaus, wie unser Schauspielhaus, abzureißen. Für uns stand dabei die Aufgabenstellung, über die ein langer Diskurs geführt wurde - auf das Thema Diskurs und Aufgabenstellung komme ich später noch zu sprechen - im Vordergrund.

Es ging uns um die Infrastruktur des Schauspielhauses. Es ging uns selbstverständlich um die baupolizeilichen, sicherheitspolizeilichen und feuerpolizeilichen Auflagen, die gemacht und eingehalten werden müssen. Es ging uns um die technischen Abläufe. Es ging uns selbstverständlich auch um die Belange der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die vom Personalrat nach wie vor eindrucksvoll dokumentiert werden.

Es ging uns aber auch darum, einen städtebaulichen Akzent zu setzen. Kollegin Moritz hat es vorhin erwähnt: Selbstbewusstsein soll hier demonstriert werden. Frau Beier hat von einem Kraftzentrum in der Stadt gesprochen, das über Stadtgrenzen hinausstrahlt. Das ist die Möglichkeit, über die wir heute noch befinden können. Dabei geht es auch um Denkmalschutz. Selbstverständlich gibt es gewichtige Zweifel an der denkmalschutzrechtlichen Zulässigkeit der jetzigen Planungen. Aber Gleiches gilt - darauf komme ich später noch - für eine Sanierungsvariante. Uns geht es darum, das jetzige Gebäude des Schauspielhauses hervorzuheben und damit den Riphahn-Bau insgesamt städtebaulich so aufzuwerten, dass beide Gebäude Strahlkraft über Köln hinaus entfalten.

Noch ein Wort zu den Kosten. Frau Moritz hat vorhin den Vorwurf zurückgewiesen, ihre Fraktion sei zum Schluss umgefallen. Auch unsere Fraktion - ich gehörte damals noch nicht ganz dazu - hat mehrere Gespräche geführt. Selbstverständlich hat es uns fast die Schuhe ausgezogen, als wir die gestiegenen Kosten zur Kenntnis bekamen. Dennoch denke ich, dass die Einwände, die Ausgaben wegen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise klein zu halten, zu kurz springen.

Worum geht bei der heute zu treffenden Entscheidung? Entweder wir denken heute in zeitlich und sachlich kleinen Dimensionen, oder wir halten uns weiterhin eine große Möglichkeit offen. Entweder machen wir die Tür zu

(Ein Ratsmitglied betritt den Raum)

- so wie die Tür zum Ratssaal gerade geschlossen wird -, oder wir lassen die Tür weiter offen, um der Stadtöffentlichkeit die Möglichkeit zu geben, mit zu debattieren und mit zu entscheiden.

Schauen wir uns doch einmal die Änderungsanträge, die auf Ihren Tischen liegen, an. Die CDU fordert: Wir wollen eine möglichst umfangreiche Sanierung prüfen. Ja, was heißt denn umfangreich? - Die Grünen in Person von Frau Moritz fordern: Wir wollen eine möglichst kostenreduzierte Variante; die Kosten dürfen nicht weiter explodieren. Wie passt das denn zusammen? - Am Sonntag haben wir sowohl das Beier'sche Modell, das Thiess'sche Modell als auch das Modell des Herrn, der nach Kalk gehen möchte, gesehen. Ja, worüber reden wir denn? Glaubt denn irgendjemand hier im Saal, dass sich das Ganze in drei Monaten klären lässt? - Ich nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worüber reden wir, wenn wir den Blick auf die Kosten richten? Wir reden eben nicht, wie es suggeriert wird, darüber, ob wir 300 Millionen Euro ausgeben oder ob wir 0 Euro ausgeben. Dieser Eindruck ist falsch. Wir reden darüber, ob wir bei einem Gesamtprojekt, das 200 bis 290 Millionen Euro kosten wird, 30 bis 70 Millionen Euro mehr oder weniger ausgeben. Darüber sprechen wir. Lassen Sie sich nicht glauben machen, wir diskutierten heute die Frage, dafür 0 Euro oder 300 Millionen Euro auszugeben.

Nur nebenher bemerkt: In Berlin diskutiert man momentan eine ähnliche Sache, und zwar den Abriss oder die Sanierung des Internationalen Congress Centrums. Die Kosten für dessen

Sanierung sind von ursprünglich geschätzten und geplanten 150 Millionen inzwischen auf 250 Millionen Euro gestiegen. Auch die Sanierung des Stadttheaters Kassel - viele Kulturinteressierte von Ihnen wissen es; Herr Quander sowieso - hat den Kostenrahmen gesprengt. Die Kosten sind also auch bei einer Sanierungsvariante mitnichten verlässlich in den Griff zu bekommen.

Jetzt frage ich mich, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen: Was macht diejenigen unter Ihnen, die einem Neubau so pessimistisch, ja, zaghaft gegenüberstehen, - lassen Sie mich ruhig ein bisschen provozieren -, angesichts der Risiken, die eine Sanierung mit sich bringt, plötzlich so optimistisch? Es geht heute darum, alle Türen offenzuhalten,

(Ein Ratsmitglied verlässt den Raum)

so wie die Tür zum Ratssaal gerade geöffnet wird.

(Heiterkeit)

Dafür können Sie stimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Görzel. - Nächster Redner ist Herr Uckermann. Bitte schön.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Liebe Mitbürgerinnen! Liebe Mitbürger! Ich kann mich gar nicht erinnern, ob hier im Ratssaal jemals so viel geheuchelt wurde, wie es in der letzten Stunde der Fall war. Aber anhand dieser Debatte lässt sich symptomatisch erklären, welches Problem die Kölner Politik tatsächlich hat.

Um es gleich zu Beginn klarzustellen: Wir von der Bürgerbewegung pro Köln treten diesem Bürgerbegehren bei. Wir möchten, dass es Verlässlichkeit gibt. Wir wollen, dass hier und heute eine Entscheidung getroffen wird. Wir sind dafür, dass diese Debatte, die wirklich sehr unfruchtbar ist und sehr viel Geld kostet, beendet wird.

2006 ist die Entscheidung gefallen, ob man neu baut oder nicht. Das war so. Wir waren damals schon für eine Sanierung. Wir waren damals schon für den Erhalt dieses in Köln bekannten

und von den Kölnern geliebten Ensembles. Jetzt, ganz konkret am 17. Dezember, hat es eine Ratsentscheidung gegeben, wie man baut. Herr Oberbürgermeister, Sie haben mit Ihrer Vorlage eine Art Kultur Doppelbeschluss vorgelegt, indem Sie die Frage Abriss und Neubau des Schauspielhauses an die Sanierung des Opernhauses gekoppelt haben. Damit wollten Sie anscheinend den Rat in gewisser Form disziplinieren, so wie es seinerzeit Gerhard Schröder gemacht hat, als er die Vertrauensfrage stellte.

Wir von der Bürgerbewegung pro Köln haben dazu Verbesserungsvorschläge gemacht. Unter anderem haben wir uns die Frage gestellt: Darf die Oper darunter leiden? Die Spitze des Opernhauses hat uns dazu gesagt: Wenn diese Verwaltungsvorlage keine Mehrheit findet, dann ist die Oper ernsthaft in Gefahr und es wird zu einer irreversiblen Schädigung kommen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Opernhaus unter anderem vom Gürzenich-Orchester benutzt wird, einem Ensemble, das weltweit bekannt ist, wollten wir dieses Risiko nicht eingehen. Nachdem wir unsere Verbesserungsvorschläge vorgetragen und Sie sie abgelehnt haben, haben wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Auch wir fragen uns natürlich: Wie kommt es jetzt zu diesem Bürgerbegehren? Warum ist das nicht schon vorher auf den Weg gebracht worden? Wie gesagt, 2006 hat man das hier im Rat beschlossen, und zwar gegen den Widerstand der Bürgerbewegung pro Köln. Wir waren immer für den Erhalt des Schauspielhauses. Aber damals wurde entschieden, es neu zu bauen. Eben wurde erwähnt, dass es dazu einen Wettbewerb gegeben hat, dass einstimmig beschlossen wurde, das Konzept des Siegers entsprechend umzusetzen, und dass man die Kostenfrage geregelt hat. Sie haben das dann hier in den Rat eingebracht. Wir können es internationalen Investoren einfach nicht mehr zumuten, dass hier in Köln immer eine gewisse Unsicherheit besteht. Das haben wir ja zuletzt bei der Wahl des Kämmerers gesehen. Die Stelle wurde überregional ausgeschrieben, obwohl die Personalie längst im Hinterzimmer entschieden war. Herr Oberbürgermeister, so geht es nicht.

Draußen hängen die Bilder unserer Ehrenbürger. Einer dieser Ehrenbürger betreibt ein großes Zeitungshaus. Er unterstützt dieses Bürgerbegehren und hängt sich da sehr rein. Ich habe mich gefragt: Warum hat er den Ratspolitikern seine Meinung so lange vorenthalten? Dann wäre die Entscheidung am

17. Dezember vielleicht anders ausgefallen. Allerdings konnte man damals ja nicht für die Sanierung stimmen. Man konnte die Vorlage nur ablehnen, wobei eine Ablehnung, wie eben gesagt, dem Opernhaus einen irreversiblen Schaden zugefügt hätte.

In diesem Zusammenhang stellt sich natürlich die Frage: Herr Oberbürgermeister, wie betreiben Sie hier Politikmanagement? Wie gehen Sie mit dem Rat der Stadt Köln um? Sie haben diese entscheidende Vorlage, die einen Vorlauf von immerhin sechs Jahren hat, zur Abstimmung gestellt, obwohl deren Ausgang anscheinend vollkommen unsicher war. Warum haben Sie sich nicht vorher einer breiteren Mehrheit versichert? Warum haben Sie nicht versucht, breite Kräfte einzubinden? Warum haben Sie keine Fraktionsvorsitzendenbesprechung vor dieser entscheidenden Sitzung durchgeführt? Warum haben Sie nicht dafür gesorgt, dass vor dieser Sitzung der Hauptausschuss mit den Spitzen der Fraktionen tagt, um die Mehrheitsverhältnisse zu testen?

Das Ergebnis kam ja für alle überraschend. Ich darf daran erinnern, dass diese Entscheidung, bei der es um immerhin 500 Millionen Euro geht, nach einer intensiv geführten Debatte nachts um halb zwei getroffen worden ist. Gegen zehn nach eins haben die Grünen immer noch nicht gewusst, wie sie sich entscheiden sollen. Sie haben mitten in der Nacht noch eine 20-minütige Fraktionssitzung durchgeführt und den Rat währenddessen im Unklaren gelassen, wie sie sich entscheiden werden. Letztlich haben sie sich gedacht, die Fraktion pro Köln wird das schon für uns richten. Man hat das durchgerechnet, und dann ist diese Verwaltungsvorlage durchgefallen.

Ich kann nur sagen: Diese Koalition aus Grünen und SPD, die hier die Stadtregierung trägt, ist eine Koalition, die nicht mehr von der Sache getragen wird, sondern nur noch eine Vorteilsgemeinschaft und eine Pfründegemeinschaft.

(Beifall bei pro Köln)

Hier geht es anscheinend nur noch um das Verteilen wichtiger und lukrativer Spitzenpositionen in der Stadt. Die Sache an sich ist anscheinend egal. Wie kann es sein, dass nach sechs Jahre währender Diskussion eine Fraktion weit nach Mitternacht noch eine Fraktionssitzung durchführen muss, weil sie nicht weiß, wie sie sich entscheiden soll? Ich sage:

Eine solche Fraktion braucht keine Sitzungsgelder; die kann das alles während der Sitzungen herausfinden. Als die Grünen jetzt, kurz vor der Landtagswahl, gemerkt haben, dass der Medienzar von Köln voll auf die Sanierung umschwingt, verlassen sie die Koalition. Sie erhoffen sich wohl publizistischen Rückenwind für die Landtagswahl. Das kann es ja wohl nicht sein.

Um Kosten zu sparen, hätte man die entsprechende Abstimmung gemeinsam mit der Landtagswahl durchführen können. Das wäre korrekt gewesen. Aber das wollte man nicht. An dieser Stelle muss natürlich erwähnt werden, dass wir am 30. August letzten Jahres eine Kommunalwahl hatten. Wenn wir schon die Bürger noch einmal an die Urne rufen, dann sollte man den Rat gleich neu wählen lassen. Unsere Verfassung sieht ja eine repräsentative Demokratie vor.

Die Frage ist, Herr Oberbürgermeister: Haben Sie demnächst vor, die Bürger auch über den städtischen Haushalt abstimmen zu lassen? Wollen Sie die Bürger in die Entscheidung einbeziehen, wo wir streichen, welchen Kindergarten wir schließen, wie viel Bahntickets kosten oder welches Schwimmbad wir schließen? Wir haben ein Haushaltsloch in Höhe von 265 Millionen Euro, strukturell. Das ist keine Eintagsfliege, das wird uns länger beschäftigen.

Mit Verlaub, lieber Herr Börschel, Ihr Statement, es sei ein großer Gewinn für die Demokratie, wenn die Bürger vom Rat einen Bürgerentscheid erzwingen, kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein.

Dieselbe Frage muss man aber auch der CDU stellen. Wir haben ja eben Herrn Klipper gehört. Am Montag vor dieser Ratssitzung ist eine Sondersitzung des Stadtentwicklungsausschusses zu diesem Thema abgesagt worden mit der Begründung, es sei alles klar, die Mehrheit stehe. Und dann sind Sie, Herr Oberbürgermeister, auf die Nase gefallen. Im Amerikanischen würde man sagen: Sie sind eine *Lame Duck*; denn Sie haben anscheinend im Rat keine Mehrheit mehr.

Vor diesem Hintergrund noch einmal: Die Bürgerbewegung pro Köln steht für Stabilität. 50 000 Wahlberechtigte haben unterschrieben und sich dafür engagiert. Das entspricht 10 Prozent. Wären diese Leute bei der Kommunalwahl angetreten, hätten sie zehn Ratssitze geholt. Deshalb halten wir es für äußerst wahrscheinlich, dass das durchkommt. Wir wollen der Stadt Kosten ersparen. Wir wollen

endlich Planungssicherheit, insbesondere für das Opernhaus. Wir treten diesem Bürgerbegehren bei. Ich bitte Sie alle um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächster Redner ist Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Liebe Kölnerinnen und Kölner! Die Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ hat Enormes geleistet: Da sind nicht nur die 50 000 Unterschriften, sondern die konkreten und kenntnisreichen Sanierungsvorschläge und das offene und kooperative Umgehen mit Politik, Verwaltung und Kultur. Viel Dank für euer Engagement!

(Beifall bei der Linken.Köln)

Dank aber auch an Karin Beier, die Wut, Zorn und Widerstand der Kölnerinnen und Kölner spürte und darauf hinwies: Was nützt uns der schönste Neubau, wenn die laufenden Etatmittel fehlen!

Die Linke stimmt dafür, dem Bürgerbegehren zu entsprechen und die Sanierung von Oper und Schauspielhaus sofort einzuleiten. Wir sparen Zeit und Geld und sagen den Kölnerinnen und Kölnern damit: Wir nehmen euer Anliegen ernst, wir verstehen euren Protest und euren Frust. Wir wollen das ändern.

Wenn ich richtig rechne, sind es 24 CDU-ler, 20 Grüne, vier Linke, ein Vertreter der Freien Wähler und ein Vertreter von Deine Freunde. Das sind insgesamt 50 Stimmen und damit eine klare Mehrheit hier im Rat der Stadt Köln. Somit werden Oper und Schauspielhaus zum Symbol der Kölnerinnen und Kölner für transparente und nachhaltige Politik.

Uns interessieren alle Menschen in dieser Stadt. Wir wollen keine Prachtbauten und keine Messehallen, an denen sich die Reichen in dieser Stadt dumm und dämlich verdienen. Eine solche Politik tragen wir nicht mit. Was nützt Köln eine Hochkultur, wenn die freien Träger keine Luft mehr bekommen und ihre wenigen Finanzmittel noch mehr reduziert werden? All das hängt zusammen, das ist unsere kulturelle Gemeinsamkeit. An der darf man nicht rütteln. Das ist Köln! Das ist die Kölner Kommunalpolitik in ihrer Gesamtheit.

Köln ist schon lange keine geheime Hauptstadt mehr, Herr Oberbürgermeister. Köln ist auch nicht Paris. Köln ist noch nicht einmal Landeshauptstadt. Dafür ist Köln eine bunte, muntere und aufgeklärte Metropole. Das sind wir schon. Das sind unsere Stärken, und die müssen wir kulturell umsetzen. Es muss Hochkultur in unserer Stadt geben, aber sie darf nicht allein entscheidend und prägend sein.

Angeklungen ist diese Differenz am Sonntag, als Herr Laufenberg bemerkte, das erste Gebäude solle nur für die Oper zur Verfügung stehen. Da wurde richtig klar, worum es wirklich geht: Oper und Schauspielhaus sollen getrennt operieren, erst technisch, dann organisatorisch und schlussendlich finanziell. Geplant sind bei der Neubauvariante nicht ein, sondern zwei Anlieferungspunkte für die Häuser, zwei Pfortner und zwei Haustechniken. Und dann kommen natürlich in der Folge zwei geschäftsführende Direktoren mit zwei persönlichen Referenten usw. Das heißt, wenn man den Weg des Neubaus einmal eingeschlagen hat, werden Folgekosten entstehen, denen man sich dann nicht mehr entziehen kann. Dessen muss man sich bewusst sein. Weil wir befürchten, dass die Kosten enorm steigen werden, werden wir als Die Linke das Neubaukonzept, so wie es jetzt vorgeschlagen ist, generell ablehnen.

Die Verwaltung hätte längst die Folgekosten darstellen müssen, sowohl in den verschiedenen Neubau- als auch in den Sanierungsvarianten. Wenn man umzieht oder etwas verändert, prüft man doch normalerweise auch, welche Kosten dadurch entstehen. Das alles ist überhaupt nicht berechnet worden. Bis zum heutigen Tag liegen keine Angaben zu den Folgekosten vor. Das ist ein Skandal. Das gehört zu einer Planung normalerweise dazu. Das müssten doch auch die Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie verwundert zur Kenntnis nehmen und sich sagen: Moment mal, die Folgekosten dürfen sich aber nicht entwickeln. Natürlich hat die FDP damit keine Probleme. Das macht insofern Sinn, da FDP ja für die Abkürzung „Friede den Palästen“ steht.

Auf der Ratssitzung am 23. März hat Die Linke zusammen mit den Freien Wählern und den Freunden den Antrag gestellt, die Verwaltung möge bis heute die Sanierungsvorschläge von „Mut zu Kultur“ prüfen und genaue Kostenrechnungen inklusive der Folgekosten dem Rat vorlegen, ebenso für den Neubau. Dieser Antrag wurde gegen das Votum der Antragsteller in die heutige Ratssitzung vertagt. Dass die Zahlen bis heute selbstverständlich

nicht vorliegen werden, war klar. Das kann man der Verwaltung nicht vorwerfen.

Die Linke hat am 17. Dezember letzten Jahres gegen den Neubau gestimmt. Wir haben dann nicht nur das Bürgerbegehren unterstützt, sondern auch hier im Rat immer wieder versucht, den Rat mit konkreten Anträgen zum Handeln zu bewegen, zum Beispiel mit dem Vorschlag, selbst einen Ratsbürgerbescheid einzuleiten, um am 9. Mai mit den Landtagswahlen eine breite Abstimmung herbeizuführen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. In die heutige Sitzung haben wir erneut den Antrag eingebracht, auf die Riphahn-Erben zuzugehen und mit ihnen zu sprechen.

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Bin ich die Verwaltung?)

Herr Klipper, Sie können doch dem Oberbürgermeister nicht vorwerfen, er sei nicht auf die Riphahn-Erben zugegangen, wenn Sie unsere Initiative schlicht und ergreifend abgelehnt haben. Das ist doch der Vorgang. Sie können doch nicht der Verwaltung ein Nichthandeln vorhalten, wenn Sie einen diesbezüglichen Antrag vorher nicht beschlossen haben. Das muss man ganz klar sagen. Das ist doch das Problem: Der Rat hat im letzten Vierteljahr einfach auf der Stelle verharrt und nicht geschaut, was sich verändert.

Der Personalrat der Bühnen hat erklärt, dass er einen Neubau für unrealistisch erachtet. Denkmalschutz und Urheberrecht würden dem entgegenstehen. Deshalb favorisiere er eine Grundsanierung, auch um die Arbeitsplätze zu sichern. Wir von der Linken begrüßen die Stellungnahme des Personalrats ausdrücklich, weil das einen Weg gemeinsam mit der Belegschaft eröffnet und erleichtert.

Deshalb unser Appell: Lasst uns gemeinsam den Weg der Sanierung gehen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu erleichtern und den Kulturbetrieb deutlich zu verbessern, aber auch Kosten zu reduzieren. Nur mit diesen Grundsätzen können wir einen Weg einschlagen, den alle Kulturschaffenden in dieser Stadt gemeinsam gehen können. Das muss die Politik in der Kultur sein. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Als Nächstes spricht Herr Hoffmann.

Klaus Hoffmann (Freie Wähler Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Es sind jetzt schon viele Argumente genannt worden. Deswegen will ich mich auf einige wesentliche Aspekte beschränken.

Nicht erst seit dem Beschluss des Rates im Dezember 2009 wurde die unsäglich transparente Klotzlösung - das ist gegenüber dem Architektenbüro nicht despektierlich gemeint; aber sie ist an dieser Stelle nicht passend - diskutiert. Bereits vorher haben die Freien Wähler Kölns darauf hingewiesen, dass an dieser Stelle kein Platz für ein dermaßen ausuferndes Solitärgebäude besteht. Vielleicht kann es an anderer Stelle oder in einer anderen Stadt umgesetzt werden. Mag sein, dass sich manche Befürworterinnen und Befürworter bei dieser Lösung an anderen Großstädten wie Hamburg, New York oder Sydney orientieren. Aber diese Städte spielen in einer anderen Liga. Wir Kölner sollten uns am Wert des Inhalts messen lassen, und da stehen wir zurzeit recht gut da. Dieser Inhalt ist nicht abhängig von Protzbauten, sondern von Menschen, die die Kölner Kultur aktiv gestalten und leben.

Bereits damals zeichnete sich das enorme Haushaltsdefizit ab. Hinzu kommen die enormen finanziellen Anstrengungen für den Neubau des Stadtarchivs und die Wiederherstellung der Archivalien. Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Neuverschuldung so gering wie möglich zu halten, vom Abbau der Altschulden von über 2,5 Milliarden Euro ganz zu schweigen. Deshalb kann man hier nicht argumentieren, der Preisunterschied zwischen der einen oder anderen Lösung stehe ja noch gar nicht fest, er könne zwischen 20 und 30 Millionen Euro betragen. Außerdem ist bis heute - da muss ich Herrn Detjen recht geben - noch nicht bekannt, wie hoch die Folgekosten für einen solchen Neubau sein werden.

Es kann nicht sein, dass man in der Sportstadt Köln im Zuge von Sparmaßnahmen beispielsweise die Sportlerehrung am 23. März, die 8 000 Euro gekostet hätte, ausfallen lässt, aber an einer teuren Blockvariante festhält, deren vertikale Logistik einer optimalen Lösung nicht entspricht. Wen wundert es da, dass sich die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg gemacht haben, selbst nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, und dies

ehrenamtlich? Dazu haben sie ein Recht. Sie haben sich eingemischt, weil sie mit vielen Beschlüssen der von ihnen gewählten Vertreter nicht einverstanden waren.

Herr Börschel, Sie haben sich und Ihre Parteifreunde in der letzten Ratssitzung als Urheber des Kölner Bürgerhaushalts von 2004 bezeichnet. Ich frage Sie: Warum haben Sie nicht längst gefordert, den Bürgerhaushalt dahin gehend zu evaluieren, dass Kunst und Kultur endlich als ein Mitbestimmungsbereich deklariert wird?

(Beifall bei Teilen der FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger hätten diesen überbewerteten Kulturbau bestimmt auf einen vorderen Rang in der Rubrik „Sparvorschläge“ eingeordnet. Nachteilig wäre allerdings, dass der Rat im Gegensatz zu einem Bürgerentscheid in diesem Fall die freie Entscheidung hätte, einem solchen Vorschlag zu folgen. Wie das ausgegangen wäre, dafür braucht man wohl keine große Fantasie.

Es war an der Zeit, dass Sparvorschläge gepaart mit dem Erhalt des denkmalgeschützten Schauspielhauses auf den Tisch kamen. Es endete mit diesem Bürgerbegehren. Die Bürgerinnen und Bürger mussten mit ansehen, wie das Gedächtnis ihrer Stadt in einer U-Bahn-Baustelle verschwand. Jetzt sollen sie hinnehmen, wie ein Stück Seele aus ihrem Köln herausgeschnitten wird. - Aber wir haben ja heute gehört, dass man diese Seele eigentlich weiter erhalten will. - Sie haben sich mit 50 000 Unterschriften für den Erhalt des Schauspielhauses ausgesprochen. Sie haben sich aber auch dagegen ausgesprochen, wie in dieser Stadt Politik gemacht wird und wie diese Stadt verwaltet wird.

Herr Sterck, das kann man nicht voneinander trennen. Erst recht nicht kann man die Äußerungen der Kölner und Kölnerinnen als „Grundgrummeln“ bezeichnen, wie heute zu lesen war. Dass sich die Kölnerinnen und Kölner in ihrer Stadt bemerkbar machen - das haben wir heute oft gehört -, ist ihr gutes Recht. Das kann und darf man nicht in einer solchen Art und Weise herabwürdigen.

Wir haben durch unsere Entscheidung heute die Möglichkeit, dem Bürgerbegehren zu entsprechen, damit Geld zu sparen und sofort mit den Umplanungen zu beginnen. Aber wir müssen auch ein Umdenken hinsichtlich des

Umgangs mit unseren Bürgerinnen und Bürgern einleiten. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal, auf der Besuchertribüne und in den Nebensälen! Es ist höchstwahrscheinlich eine kuriose Situation, dort zu sitzen und nicht zu sehen, was hier vor sich geht. Herzlich willkommen auch „Mut zu Kultur“! Die ersten Unterschriften für das Bürgerbegehren sammelte unsere Wählergruppe Deine Freunde auf einer Geburtstagsparty. Wir hatten es - das gebe ich gerne zu - ganz schön schwer. Jede Unterschrift erforderte eine halbe Stunde harte Diskussion. So schien es mir zu Anfang fast unmöglich, dass die Initiative „Mut zu Kultur“ ihr Ziel erreichen würde. Theaterneubau, Stadtplanung, Denkmalschutz: All das sind Themen für die Kulturelite und viel zu komplex, um in kurzer Zeit über 23 000 Unterschriften sammeln zu können.

Doch die Kampagne kam ins Laufen, die Medien berichteten bundesweit ausführlich, und als wir kurze Zeit später Unterschriften auf der Venloer Straße sammelten, war meine Verwunderung groß: Die Passanten kamen ohne Aufforderung auf uns zu und fragten: Wo kann ich unterschreiben? Bei aller Freude über das Interesse quer durch alle Schichten und Altersgruppen merkte ich aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht nur ihr Theater erhalten wollen; sie wollten auch ihren Frust über die vielen Skandale der vergangenen Jahre loswerden, vielleicht auch deshalb, weil sich gerade der Einsturz des Historischen Archivs jährte.

Was ist ein Bürgerbegehren? Es ist ein gesetzlich verankerter Weg, ein höchst demokratischer Prozess, der den Bürgern die Möglichkeit gibt, Entscheidungen des Rates zu korrigieren. Ob die Bürger aufgrund der Faktenlage der Meinung sind, der Rat habe eine falsche Entscheidung getroffen, oder ob sie ihr Vertrauen eher den Initiatoren des Bürgerbegehrens statt Rat und Verwaltung schenken, ist hierbei sekundär. Wie bei jeder Wahl muss sich der Bürger weder rechtfertigen noch Fachwissen über jeden Lastenaufzug im

Gebäude aneignen. Wir Ratsmitglieder vertrauen ja auch unseren Kollegen in der Fraktion oder den Experten in der Verwaltung.

Das Vertrauen der Bürger allerdings in die Kompetenz der Verantwortlichen bei Rat und Verwaltung ist nachhaltig zerrüttet. Messeskandal, das Drama um den U-Bahn-Neubau, aber auch das peinliche Kölner Loch sind inzwischen fest im Bewusstsein der Kölnerinnen und Kölner verankert. Das alles führte bei ihnen dazu, dass sie diesmal sagten: Wir trauen euren Plänen nicht. Wir haben Zweifel an der Kalkulation des Neubaus. Wir glauben nicht an die Notwendigkeit eines Abrisses unseres denkmalgeschützten Theaters. Wir Bürger wollen die Entscheidung vom 17. Dezember revidieren. Wir wollen eine Sanierung.

Zwar klingt es gut, wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, nun sagen: Ja, wir wollen einen Bürgerentscheid herbeiführen, oder wenn Sie, Frau Dr. Bürgermeister, als kulturpolitische Sprecherin der SPD im Radiointerview sagen: Wir wollen heute den Weg hin zu einem Bürgerentscheid freimachen. Aber das ist ein Stück weit eine Veräppelung der Bürger. Niemand zweifelt an der Zulässigkeit des Bürgerentscheids. Dies bedeutet ganz klar: Falls wir uns dem Bürgerbegehren heute nicht anschließen, wird es zwangsläufig, qua Gesetz, zu einem Bürgerentscheid am 11. Juli kommen müssen. Da brauchen die Bürger nicht den Goodwill des Oberbürgermeisters oder den der SPD.

(Beifall bei Teilen der CDU und der Linken.Köln sowie bei Jörg Uckermann [pro Köln])

Die Bürger haben diese Entscheidung längst selbst in die Hand genommen. Es ist ein Glück für Köln, dass sie diese Möglichkeit genutzt haben.

Was mich am meisten an den Befürwortern des Neubaus - und um den geht es der SPD und der FDP; Ihnen geht es nicht darum, dass am 11. Juli ein Bürgerentscheid stattfindet; das ist Ihnen ja ganz schön lästig - wundert, ist das starrsinnige Festhalten an diesen Plänen. Der Neubau: aufgrund großer Finanznöte zusammengestutzt, der sogenannte Operngarten verschwunden, immer noch immens höhere Kosten als bei einer Sanierung. Kein Argument der Sanierungsbefürworter war stark genug, um die eigene Entscheidung zu überdenken. Gleichzeitig frage ich mich: Wo bleiben die feurigen Reden für den Neubau? Wo wird uns

Sanierungsfreunden mit leuchtenden Augen von den fantastischen Möglichkeiten eines Neubaus vorgeschwärmt? In den vergangenen Monaten war nichts dergleichen zu hören. Es wird immer nur gewarnt vor der Verlängerung des Interims, und dies ist auch nur eine Vermutung. Und dieses Angstargument soll dann stark genug sein, um den Abriss eines denkmalgeschützten Gebäudes zu rechtfertigen. Denn darum geht es: Es geht um den Abriss von zwei denkmalgeschützten Gebäuden; es geht auch um die Opernterrassen.

Es geht hier darum, wie wir mit unserem historischen Erbe umgehen. Es geht übrigens auch in Bonn um die Beethoven-Halle und in Hannover um den Plenarsaal. Es geht um den Umgang mit denkmalgeschützten Gebäuden aus den 50er- und 60er-Jahren. Die Befürworter des Neubaus wollen mit dem Schauspiel ein Theater abreißen, das zu sanieren möglich ist. Das ist jetzt schon klar. Dennoch wollen sie ein denkmalgeschütztes Gebäude abreißen, ein Theater, das übrigens nach der Abspeckung der Neubauvariante selbst einem Neubau nicht mehr im Weg stehen würde. Es wird einfach nur abgerissen, plattgemacht und ein Platz installiert, der zwar auf Animationen schön mit Sonnenschein und Eis essenden Menschen bespielt wird, aber bei Regen oder im Winter höchstwahrscheinlich ganz anders aussehen wird.

Was ist denn unser Versprechen, Denkmälern Schutz zu geben, wert, wenn wir ohne Notwendigkeit ein Gebäude abreißen, das von einem der bedeutendsten deutschen Architekten stammt? Die Antwort lautet zugespitzt: Wer ein denkmalgeschütztes Schauspielhaus abreißt, vor dem ist auch der Dom nicht mehr sicher.

(Heiterkeit)

Es geht um Respekt vor dem Denkmalschutz. Und den genießt der Dom, glaube ich, auch.

Was wir heute wirklich tun können, ist, diesen Bürgerentscheid überflüssig zu machen. Wir können uns bei „Mut zu Kultur“ für ihre ehrenamtlich geleistete Arbeit nur bedanken. Sie haben uns Sanierungsmöglichkeiten eröffnet. Die Argumente sind ausgetauscht. Ich denke, dass es keine Notwendigkeit mehr gibt, unser Schauspielhaus abzureißen. Lassen Sie uns dem Bürgerbegehren folgen.

Sollte der Rat dies nicht tun, trägt er die Verantwortung für einen monatelangen Wahlkampf. Das Interim würde sich dadurch

verlängern; denn Sanierung oder Neubau könnten erst viele Monate später beginnen. Außerdem droht eine große Gefahr, die von vielen unterschätzt wird, in die man aber laufen würde, würde man der Idee von SPD und FDP, unbedingt einen Bürgerentscheid durchzuführen, folgen: Die Hürde für einen erfolgreichen Bürgerentscheid wurde vom Gesetzgeber recht hoch festgesetzt. Mindestens 150 000 Bürger müssten für die Sanierung stimmen und außerdem noch die Stimmenmehrheit haben. Niemand weiß heute, ob eine derart hohe Wahlbeteiligung zu erreichen ist. Angenommen, es würden 100 000 Bürger für die Sanierung und 50 000 für den Neubau stimmen,

(Michael Zimmermann [SPD]: Und die 600.000 ändern?)

dann wäre das Bürgerbegehren formal gescheitert. Würden Sie in diesem Fall das Schauspielhaus trotzdem abreißen, obwohl eine Mehrheit für die Sanierung gestimmt hat? Wohl kaum. Denn dann würde aus dem Spalt zwischen Bürgern und Stadt eine Kluft, und es gäbe am Ende nur Verlierer.

(Michael Zimmermann [SPD]: Und die anderen? Was ist mit den 600 000 anderen?)

- Die anderen 600 000 Bürger sind leider genauso schwer zu motivieren, zu diesem Entscheid zu gehen, wie zu einer Kommunalwahl. Es ist natürlich bei einem so speziellen Thema noch wesentlich schwerer, das zu erreichen.

(Götz Bacher [SPD]: Insofern muss man nicht mehr wählen!)

Ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns den Bürgerwillen achten. Wenn wir auf die Bürgerinnen und Bürger hören, gewinnen wir nicht nur Zeit; wir zeigen auch Respekt vor unserem denkmalgeschützten Erbe. Sagen wir schon heute Ja zu unserem Schauspielhaus und Ja zu unserem eigentlich sehr schönen Opernquartier. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der FDP, lassen Sie uns diesen Beschluss auf eine möglichst breite Basis stellen. Wir brauchen Sie. Es gibt genug zu tun. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Dr. Helge Schlieben [CDU])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit ist die erste Runde der Fraktionen beendet. Unsere Satzung sieht vor, dass jetzt noch einmal die Vertreter des Bürgerbegehrens Gelegenheit haben, sich zu Wort zu melden. Ich gebe das Wort an Herrn Jung zu einem Debattenbeitrag von maximal zehn Minuten. - Bitte schön, Herr Jung.

Jörg Jung („Mut zu Kultur“): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Sehr geehrte Bürger der Stadt Köln! Ich glaube, die Stadt Köln ist dabei, heute einen Riesenschritt zu machen. Wir alle sollten uns bewusst machen, dass heute etwas Wesentliches passiert; denn heute, glaube ich, wachsen die Bürger, die Politik und die Verwaltung zusammen. Eigentlich haben wir doch schon mit einem runden Tisch begonnen, als wir am Sonntag gemeinsam die Frage debattiert haben, die im Interesse der gesamten Stadt ist.

Ich möchte an dieser Stelle allen Kölner Bürgern, die den Erfolg dieses Bürgerbegehrens möglich gemacht haben, danken. Es sind ja nicht nur die paar Vertreter des Bürgerbegehrens, die jetzt hier vorn sitzen, die Initiatoren, sondern es sind die Bürger, die es sich zu ihrer eigenen Aufgabe gemacht haben, Überzeugungsarbeit zu leisten, um den Abriss des Schauspielhauses zu verhindern. Sie müssen sich einmal vorstellen, dass viele Leute ihre freie Zeit dafür eingesetzt haben, Hunderte Unterschriften zu sammeln, weil sie darin die Chance sahen, endlich etwas für ihre Stadt tun zu können, und dabei das Gefühl hatten, dass ihre Arbeit, die sie im Interesse der Stadt leisten, nicht sinnlos ist.

Deshalb möchte ich auch davor warnen, die Motivation, die zu diesem Bürgerbegehren geführt hat, kleinzureden und zu sagen: Mein Gott, da gab es auch viel Frust über diese oder jene Frage. Nein, hier geht es um Kernfragen dieser Stadt, nämlich: Wie laufen Abstimmungs- und Meinungsbildungsprozesse in der Stadt? Haben die Bürger die Möglichkeit, daran beteiligt zu werden? Welche Chancen der Einflussnahme haben sie?

Herr Börschel, Sie haben das vorhin in die richtigen Worte gekleidet, nämlich: Der Souverän möchte das Heft des Handelns in die Hand nehmen. Ich danke Ihnen, dass Sie das so formuliert haben. Wir Bürger müssen uns erst wieder daran erinnern, dass wir der Souverän sind. Es gibt zwei Möglichkeiten, sich als Bürger

in einer Kommune einzubringen: durch Identität und durch eigenes Engagement, durch Bereitschaft, etwas dafür zu tun, statt immer nur über das, was „die“ dort machen, zu meckern. Das drückt sich beispielsweise darin aus, dass wir, die Bürger, Sie hier im Rat nicht alleine lassen, wenn ihr Verhältnis zur Verwaltung plötzlich so verkrustet ist, dass ein Dialog nicht mehr möglich ist.

In unserer Arbeit in der letzten Zeit ist uns aufgefallen, dass es unglaublich viele verkrustete Strukturen in der Debatte untereinander gibt, die gar nicht nötig sind. Ich glaube, wir haben einfach verlernt, offen und vorwurfsfrei miteinander zu reden und uns gegenseitig die Hand zu reichen. Ich glaube, wir sind jetzt diesen einen Schritt weitergekommen. Deshalb möchte ich Ihnen, Herr Oberbürgermeister, bei allen Differenzen, die wir haben, ausdrücklich für diesen wirklich gelungenen Sonntag danken, der aus meiner Sicht der Beginn eines neuen Weges ist, der zu dem Ziel führen sollte, gemeinsam für das Wohl dieser Stadt zu arbeiten, am Beispiel der Kölner Bühnen.

Das ist nicht irgendein Beispiel, sondern ganz zentral. Wir müssen daran erinnern, was die Bühnen in der Geschichte waren. Sie waren das erste Symbol, das sich Köln erlaubt hat, nach der totalen Zerstörung zu bauen. Köln wollte damit ein Zeichen setzen. Köln hat sich bewusst das Zentrum der Stadt ausgesucht, um zu sagen: In einer großen Geste zeigen wir, dass die Kultur das ist, was uns aus unserer Tragik heraus trägt und wieder nach vorn bringt. Deshalb hat Riphahn auch nach einer Ensemble-Idee gebaut. Es war immer als ein Ensemble gedacht. Das habe ich schon öfter betont. Mittlerweile ist das unstrittig; keiner würde noch etwas anderes behaupten. Es ist gerade die raumgreifende Geste der gleichen Architektursprache, die für dieses Symbol und damit den Geist in unserer Stadt steht. Ich möchte Sie daran erinnern: Das ist der Geist, der Köln einmal zu einer Kulturhauptstadt gemacht hat. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass genau an dieser Stelle mit diesem Kulturbauwerk jetzt wieder Politik gemacht wird, wie eben gesagt wurde. Es ist ein klassisches Symbol der Identität mit unserer Stadt.

Ich möchte all denen, die über die Strahlkraft reden, eine Sorge nehmen: Es nicht so, dass wir gegen neue Architektur stehen. Im Gegenteil, wir sind sogar für radikale Zeichen neuer Architektur. Wer aber das Bekenntnis zur radikalen Architektur ernst nimmt, muss auch Respekt vor der radikalen Architektur der Väter haben. Nur

wer das Erbe einer radikalen Architektur ernst nimmt, meint auch die eigene Architektur ernst; denn wir wollen Zeichen aus unserer Zeit auch in anderen Zeiten haben. Aber vor dem Hintergrund der Not der Bühnen ist das zweitrangig. In erster Linie geht es um die Zukunftsfähigkeit der Kölner Bühnen.

Ich möchte hier ganz laut und deutlich sagen, dass das Bürgerbegehren und die Initiative „Mut zu Kultur“ voll und ganz hinter den Bühnen stehen und alles dafür tun werden, dass mit der Sanierung sofort begonnen werden kann, damit die Bühnen zukunftsfähig gemacht werden. Wir wehren uns massiv gegen eine Pinselsanierung. Wir sind uns sicher, dass die Sanierung mit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsbedingungen einhergehen muss. Aus diesem Grund haben wir Sanierungsvorschläge gemacht, die in diese Richtung zielen. Wir wollten nachweisen, dass mittels einer Sanierung der Repertoirebetrieb für die nächsten 100 Jahre gesichert ist. Wir sind der Ansicht und haben auch den Nachweis dafür erbracht, dass gerade die Repertoirefähigkeit über die Sanierung besser geregelt werden kann. Ich nenne hier zum Beispiel die 7 Meter hohen Kulissen, die wir ohne Demontage bewegen können, was im Neubau gar nicht möglich wäre, oder die Wege, die die Schauspieler im Neubau zurückzulegen hätten, usw.

Entscheidend ist auch, dass wir uns zu allen Kultursparten unserer Gesellschaft bekennen. Dazu gehören neben vielem anderen eben auch die Architektur und der Städtebau. Wo kommen wir denn hin, wenn wir sagen: Auch wenn es möglich wäre, ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude durch Sanierung zu verbessern, reißen wir es dennoch ab? Und genau das ist der fundamentale Unterschied zu der Situation vor dem 7. Juli 2009, dem Tag, als bekannt wurde, dass die zu erwartenden Kosten in die Höhe geschneit sind. Deshalb ist es kein Widerspruch, wenn Leute vorher ein anderes Projekt favorisiert haben oder wenn Leute vorher den Neubau gefordert haben oder wenn sich Leute vorher vielleicht sogar gewünscht haben, dass die Oper an der anderen Seite des Rheins gebaut wird. Die Situation hat sich im letzten Sommer geändert. Deswegen bin ich froh, dass Menschen in der Lage sind, neu zu denken. Was ist denn falsch daran, eine Meinung zu korrigieren, wenn sich die Situation verändert?

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) und Dr. Helge Schlieben [CDU])

In diesem Sinne und in diesem Geiste habe ich heute von allen Fraktionen, auch von den Fraktionen, die jetzt traurig darüber sind, dass es vielleicht nicht zu einem Neubau kommen wird, gehört, dass sie bereit sind, die nächsten Schritte gemeinsam zu gehen. Deshalb appelliere ich an alle: Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam ohne Streitigkeiten und Rückblick auf die Vergangenheit gehen. Wir sollten jetzt in die Zukunft blicken und am runden Tisch Wege finden, wie wir möglichst schnell mit der Sanierung beginnen können. Denn ich möchte vor allen Dingen eines, nämlich Herrn Laufenberg und Herrn Stenz die Sorge nehmen, dass ihre Planungen nicht klappen könnten. Ich nehme diese Sorgen sehr ernst, auch weil ich ganz genau weiß, dass die Oper nur dank äußerster baupolizeilicher Toleranz noch offen ist. Diese Stadt kann es sich nicht leisten, noch weiter zu warten.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Vor diesem Hintergrund stehen wir als Bürgerinitiative „Mut zu Kultur“ mit all unseren Kräften bereit, in diesem Prozess weiter mitzuwirken. Wir fordern allerdings, auch bei den anstehenden Fragen des runden Tisches wie zum Beispiel der Sanierungsgestaltung oder der juristischen Wegeführung durch das Vergaberecht beteiligt zu werden. Wir verfügen über Informationen, Wege und Kontaktmöglichkeiten, die eine neue Dynamik bringen können. Dieses Potenzial sollten wir nicht verschenken. Deshalb appelliere ich an Sie: Geben Sie uns schon heute die Chance, die Sanierung anzugehen!

Erlauben Sie mir noch ein letztes Wort zum Bürgerentscheid. Es ist ja nicht so, dass wir kleinstmütig sind oder Angst haben, den Bürgerentscheid nicht zu dem gewünschten Ziel bringen zu können. Die Vermutung liegt nahe, dass einige von denen, die das Ergebnis des Bürgerentscheids abwarten wollen, die Hoffnung hegen, dass wir die erforderlichen 155 000 Stimmen nicht zusammenbekommen werden; der Oberbürgermeister wurde in der Stichwahl mit 144 000 Stimmen gewählt. Meine Damen und Herren, völlig unabhängig davon, ob es schwierig werden könnte, glaube ich dennoch fest daran, dass in dieser Frage die erforderliche Stimmenanzahl zustande käme. Das ist überhaupt nicht das Problem. Vielmehr kommt es darauf an, den Bühnen, wohl wissend, dass sie sich derzeit in einer Notsituation befinden, vonseiten der Politik ein Signal zu geben, nämlich dass sie dafür sorgen wird, dass es möglichst schnell weitergeht.

Die Bürger haben schon dokumentiert, was Bürgerwille ist. Wir hätten sicherlich mehr als 50 000 Stimmen sammeln können, wenn wir besser organisiert gewesen wären. Viele haben sich bei uns gemeldet und gefragt: Mein Gott, wo wart ihr denn? Ich habe noch nicht unterschreiben können. Lassen Sie uns den Willen der Bürger nicht unterschätzen. Lassen Sie uns heute beziehungsweise ab morgen mit der Sanierungsplanung beginnen. Der runde Tisch ist eröffnet, die Hand ist ausgestreckt. Herr Roters, ich danke Ihnen ausdrücklich dafür. Die Signale, die Sie in dieser Frage in der letzten Phase ausgesandt haben, waren sehr gut, ebenso die Signale, die von Ihnen aus der Politik kamen. Solche Signale wollen wir auch von unserer Seite an Sie aussenden. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam weitermachen. Dann wird es wirklich eine Strahlkraft für Köln geben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU, der Linken.Köln und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) - Beifall auf der Besuchertribüne)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank. - Damit ist die erste Runde endgültig vorüber. Jetzt gibt es die Möglichkeit zu weiteren Wortmeldungen, soweit gewünscht. - Herr Sterck, Sie hatten sich eben gemeldet.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Bei der Veranstaltung am Sonntag wurden die verschiedenen Argumente noch einmal auf den Tisch gebracht. Ich fand den Vortrag von Herrn Professor Quander sehr erhellend, in dem er die Entscheidungsprozesse erläutert und aufgezeigt hat, welche Alternativen - sie liegen hier heute auch auf dem Tisch - es 2003 gegeben hat, die dann zu der Grundsatzentscheidung im Jahr 2006 geführt haben. Diese Entscheidung war ja eigentlich ein Kompromiss - zwischen denjenigen, die alles abreißen und alles neu machen wollten, und diejenigen, die dafür waren, das Ganze zu sanieren. Also hat man gesagt, wir erhalten die Oper und bauen ein neues Schauspielhaus.

Herr Zimmermann, Sie haben eben gefragt: Wo waren denn die Aha-Effekte in der Planung des Neubaus? Dazu muss ich Ihnen sagen - deshalb hat auch Herr Steffens am Sonntag vielleicht überraschend viel Applaus für seine

Vorstellungen bekommen -: Ich glaube schon, dass uns ein großer Wurf gelungen ist. Deswegen hat sich das Preisgericht auch einstimmig für dieses Modell entschieden. Das sollten wir jetzt nicht schlechtreden. Ich fand sehr schön, dass eine Bürgerin am Sonntag gesagt hat: Eigentlich ist es doch „Mut zu Kultur“, wenn wir hier etwas Neues schaffen, also ein neues Schauspielhaus errichten. Herr Zimmermann, auch das sei gesagt: Wenn es damals schon den Denkmalschutz gegeben hätte, hätte es den Kölner Dom nicht gegeben.

Ein Thema bei der Köln-Wahl war die Frage, wie wir mit den Bühnen umgehen. Alle vier großen Parteien waren sehr einmütig dafür, für diesen Kompromiss, also den Neubau des Schauspielhauses, zu streiten. Wir haben für diese Position 34 965 Stimmen bekommen und die neun Mandate, die sich daraus ergeben haben, in die Entscheidung am 17. Dezember eingebracht, indem wir so abgestimmt haben, wie wir es den Bürgerinnen und Bürgern vor der Wahl versprochen hatten. CDU und Grüne dagegen haben nicht so abgestimmt, wie sie es ihrer Wählerschaft bei der Köln-Wahl versprochen hatten.

Natürlich sind 50 000 Unterschriften - das will ich gar nicht schlechtmachen, Herr Hoffmann - eine große Leistung, ein sehr zu würdigendes Engagement der Bürgerschaft und ein Indiz dafür, dass sich die Meinung der Bürgerschaft seit der Köln-Wahl verändert hat. Aber gerade deswegen soll es ja zu einem Bürgerentscheid, der die nächste Stufe darstellt, kommen, nämlich um abzufragen, wie sich die Bürger in dieser Frage positionieren. Von den 50 000 Menschen, die das Bürgerbegehren unterschrieben haben, wissen wir es schon. Aber wie sehen es die übrigen? Für die Feststellung, ob sich wirklich eine Mehrheit der Bürger dafür ausspricht, ist der Bürgerentscheid da. Darum stimmen wir heute hier für den Bürgerentscheid.

Leider tun CDU und Grüne wieder das Gleiche, was sie schon am 17. Dezember getan haben. Sie stimmen heute wieder nicht so ab, wie sie es ihren Wählerinnen und Wählern vor der Köln-Wahl eigentlich versprochen hatten.

(Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vielmehr sind sie inzwischen zu einem anderen Ergebnis gekommen und geben deswegen hier ein anderes Votum ab. Das ist schade, weil wir so möglicherweise nie erfahren werden, was die

Mehrheit der Kölner Bürgerschaft in dieser Frage wirklich denkt.

(Beifall auf der Besuchertribüne)

Die *Kölnische Rundschau* hat heute geschrieben: „Die CDU bleibt bei ihrem Nein“. Das möchte ich noch einmal etwas genauer betrachten; denn das Nein vom Dezember, lieber Kollege Karl Klipper, und das Nein vom April sind nicht ein und dasselbe, auch wenn es die gleichen vier Buchstaben sind. Das Dezember-Nein war eine Trotzreaktion der CDU, weil euer Wunsch nach der größeren Lösung, nämlich die Tanz-Lösung, für die wir auch gekämpft haben, hier keine Mehrheit bekommen hat. Das April-Nein ist vielleicht ein bisschen Opportunismus gegenüber der veröffentlichten Meinung. Ich muss sagen: Lieber Karl Klipper, liebe CDU-Fraktion, sowohl Trotz als auch Opportunismus sind politisch schlechte Berater für eine solche Entscheidung.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Karl Jürgen Klipper [CDU]: Das sagt die FDP! Ich lache mich kaputt!)

Lassen Sie mich - das ist hier heute auch schon thematisiert worden - noch Ihre Rolle, Herr Oberbürgermeister, ansprechen. Es zeichnet sich jetzt die erste große Niederlage in Ihrer Amtszeit ab. Sie haben leider vor der Entscheidung am 17. Dezember Ihre Möglichkeiten, für Ihre Position zu werben und eine breite Mehrheit dafür zu schaffen, nicht genutzt. Eigentlich war die Entscheidung im Dezember, als Sie in diesem Hause eine so knappe Mehrheit, eine nur relative Mehrheit, für Ihre Vorlage bekommen haben, eine Art Warnschuss. Leider haben Sie auch die Zeit seit dem 17. Dezember nicht genutzt, um hier im Hause und in der Bürgerschaft für Ihre Position zu werben. Heute sagen Sie: Wir brauchen einen runden Tisch. Eigentlich kommt diese Forderung von Ihnen, der Sie alle Instrumente der Macht in dieser Stadt einschließlich einer kompletten Verwaltung in der Hand haben, einen runden Tisch einzusetzen, ein halbes Jahr zu spät.

Während Kollege Klipper die Schuld allein bei Ihnen ablädt, möchte ich daran erinnern, dass Alt-Oberbürgermeister Schramma, der im Sommer 2009 den Planungsstopp verhängt hat und nicht die Kraft besessen hat, noch in seiner Amtszeit die Entscheidung herbeizuführen, und sie stattdessen seinem Nachfolger, Oberbürgermeister Roters, überlassen hat, einer der Hauptverursacher der Situation ist, mit der wir es heute zu tun haben.

Herr Jung, Sie haben eben betont, dass wir Ihrerseits mit einer ausgestreckten Hand rechnen können. Wir als Freie Demokraten sind Demokraten durch und durch. Sie können sicher sein, wir werden das Votum, das heute hier herauskommt, anerkennen. Wir werden in diesem Prozess in den kommenden Jahren nicht in Fundamentalopposition gehen, sondern uns an dem Prozess, der mit der heutigen Entscheidung besiegelt wird, beteiligen, auch wenn wir nicht daran mitgewirkt haben, weil wir der Meinung sind: Unsere Bürger haben es verdient, dass aus dieser neuen, veränderten Situation das Bestmögliche gemacht wird. Darauf haben Sie mein Wort. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herzlichen Dank, Herr Sterck. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte es eigentlich ganz kurz machen, weil das meiste schon gesagt worden ist.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Nur noch nicht von jedem!)

Unsere Position hat Herr Klipper in seiner Rede deutlich gemacht: Wir haben über Monate hinweg die Zahlen, Daten, Fakten noch einmal bewertet. Wir haben uns über Monate hinweg in Arbeitskreisen und Sondersitzungen mit der Sache beschäftigt und es uns wirklich nicht leicht gemacht. Gestern sind wir dann zu dem Entschluss gekommen, dem Bürgerbegehren beizutreten. Deswegen werfen Sie uns, Herr Sterck, hier Opportunismus vor. Das sagt der Richtige!

(Beifall bei der CDU)

Den Bürgerentscheid jetzt vorzuschieben, sich hinter dem Bürgerentscheid zu verkriechen, das wird der Sache heute nicht gerecht. Die Bürger haben nämlich entschieden. Meine Damen und Herren, 50 000 Bürgerinnen und Bürger haben entschieden, dass wir uns hier heute Abend treffen, dass wir hier heute Abend eine Ratssitzung abhalten. Das ist ja keine Goodwill-Veranstaltung des Oberbürgermeisters, wie uns Herr Börschel glauben machen wollte oder wie es Herr Sterck und Frau Moritz mit ihrer Anbiederung an den Oberbürgermeister getan haben. Nein, meine Damen und Herren, dass wir uns hier heute Abend versammeln, das hat der

Bürger entschieden, nämlich mit seinem Bürgerbegehren.

(Beifall bei der CDU sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Aber der Bürger hat noch mehr entschieden. Laut Landesverfassung, laut Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen hat der Bürger heute Abend ein Anrecht darauf, zu erfahren, wie wir über sein Bürgerbegehren befinden. Deswegen kann es nicht sein, dass die Sache mit der völlig sinnentleerten Äußerung vonseiten der SPD, der Bürger solle entscheiden, hier abgetan wird. Das ist nicht der Grund gewesen, warum die Bürger ein Begehren initiiert haben. Das ist auch nicht der Inhalt des Bürgerbegehrens.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Meine Damen und Herren, wir alle, auch Sie, Herr Börschel, und Ihre Fraktion, haben hier heute darüber zu entscheiden, ob wir dem Bürgerbegehren beitreten: Ja oder Nein? Wenn wir dem Bürgerbegehren beitreten, bedeutet das, dass wir die Sanierungsvariante wählen. Wenn wir dem Bürgerbegehren nicht beitreten, bedeutet das zunächst einmal formal, inhaltlich - man darf ja den Bürgern keinen Sand in die Augen streuen -, dass es bei dem Beschluss bleibt, den Sie von der SPD gemeinsam mit der FDP und Herrn Roters im Dezember getroffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will noch einmal deutlich machen, warum sich die CDU am 17. Dezember - eigentlich war es ja schon der 18. Dezember; Herr Jung, Sie haben gesagt, Sie würden uns gerne begleiten wollen; dann müssen Sie allerdings damit rechnen, dass Sie manchmal bis nach Mitternacht hier sitzen - nicht für die Roters-Variante entschieden hat. Grund war, dass die Roters-Variante genau dieses Kraftzentrum, das wir über Jahre hinweg Richtung JSWD und Neubauplanung entwickelt haben, nicht mehr vorsah. Das Kraftzentrum am Opernquartier war plötzlich weg. Das Drei-Sparten-Haus war zum Zwei-Sparten-Haus geworden, ohne dass das großes Aufsehen erregt hätte. Meine Damen und Herren, wenn man für 80 Jahre festschreiben will, dass wir hier in Köln kein Drei-Sparten-Haus am Opernquartier haben, dann ist das doch wohl Grund genug, dass die CDU-Fraktion mit Recht sagen kann, das machen wir nicht mit.

(Beifall bei der CDU - Beifall auf der Besuchertribüne)

Deswegen, Herr Sterck, werden wir uns - wie es Herr Klipper gesagt hat - für das Bürgerbegehren entscheiden, und zwar mit einem Änderungsantrag. Wir wünschen Ergänzungen, damit die Verwaltung unverzüglich in die richtige Richtung plant und keine Zeit verstreichen lässt. Wir wollen den Zeitgewinn, nämlich die drei Monate, die wir bis zum 11. Juli einsparen können, konstruktiv nutzen, damit ein wirkliches Kraftzentrum am Opernquartier entsteht, und zwar in Form eines Drei-Sparten-Hauses. Das ist das, was Köln für die nächsten 80 Jahre kulturell nach vorne bringen wird.

(Beifall bei der CDU sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Dr. Elster. - Um Ihnen einmal einen Überblick zu geben: Es haben sich jetzt noch Herr Detjen, Frau von Bülow und Frau Dr. Bürgermeister zu Wort gemeldet. - Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einem Neubau haben wir es im Prinzip mit zwei großen Risikofaktoren zu tun, die auch der Personalrat der Bühnen, der ja lange ein eiserner Verfechter des Neubaus war, benannt hat, nämlich mit dem Denkmalschutz und dem Urheberrecht. Diese beiden Faktoren haben dazu geführt, dass selbst der Personalrat von seiner Meinung abrückte. Das muss man doch einfach einmal registrieren.

Auch der Regierungspräsident hat deutlich erkennen lassen - deutlicher ging es ja gar nicht; das war ja schon fast eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Rates der Stadt Köln -

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Da muss man skeptisch werden!)

dass er einem Abriss des Schauspielhauses nicht zustimmen wird. Das muss man schlicht und ergreifend zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren. Ich verstehe nicht, warum die Verwaltung nicht auf die Landesregierung zugeht und mit ihr redet - natürlich unverbindlich!

Ich will jetzt noch einmal auf das Thema Urheberrechtsschutz eingehen. Herr Streitberger, ich hatte Ihnen schon vor einer Woche gesagt: Gehen Sie auf den Anwalt der Riphahn-Erben

zu. Wir haben Gespräche mit ihm geführt, genauso wie die Bürgerinitiative. Er hat sich das Modell angeschaut und gesagt: Damit könnten wir leben. Wenn man also über das Urheberrecht sprechen will, muss man doch mit den Akteuren reden. Ob es dann so ausgeht, wie wir uns das erhoffen, ist offen. Gar keine Frage, das kann auch anders ausgehen. Aber man muss doch im Vorfeld in einen Dialog mit der Stadtgesellschaft treten - auch ein Rechtsanwalt gehört zur Stadtgesellschaft - und ausloten, was möglich ist.

Wir haben von den Riphahn-Erben die ganz klare Ansage bekommen - Herr Streitberger, diese Ansage haben auch Sie gestern per E-Mail erhalten -: Bevor abgerissen wird, gibt es dagegen eine einstweilige Verfügung. Damit ist klar: In der Sache ist noch nicht endgültig entschieden; auf keinen Fall darf abgerissen werden. Das heißt, es wird zu einem Stillstand kommen. Das muss man doch einfach einmal feststellen und in die Abwägung der verschiedenen Meinungen miteinbeziehen. Nachdem der Personalrat der Bühnen sich mit diesen Fragen auseinandergesetzt hat, hat er seine ursprüngliche Position geändert. Damit beweist er zumindest Weitsicht.

Lieber Kollege Börschel, Sie haben hier gesagt, man könne jetzt den Bürgerentscheid beschließen und trotzdem schon die Sanierung im Detail vorbereiten und planen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist wahr! Richtig!)

Das ist doch Unsinn. Der Oberbürgermeister kann zwar im Vorfeld des Bürgerentscheids runde Tische gründen und auch Maßnahmen zur Vorbereitung einer Sanierung treffen. Aber wir als Rat der Stadt Köln können doch nicht für den Bürgerentscheid am 11. Juli schon mal 1 Million Euro bereitstellen, damit die Verwaltung eventuell, wenn der Bürgerentscheid positiv ausgeht, jetzt schon mal die Sanierung planen kann. Das verstößt klar gegen die Gemeindeordnung.

(Martin Börschel [SPD]: Unsinn!)

So viel Sand können Sie uns hier gar nicht in die Augen streuen! Wir können runde Tische machen und alles; was nichts kostet, kann der Oberbürgermeister zur Vorbereitung des Bürgerentscheids machen. Daran können Sie doch schon sehen: Ihre Argumentation, wir könnten schon mal alles vorbereiten - alleheit - ist doch nicht ehrlich. So geht es nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Da haben Sie keine Ahnung, Herr Detjen!)

Meine Damen und Herren, ich will es noch einmal ganz klar sagen: Das würde gegen die Gemeindeordnung verstoßen. In diesem Fall würde, da bin ich mir sicher, der Regierungspräsident - in Klammern: er soll in Ehren leben - eingreifen.

Deswegen ist meines Erachtens die Entscheidung, dem Bürgerbegehren beizutreten, der schnellste Weg, um aktiv zu werden.

Ich will jetzt noch einmal auf die Änderungsanträge der Grünen und der CDU eingehen.

Wir von der Linken könnten mit dem Änderungsantrag der Grünen mitgehen. Vielleicht lässt sich es noch ändern, dass die Folgekosten mit gerechnet werden sollen. Da sind wir uns im Prinzip völlig einig. Den Gedanken sollte man noch aufnehmen. Denn da kommen ja enorme Kosten auf uns zu.

Einen Dissens sehe ich beim Änderungsantrag der CDU, und zwar in der Frage der Eigenständigkeit des Schauspielhauses. Das kann man so oder so verstehen; das ist mir völlig klar. Aber ich sehe da einen Dissens. Ich bin dafür, dass es *den* Betrieb, *die* Bühnen, weiter geben muss. Einen Prozess der Auseinanderdividierung von Bühnen und Schauspielhaus auch in finanzieller Hinsicht wollen wir nicht; das habe ich vorhin schon dargelegt. Wenn wir uns für den Prozess der Sanierung entscheiden, muss das dazu führen, dass die Bühnen gestärkt werden. Aber wir müssen auch darauf achten, dass die Kosten nicht weiter explodieren. Wir müssen uns bewusst sein, dass die Bühnen jährlich einen Betriebskostenzuschuss von bis zu 49 Millionen Euro bekommen. Dieser Zuschuss darf nicht höher ausfallen. Wenn nämlich dann noch die Sanierungskosten in Höhe von 25 bis 30 Millionen Euro dazukommen, wird der Haushalt eine Belastung von 70 bis 80 Millionen Euro zu verkraften haben. Noch einmal: Die Kosten dürfen nicht steigen. Im Gegenteil, wir müssen überlegen, wie die Kosten reduziert werden können. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Detjen. - Nächste Rednerin ist Frau von Bülow.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, zunächst einmal freue ich mich, dass Sie unser Wahlprogramm so genau gelesen haben. Ich hoffe, Sie haben auch den Passus gelesen, in dem wir betont haben, dass Bürgerbeteiligung für uns ein sehr hohes Gut ist. Insofern ist dieser Tag auch für uns Grüne ein guter Tag. - So weit vorab.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Am 17. beziehungsweise am 18. Dezember um 0.45 Uhr - ich habe damals genau auf die Uhr geschaut - begann ich meine Rede zum Schauspielhaus mit dem Satz: Es ist spät geworden. Heute, fast vier Monate später, hoffe ich, dass es noch nicht zu spät ist für eine verantwortungsvolle Ratsentscheidung. Ich denke, dazu wird es heute kommen.

Für uns heißt das vor allem, wir wollen nicht noch mehr Zeit verlieren, was ja ein längeres Warten auf den Bürgerentscheid mit sich brächte, sondern wir wollen heute dem Bürgerbegehren beitreten. Frau Moritz hat unsere Position dazu schon dargelegt. Wir tun das mit viel Respekt vor denjenigen, die sich in der Diskussion in der Stadt sehr stark engagiert, die Zeit, Arbeit und auch viel Geld in die Arbeit für das Bürgerbegehren gesteckt haben. Herr Jung hat das vorhin dargelegt.

Wir tun das aber auch mit Respekt vor denjenigen, die sich an den Neubauplänen beteiligt und für die Umsetzung dieser Pläne eingesetzt haben. Als sich der Rat 2006 für die Sanierung der Oper und den Neubau des Schauspielhauses und 2008 für den Siegerentwurf des Architektenbüros JSWD entschied, stand dieser auf beeindruckende Weise für einen großen Wurf für den Offenbachplatz. Die Kostenexplosion bei der Planung auf der einen Seite und die desolante Haushaltssituation der Stadt auf der anderen Seite verhindern nun eine groß angelegte Veränderung des gesamten Opernquartiers am Offenbachplatz.

Für uns stellte sich in Vorbereitung dieser Sitzung die Frage: Rechtfertigt die abgespeckte Version des Neubaus den Abriss des bestehenden Schauspielhauses? Meine Fraktion beantwortet diese Frage mit einem klaren Nein. Wenn wir uns in Köln umhören, müssen wir konstatieren, dass sich in breiten - wenn auch nicht allen - Teilen der Kulturszene wenig

Unterstützung für den Neubau findet. Uns ist wichtig, dass es nach einem möglichst kurzen Interim wieder ein funktionstüchtiges Opern- und Schauspielquartier in Köln gibt. Dass wir in Köln überhaupt darüber nachdenken, wie dieses Ziel am besten erreicht werden kann, während andere Kommunen im Augenblick über die Schließung von Häusern reden, dass in Köln Oper und Schauspiel so wichtig sind, dass sich eine große Bevölkerungsgruppe damit ernsthaft auseinandersetzt, das ist in unseren Augen ein sehr positives Signal für das Leben in Köln, für die lebendige Kultur in unserer Stadt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die „Bürgerbegehre“ - das wissen Sie alle - haben gegen den Ratsbeschluss zum Neubau des Kölner Schauspielhauses vom 17. Dezember beziehungsweise 18. Dezember 2009 große Erfolge verbuchen können. Gründe dafür sind heute schon ausführlich benannt worden. Wir haben auch gehört, dass eine beachtliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern Bereitschaft zeigt, sich mit den Belangen der Stadt auseinanderzusetzen. Ich denke, gerade auch für die Kölner Politik und für uns Ratspolitikerinnen und -politiker stellt dies einen großen Beitrag dar und zeigt, dass sich Köln tatsächlich als lebendige Stadt darstellt.

Nachdem am 17. Dezember 2009 die Ratsentscheidung zum Neubau des Schauspielhauses erfolgte, obwohl, wie schon erwähnt, nach Meinung der Grünen die Vorlage noch nicht entscheidungsreif war, haben die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht nur großes Engagement bewiesen, sondern auch praktische Lösungen angeboten, die sie ebenso weiterentwickelten, wie es die Schauspiel-Intendantin, Frau Beier, getan hat. Beide Entwürfe wurden bei der Veranstaltung am Sonntag noch einmal vorgestellt. Da darauf heute schon eingegangen worden ist, will ich mich hier nur dem Lob, den diese Veranstaltung bisher erfahren hat, anschließen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie haben doch schon gesagt, wie Sie abstimmen!)

- Ja, Herr Uckermann. Aber ich nutze meine Redezeit.

Uns allen geht es einerseits darum, Sanierungslösungen - das ist jetzt etwas Neues - zu finden, die ein höchstmögliches Maß an Funktionalität beinhalten. Andererseits müssen wir angesichts der zugespitzten Finanzlage aber

auch die Kosten, die auf den Haushalt zukommen werden, im Blick behalten. Für uns ist es wichtig, die Bühnen zukunftsfähig zu machen, weil wir uns der großen kulturellen Bedeutung der Bühnen für unsere Stadt bewusst sind. Das Vorhaben muss schnell und effektiv umgesetzt werden und zudem finanzierbar sein. Dieser Tatsache sind wir uns hier im Rat, denke ich, weitgehend bewusst.

Ein Bürgerentscheid ist ein wichtiges demokratisches Instrument, aber die Kosten von 1 Million Euro für das Verfahren würden uns an anderer Stelle im Haushalt fehlen. Wenn der Rat dem Bürgerbegehren heute beitrifft, entscheidet er sich für eine Sanierung und spart diese Verfahrenskosten. Außerdem könnten auch die nötigen Planungsprozesse ohne Zeitverzögerung auf den Weg gebracht werden, sodass sich die Interimszeiten nicht unnötig verlängern.

Noch ein Satz zu unserem Änderungsantrag zur Verwaltungsvorlage: Unser Änderungsantrag zielt darauf ab, dass die Schritte zur Sanierung nach der heute zu treffenden Entscheidung sehr schnell auf den Weg gebracht werden können. Wenn das alles jetzt sehr schnell in Gang gesetzt wird, werden wir in Kürze wieder ein funktional optimales Opern- und Schauspielquartier haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Danke schön, Frau von Bülow. - Ehe ich das Wort an Frau Dr. Bürgermeister gebe, will ich darauf hinweisen, dass noch Wortmeldungen von Herrn Uckermann und Herrn Frank vorliegen. - Bitte, Frau Dr. Bürgermeister.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Es ist in dieser Runde schon viel Wichtiges und viel Wahres gesagt worden. Wir befassen uns heute mit einem Bürgerbegehren und überlegen, ob wir uns für einen Bürgerentscheid aussprechen oder nicht.

Wie viele meiner Vorredner möchte ich noch einmal auf den Ratsbeschluss vom Dezember zurückkommen, der - das finde ich als kulturpolitische Sprecherin ganz wichtig - ein klares Bekenntnis zu Kultur trotz schwieriger Zeiten ist. Der Neubau tritt im Stadtpanorama selbstbewusst neben die Oper und hebt damit den Rang des Schauspiels hervor. Aus meiner Sicht demonstriert diese Entscheidung, wie wichtig uns, auch mir ganz persönlich, das Schauspielhaus ist. Es ist eben nicht nur eine

zweite Sparte, die im Moment etwas versteckt neben der Oper liegt, sondern der Neubau zeigt, wie Herr Roters gesagt hat, ein eigenes Gesicht und damit das eigene Gewicht des Schauspiels.

Ich sehe mich veranlasst, das noch einmal besonders hervorzuheben, weil heute in einem Interview im *Stadt-Anzeiger* Vermutungen in die Diskussion eingebracht worden sind, die ich in ihrer Absicht und ihrer Wirkung etwas bedauerlich finde. Ich bedauere das insbesondere deswegen, weil die Diskussion insgesamt zwischen Sanierungsgegnern und Sanierungsbefürwortern und der Dialog mit den Initiatoren des Bürgerbegehrens sehr sachlich gewesen sind. Das habe auch ich als sehr positiv empfunden. Gerade deswegen muss man mit Behauptungen sehr vorsichtig sein. In dem Interview hieß es, eine Trennung der Häuser durch zwei voneinander getrennte Bauten könne zu der Idee führen, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ganz auf das Haus - gemeint ist das Schauspiel - verzichtet wird. So könnte man beispielsweise dort ein Musical unterbringen. Ich finde, solche Gedankenspielerien sind entweder naiv oder sie stellen einen etwas problematischen Umgang mit den berechtigten Sorgen der Bürgerinnen und Bürger und auch der Beschäftigten der Bühnen dar. Ich möchte noch einmal ganz klar sagen: Genau das Gegenteil ist mit dieser Entscheidung beabsichtigt und auch gemeint. Wir erkennen und wertschätzen die Bedeutung des Schauspiels, die durch den Neubau gerade auch architektonisch zum Ausdruck gebracht wird.

Ich bin mir im Übrigen sicher, dass die Kölnerinnen und Kölner, insbesondere nach den intensiven Diskussionen der letzten Monate und Jahre, fest auf ihr Schauspielhaus setzen. Auch wenn es bei dem Bürgerbegehren vorrangig um die Sanierung des Schauspielhauses ging, haben sich diese 50 000 Bürger damit auch für den Erhalt des Schauspiels ausgesprochen. Das ist ein Beweis für die große Wertschätzung des Schauspiels als unverzichtbarer Sparte der Bühnen. Das wollte ich noch einmal sagen. Diese Antwort war mir schon wichtig. Herr Jung, Sie wissen, was ich meine.

Wir nehmen dieses Bürgerbegehren als machtvollen Ausdruck des Willens der Bürger sehr ernst. Ich denke, der Vortrag von Martin Börschel hat noch einmal deutlich gemacht, dass gerade die SPD für die öffentliche Austragung der Argumente um die bestmögliche Positionierung der Stadt im Kulturbereich steht. Wir wissen jetzt, dass eine Sanierung mit

Funktionsverbesserungen möglich ist. Wir gehen davon aus, dass die Sanierung nicht das Raumprogramm vorhalten kann, wie es der Neubau könnte. Wir haben uns für den Bürgerentscheid ausgesprochen, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, sich am weiteren Verlauf dieses Diskussionsprozesses zu beteiligen, und zwar auf einer fundierten Grundlage. Für die Entscheidung müssen in vergleichbarer Informationstiefe und auf Augenhöhe Informationen, die auch klar erkennbar die Konsequenzen benennen, vorliegen, also: klare und fundierte Alternativen, die die Konsequenzen für die Bühnen, für das Schauspiel und für die Oper aufzeigen. Das heißt, Herr Detjen: kein Stillstand! Wir können weiter planen. Das hat auch Herr Börschel deutlich gesagt. Die Gemeindeordnung sieht vor, dass weiter geplant und weiter überlegt werden kann, welche Sanierungsvariante als Alternative die beste Lösung ist.

Wir von der SPD setzen uns dafür ein, dass sich alle Bürgerinnen und Bürger in einem breiten Prozess und in einer guten Diskussionskultur mit dieser Frage auseinandersetzen können. Daher habe ich mich für den Bürgerentscheid ausgesprochen. Aber ich werde natürlich die Entscheidung des Rates akzeptieren und nicht starrsinnig an irgendeiner Haltung festhalten. Ich glaube, das ist klar. Natürlich werde ich mich als kulturpolitische Sprecherin im weiteren Diskurs konstruktiv und auch kritisch einbringen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Dr. Bürgermeister. - Jetzt noch einmal Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Dann darf ich wieder die zweite Runde der Debatte zusammenfassen.

(Lachen bei CDU und Bündnis 90/Die Grünen)

Worum geht es in dieser Ratssitzung? Hier geht es um Sanierung oder Neubau. Es geht nicht um Bürgerbeteiligung oder Nicht-Bürgerbeteiligung. Am 30. August haben Kommunalwahlen stattgefunden. Wie hier schon richtig gesagt worden ist, haben die Parteien im Vorfeld detaillierte Programme vorgelegt, mit denen sich

die Bürger befassen konnten, ehe sie ihre Wahlentscheidung trafen. Anscheinend ist die sinkende Wahlbeteiligung auch damit zu erklären, dass die Bürger der Meinung sind, dass auf die Versprechen der Parteien bei regulären Wahlen, seien es Kommunal- oder Landtagswahlen, eh kein Verlass mehr ist. Es werden doch sowieso immer wieder dieselben Parteien gewählt. So läuft das Spiel.

Auch heute wird den Bürgern etwas vorgegaukelt. Die Leute, die sich damals nach langer Debatte nachts um 1.30 Uhr für einen Neubau ausgesprochen haben, sagen heute, sie wären für einen Bürgerentscheid. Entschuldigung, was sind denn hier für Politiker gewählt worden? Warum haben wir eine Verwaltung mit 17 000 hauptamtlichen Mitarbeitern? Warum haben wir Fraktionen mit hauptamtlichen Mitarbeitern? Die letzte Stunde dieser Debatte war von Faktenarmut, Heuchelei und einem Schielen auf die Landtagswahl geprägt. Das ist auch der Grund dafür - das behaupte ich hier -, dass man den etwaigen Termin für den Bürgerentscheid nicht mit dem der Landtagswahl zusammengelegt hat.

Seien Sie doch einmal ehrlich. Wir haben es mit der Situation zu tun, dass einer der beiden Partner der Koalition, die diese Stadtregierung trägt, trotz eines geschlossenen Vertrages jetzt schlicht und ergreifend aussteigt, nämlich die Grünen, und den Oberbürgermeister im Regen stehen lässt, eben weil man schon auf die Landtagswahl schielt. Das muss doch einmal ganz klar gesagt werden.

Zu den neuen Aspekten, nämlich den beiden Änderungsanträgen, ist bislang kein Wort gesagt worden. Den Antrag, den Sie von den Grünen hier auftischen, können Sie vielleicht im Studentenparlament einbringen. Einen solchen Antrag in einer Stadt mit einem 3,5 Milliarden Euro schweren Haushalt zur Abstimmung zu stellen, kann ja wohl nicht Ihr Ernst sein. Da muss es doch Verlässlichkeit geben. Man muss sich doch auf ihr Wort verlassen können. Für uns ist vollkommen klar, dass Sie sich mit Ihrem Änderungsantrag jetzt bei den linken Kreisen anbieten wollen, um noch Stimmen für die Landtagswahl abzufischen. Aber da machen wir nicht mit. Wir sind dafür, dass heute die Entscheidung für eine Sanierung getroffen wird. Das ist ja wohl auch der Wille der Bürger. Die Bürger wollten, dass wir die Notbremse ziehen und in ihrem Sinne entscheiden, und zwar für die Sanierung.

Wir fanden es von Anfang an falsch, die Sanierung des Opernhauses an die Entscheidung für den Neubau beim Schauspiel zu koppeln. Eben wurde hier gesagt, der Spielbetrieb des Opernhauses sei nur noch mit äußerster baupolizeilicher Toleranz aufrechtzuerhalten. Das heißt, die Zustände sind schon sehr schlimm. Wir wollen - auch darum sind wir heute für einen Beschluss - selbstverständlich, dass das Opernhaus jetzt nicht leidet. Diese Sanierung muss weitergehen. Deswegen finden wir es gut - darum bin ich hier noch einmal in die Bütt gegangen -, dass die CDU einen Antrag eingebracht hat, der die beiden Komplexe voneinander trennt. Es muss für das Opernhaus hier heute klar sein, dass dessen Sanierung nicht aufgehoben wird. Wir sind uns sicherlich einig, dass das gemacht werden muss. Darum werden wir von der Bürgerbewegung pro Köln den CDU-Änderungsantrag unterstützen.

Es ist jetzt alles gesagt worden, wenn auch nicht von jedem. Deshalb plädiere ich dafür, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen. - Danke.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Oberbürgermeister! Werte Damen und Herren! Ich möchte zur Antragslage Stellung nehmen. Wie aus den Vorreden deutlich geworden ist, zeichnet sich für den Beitritt zum Bürgerbegehren eine Mehrheit ab. Damit entfällt der Bürgerentscheid. Diese Entscheidung allein wäre aber heute zu wenig. Wenn man die Forderung nach einer zügigen Sanierung tatsächlich ernst meint, muss man heute auch einen Beschluss zu den weiteren Umsetzungsschritten fassen.

Genau das sieht der Antrag der Grünen vor, der ein Zusatzantrag ist, wenn es zu der absehbaren Entscheidung kommt, dem Bürgerbegehren beizutreten. Unser Antrag beinhaltet nicht nur, Kostenkalkulationen vorzunehmen und Machbarkeitsstudien für die Sanierungsvarianten in Auftrag zu geben, um auf der Basis dieser Ergebnisse dann zu einem Planungsauftrag zu kommen. Er besagt auch, dass bei der Überprüfung der Machbarkeit und der Realisierungsbedingungen nicht nur die Kosten zu kalkulieren sind, sondern dass so weit wie möglich auch die Folgekosten zu ermitteln sind.

Dies wurde ja eben von Herrn Detjen angeregt. Das würden wir in die Ziffer 4 unseres Antrags übernehmen. Darüber hinaus fordern wir in unserem Antrag, dass eine Reihe von Risiken wie zum Beispiel Urheberrechtsfragen, Denkmalschutzfragen usw. zu klären sind; das will ich jetzt aber nicht näher erläutern.

Wir haben eben gesagt - und ich betone es noch einmal -, dass wir dem Bürgerbegehren auch deshalb beitreten, weil wir zu der Einschätzung gekommen sind, dass die 300 Millionen Euro teure Neubauvariante vom 17. Dezember 2009 im Kosten-Nutzen-Vergleich nicht den Vorteil bringt, der eine solch hohe Investition tatsächlich rechtfertigt. Das bedeutet auch, dass wir mit unserem Antrag die Forderung verbinden, dass eine Sanierung deutlich kostengünstiger sein muss. Daraus folgt, dass wir den Antrag der CDU-Fraktion nicht unterstützen können, weil er in den entscheidenden Punkten von den weitestgehenden Möglichkeiten ausgeht und im Hinblick auf die Kosten wahrscheinlich an den Ursprungsbeschluss vom 17. Dezember heranreicht. Angesichts der Gesamtfinanzlage kann das nicht richtig sein. Deshalb werden wir diesen Antrag nicht unterstützen können, nur um das noch einmal klarzustellen.

Insofern möchten wir unseren Antrag hier zur Abstimmung stellen. Wir bitten aber darum, dass über die Punkte einzeln abgestimmt wird. Das ermöglicht unter Umständen, dass wir hier im Rat doch noch zu einer guten Mehrheit kommen, sodass wir unmittelbar nach der Entscheidung für einen Beitritt zum Bürgerbegehren zügig mit der Umsetzung beginnen können. Damit würden wir die zeitlichen Risiken minimieren, sodass wir tatsächlich noch in diesem Jahr zu weiteren fassbaren Ergebnissen kommen. - So weit zu unserem Antrag.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Frank. - Vor der Abstimmung möchte ich noch Herrn Professor Quander Gelegenheit geben, zu den Änderungsanträgen Stellung nehmen zu können.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, bei allem Respekt, aber zu Ihrem Änderungsantrag sehe

ich mich doch genötigt, Stellung zu nehmen, da Sie, wie mir scheint, in Punkt II 2 a) von den Bühnen eine Quadratur des Kreises verlangen, die wahrscheinlich die Bühnen nicht werden leisten können. Ich meine damit die „schnellstmögliche Umsetzung der vom Architektenbüro JSWD erarbeiteten Vorschläge zur Sanierung des Opernhauses“. Wie Sie wissen, gibt es ganz erhebliche vergaberechtliche Bedenken, dass wir die bisher vorgenommenen Sanierungsplanungen ohne Verbindung mit der Neubauplanung, das heißt ohne erneute Ausschreibung, einfach so umsetzen können. Dieser Vorbehalt gilt im Übrigen auch für den Antrag der Grünen, obwohl dort unter Punkt VI korrekt wiedergegeben ist, die Verwaltung solle das prüfen.

Ich weiß, es gibt rechtlich andere Positionen. Das ist ja in der Versammlung am vergangenen Sonntag von den Vertretern des Bürgerbegehrens dargestellt worden. Aber das muss sorgfältig und abschließend sauber geprüft werden; denn wir wollen die Bühnen natürlich nicht in eine Situation bringen - -

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Das ist doch „schnellstmöglich“!)

- Bei Ihnen steht aber nicht „prüfen“, sondern „schnellstmögliche Umsetzung“.

(Zuruf von Karl Jürgen Klipper [CDU])

- Entschuldigung! Das ist etwas anderes, als es zu prüfen. Das muss geprüft werden. Ich kann im Moment keine Garantie dafür geben, mit welchem Ergebnis diese Prüfung ausgeht.

Zweitens. Unterstellt den Fall, wir können die Sanierungsvarianten von JSWD, Köln, und Chaix & Morel, Paris, ohne eine neue Ausschreibung der Gesamtmaßnahme weiter verfolgen, heißt das auch, dass „schnellstmöglich“ nicht umgehend sein kann, weil die Sanierungsvarianten für das Opernhaus, die jetzt vorliegen, nicht mit einem Erhalt des Schauspielhauses zu verknüpfen sind und daher wesentlich umgeplant werden müssen. Weder kann die Kinderoper an der Stelle bleiben, wo sie jetzt platziert ist, noch das Theaterrestaurant. Auch die Anlieferung und Beschickung des Hinterbühnenbereichs muss sinnvollerweise neu geplant werden.

Meine dritte Bemerkung möchte ich mit dem Antrag der Grünen verbinden. Wenn darin von einer modularen Vorgehensweise und von einer Vorziehung der Sanierung der Oper gesprochen

wird, so bitte ich in Betracht zu ziehen, dass eine solche modulare Vorgehensweise, wenn sie denn eine abschnittsweise Bauweise meint, zwar vorstellbar ist. Das sollte aber nicht dazu führen, dass die beiden Baumaßnahmen von völlig unterschiedlichen Büros geplant werden. Dann haben wir am Ende das Ergebnis, was wir heute haben, nämlich dass, obwohl wir den gleichen Architekten für beide Gebäude haben, zwei Gebäudekomplexe errichtet und ausgestattet werden, die nicht in vernünftiger Weise aufeinander abgestimmt sind. Die große Chance, auch bei einer jetzigen Sanierung, ist, dass das jetzt aus einer Hand geplant und dann sicherlich in bestimmten Bauabschnitten realisiert werden kann. Aber die Planung aus einer Hand halte ich für unverzichtbar. - Vielen Dank.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Professor Quander. - Herr Klipper, Sie wollten sich zu Ihrem Änderungsantrag äußern und einen weiteren Vorschlag machen.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Quander, es ist uns bewusst, dass diesbezüglich Bedenken bestehen. Aber die Meinung der Verwaltung, die Sie anscheinend gerade vorgetragen haben, ist von uns im Vorfeld auch schon überprüft worden. Es gibt erhebliche Zweifel, dass die Aussagen der Verwaltung bezüglich des neuen Verfahrens richtig sind. Deswegen haben wir auch nicht gesagt: Wir wollen, dass das von JSWD sofort umgesetzt wird, sondern wir haben formuliert: schnellstmöglich. Schnellstmöglich bedeutet, dass natürlich alle Rechtsfragen geprüft werden. Auch ich möchte doch angesichts der Höhe der Investition kein Waterloo erleben und nachher mit 50 Millionen Euro in der Kreide stehen. Natürlich heißt „schnellstmöglich“ nicht, dass wir schon am 15. Mai mit der Arbeit beginnen können; das wissen wir auch. Es kann natürlich August oder noch später werden. Aber für die Festlegung des Baubeginns ist die Verwaltung da. Nicht ich habe die Aufgabe, zu sagen: Baubeginn für dieses Vorhaben ist am 1. Januar.

(Beifall bei der CDU)

Herr Quander, natürlich bedeutet die Entscheidung heute, dass umgeplant werden muss. Es wäre ja noch schöner, wenn wir zwei getrennte Bauten hätten und dafür nichts weiter tun müssten. Natürlich wissen wir das. Aber wir müssen Herrn Laufenberg und dem

Musikdirektor die Chance geben, so schnell wie möglich wieder in das Haus zu ziehen. Das wollten wir mit dem Wort „schnellstmöglich“ zum Ausdruck bringen. Alle Fachleute, die wir gefragt haben, haben gesagt, der Entwurf von JSWD sei für die Sanierung der Oper perfekt. Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir das vorziehen sollten. Ich möchte wirklich nicht, dass bei der heutigen Entscheidung eine Kleinigkeit wie ein Ihnen unpassend erscheinendes Wort den Ausschlag gibt.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu dem Punkt, zu dem ich mich eigentlich gemeldet hatte. Aber ich hatte wirklich das Bedürfnis, noch etwas zu den Äußerungen von Herrn Professor Quander zu sagen. Ich habe die Hoffnung, dass wir doch in vielen Punkten eine einheitliche gemeinsame Linie hinbekommen. Deswegen beantrage ich eine 15-minütige Unterbrechung dieser Sitzung, damit wir das diskutieren können. Ich möchte auch das Verhalten meiner Fraktion in dieser wichtigen Frage abfragen. Deswegen beantrage ich jetzt eine Sitzungsunterbrechung von circa 15 Minuten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Klipper. - Damit unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten.

(Unterbrechung von
18.29 bis 18.45 Uhr)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich möchte noch einmal an die Zuhörer und Zuschauer appellieren, von Unmutsäußerungen und Beifallsbekundungen Abstand zu nehmen, auch wenn es, wie ich glaube, nicht so ganz einfach ist.

Wir kommen jetzt zur Beschlussfassung. Um Ihnen in diesem besonderen Fall der Abstimmung über ein Bürgerbegehren die Entscheidungsabläufe noch einmal zu erläutern, weise ich auf Folgendes hin: Wir gehen in einem gestuften Verfahren vor.

In einer ersten Stufe entscheiden wir über die formelle Entscheidung der rechtlichen Zulässigkeit des Bürgerbegehrens. Ich habe eben darauf hingewiesen, dass es eine formale

Prüfung ist und keine Ermessenserwägung hier zugrunde gelegt werden kann.

In der zweiten Stufe entscheiden wir in der Sache. Da es sich hier um die Frage handelt, entspricht der Rat dem Bürgerbegehren oder nicht, brauchen wir klare Alternativen. Ich werde also zuerst fragen, ob der Rat dem Bürgerbegehren nicht entspricht, und darüber abstimmen lassen. Danach werde ich fragen, ob der Rat dem Bürgerbegehren entspricht. Eine klare Ja-Nein-Situation.

In der dritten Stufe werden wir dann die Änderungsanträge beraten. Wie ich gehört habe, wird die CDU beantragen, über die Punkte ihres Antrags einzeln abzustimmen. Herr Frank hat vorhin darauf hingewiesen, dass die Grünen ebenfalls eine Einzelabstimmung der Punkte ihres Antrags wünschen. Ich gehe davon aus, dass die Fraktion Die Linke keinen weiteren Änderungsantrag stellen wird, sondern der von ihr vorgetragene Ergänzungsvorschlag in den Antrag der Grünen eingebaut worden ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über das Bürgerbegehren. Zunächst stimmen wir über die rechtliche Zulässigkeit ab. Der Rat stellt fest, dass das am 2. März 2010 eingereichte Bürgerbegehren „Rettet das Schauspielhaus!“ zur Aufhebung des Ratsbeschlusses aus der Sitzung vom 17. Dezember 2009 zulässig ist. Wer ist gegen diesen Beschlussvorschlag? - Wer enthält sich? - Damit ist das Bürgerbegehren einstimmig als zulässig erklärt worden.

(Beifall bei Teilen von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln)

Jetzt kommen wir zur Entscheidung in der Sache.

Erste Alternative: „Der Rat entspricht dem Bürgerbegehren nicht und beauftragt die Verwaltung, am 11. Juli 2010 einen Bürgerentscheid stattfinden zu lassen.“ Wer ist für diese Formulierung? - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FDP und der Oberbürgermeister.

Zweite Alternative: „Der Rat entspricht dem Bürgerbegehren.“ Wer ist für diesen Entscheidungsvorschlag? - Das sind die Fraktionen der Grünen, CDU, pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und Die Linke. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist diesem Beschlussvorschlag entsprochen worden. Der Rat entspricht dem Bürgerbegehren.

(Beifall bei CDU, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke.Köln sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde] und Klaus Hoffmann [Freie Wähler Köln] - Lebhafter Beifall auf der Besuchertribüne)

Ich verstehe die Freude und Zustimmung auch derjenigen, die auf der Tribüne Platz genommen haben, weise aber darauf hin, dass wir jetzt in der sachlichen Entscheidung fortfahren wollen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Änderungsvorschläge zur Ratsvorlage. Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der CDU vom 13. April 2010 ab. Dabei geht es um die Einzelpunkte zur zweiten Alternative.

Ziffer 1 haben wir gerade abgehandelt.

Ziffer 2 lese ich noch einmal vor:

Der Rat beauftragt die eigenbetriebsähnliche Einrichtung Bühnen der Stadt Köln, ihm kurzfristig Vorschläge zur umfangreichen Sanierung des Opern- und Schauspielhauses mit entsprechenden Kostenkalkulationen zur Beschlussfassung über einen Planungsauftrag vorzulegen, durch die ein zukunfts- und höchst funktionsfähiges Schauspielhaus geschaffen wird, bei dem folgende Kriterien Berücksichtigung finden.

Erstens.

- a) schnellstmögliche Umsetzung der von dem Architektenbüro JSWD erarbeiteten Vorschläge zur Sanierung des Opernhauses unabhängig von der Sanierung des Schauspielhauses (modulares System),
- b) unverzügliche Planungsaufnahme zur Sanierung und Entwicklung eines funktionsoptimierten und eigenständigen Schauspielhauses,
- c) Einbeziehung der Opernterrassen in die Raumplanung.

Dieser erste Teil wird jetzt zur Abstimmung gestellt. Wer gegen diesen Vorschlag des Änderungsantrages der CDU ist, bitte ich um das Handzeichen? - Das sind die Grünen, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Linke. Wer enthält sich? - Enthaltung bei der SPD und der FDP. Damit ist der Punkt abgelehnt.

(Widerspruch bei der CDU)

- Der Antrag ist abgelehnt. Sie haben keine Mehrheit bekommen. Es gab Enthaltungen von SPD und FDP.

(Andreas Köhler [CDU]: CDU und pro Köln waren dafür, dagegen sind nur die Grünen! - Henricus von Benthem [CDU]: Sie haben nur Gegenstimmen und Enthaltungen abgefragt! Das ist genau der falsche Weg, Herr Oberbürgermeister!)

- Langsam! Langsam! - Ich frage noch einmal: Wie verhält sich die Fraktion pro Köln? - Sie hat dafür gestimmt. Okay, das habe ich nicht gesehen.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Sie haben das gar nicht abgefragt! Sie haben nur gefragt, wer dagegen ist! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Ich wiederhole noch einmal die Abstimmung, damit wir Klarheit haben.

(Andreas Köhler [CDU]: Dagegen waren nur die Grünen, alle anderen haben sich enthalten!)

Ich werde jetzt noch einmal abstimmen lassen. Wer ist gegen den Antrag der CDU, wie eben von mir vorgelesen? - Dagegen sind die Grünen, die Fraktion Die Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann.

(Zuruf von der CDU: Wie viele sind das?)

- Müssen wir durchzählen? - Wir lassen es durchzählen. - Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen bei der SPD und bei der FDP.

(Andreas Köhler [CDU]: Das war eben auch so!)

Damit ist der Punkt mit 30 Stimmen angenommen.

(Beifall bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann nicht sein! Das fechte ich hiermit an! - Unruhe - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] meldet sich zur Geschäftsordnung)

Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich fechte die Abstimmung an.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Die Abstimmung ist gelaufen!)

Dann müssen wir namentlich darüber abstimmen.

(Andreas Köhler [CDU]: Nein, Herr Oberbürgermeister, es geht hier nicht nach Gutdünken! - Weitere Zurufe von der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Es ist abgestimmt worden. Wir haben ein Ergebnis.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Es geht so lange, bis die Grünen recht haben!)

Ich habe eben das Ergebnis bekannt gegeben. Es haben 27 Ratsmitglieder dagegen gestimmt. Damit ist die Abstimmung abgeschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den nächsten Einzelpunkt im Änderungsantrag der CDU.

(Beifall bei CDU und pro Köln)

Zweitens. Die Verwaltung wird beauftragt, umgehend einen runden Tisch unter externer Moderation einzuberufen, durch den der Sanierungsprozess fachlich zu begleiten ist. Neben der Verwaltung sind unter anderem die Intendanten von Oper und Schauspiel, die Bürgerinitiativen zum Erhalt des Schauspielhauses, der Personalrat der Bühnen sowie andere relevante Gruppen zu beteiligen.

Anders als eben stimmen wir jetzt positiv ab. Ich frage also: Wer ist für diesen Vorschlag, den ich eben vorgelesen habe? - Das sind die Fraktion der CDU, pro Köln, die FDP und Herr Hoffmann. - Herr Zimmermann auch? - Nein, Herr Zimmermann nicht. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Dagegen sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Wer enthält sich? - Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist der Punkt angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Viertens. Im Rahmen der Sanierungsplanung sind sämtliche Sanierungsvorschläge zu bewerten und ebenso wie die bisherigen Erkenntnisse der Verwaltung in die Planungsvorschläge einzubeziehen. Die dritte Sparte Tanz ist im Planungsprozess zu berücksichtigen.

Ich werde jetzt so abstimmen lassen, wie eben verfahren. Wer ist für diesen Punkt 4? - Das sind

die CDU und pro Köln. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Dagegen sind die Grünen, die Fraktion Die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer enthält sich? - Die Fraktionen der SPD und der FDP. Damit ist auch der Punkt 4 angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Fünftens. Zur Erarbeitung der Sanierungsvorschläge (Machbarkeitsstudien) werden Planungsmittel in Höhe von circa 1,3 Millionen Euro benötigt. Die Mittel werden im Wirtschaftsplan der Bühnen veranschlagt und durch Kreditaufnahme vorfinanziert.

Wer ist für diesen Antrag? - Die Fraktion der CDU, pro Köln, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Wer ist gegen diesen Vorschlag? - Das sind die Linken und die Grünen.

(Andreas Köhler [CDU]: Teile der Grünen! Starke Auflösungserscheinungen!)

- Ich bitte noch einmal um Handzeichen. - Die Grünen sind einheitlich dagegen. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Damit ist der Vorschlag ebenfalls angenommen.

(Beifall bei der CDU - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir halten unseren Antrag aufrecht! Der Antrag soll punktweise abgestimmt werden!)

Die Grünen haben den Antrag gestellt, über die Punkte ihres Änderungsantrages ebenfalls einzeln abzustimmen. - Herr Klipper.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich bin der Meinung, dass sich eine Abstimmung darüber erübrigt, weil in unserem Antrag die gleichen Punkte aufgeführt worden sind. Die Abstimmung war eindeutig und muss daher kein zweites Mal durchgeführt werden.

(Beifall bei CDU und pro Köln)

Es kann nicht sein, dass noch einmal über einen Antrag, der nichts Neues bringt, abgestimmt wird. Das hat sich durch die Abstimmung über unseren Antrag erledigt.

(Beifall bei CDU und pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe ja eben schon die Unterschiede erläutert. Ich will das nicht wiederholen, weil ich damit die inhaltliche Debatte wieder eröffnen würde. Bis auf den Punkt 2, über den wir eben schon abgestimmt haben, also dass wir 1,3 Millionen Euro zur Verfügung stellen, unterscheiden sich die einzelnen Punkte natürlich von der Beschlusslage.

(Andreas Köhler [CDU]: Da wart ihr doch dagegen!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Klipper.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich werde jetzt sagen, an welcher Stelle wir jeden einzelnen Punkt des Antrags der Grünen behandelt haben.

Punkt 1 entspricht Ziffer 2 der Verwaltungsvorlage. Der Punkt 2, Erarbeitung eines Sanierungsvorschlages, ist durch uns abgehakt worden. Zu Punkt 3, die Verwaltung wird beauftragt, zügig einen runden Tisch einzuberufen, haben wir einen weitergehenden Antrag gestellt, in dem wir diesen Punkt spezifiziert haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das heißt, darüber müssen wir abstimmen;

(Zurufe: Nein!)

denn das ist ein modifizierter Antrag.

(Andreas Köhler [CDU]: Was ist das für ein Tollhaus!)

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Über den Punkt 3, Einberufung eines runden Tisches - das war unser weitergehender Antrag; er ist von Ihnen selber so bezeichnet worden -, ist abgestimmt worden. Deshalb kann hier nicht wieder auf einen anderen Antrag zurückgegangen werden. Das geht nicht.

Punkt 4 unterscheidet sich - das gebe ich zu - von unserem Antrag. Da vertreten wir gegensätzliche Positionen.

Dem Punkt „Die Verwaltung klärt zügig die Urheberrechtsfrage“ würden wir zustimmen, weil das ergänzend ist.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Also kann nur über zwei Punkte abgestimmt werden!)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Die Interpretationshoheit über unseren Antrag liegt immer noch bei uns selbst, dem Antragsteller, und nicht der CDU-Fraktion. Wenn das einreißt, können wir als Stadtrat hier einpacken. Das heißt, wir haben unseren Antrag hier ordnungsgemäß als Zusatzantrag eingebracht. Wir erwarten auch, dass er abgestimmt wird. Wer nicht für ihn ist, kann ja dagegen stimmen. So ist Demokratie.

(Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Dem Kollegen Frank muss natürlich schon entgegnet werden, dass die Interpretation, über was noch abgestimmt werden kann und über was nicht oder über was schon weitreichender abgestimmt wurde, dem Sitzungsleiter, dem Oberbürgermeister, obliegt und sonst niemandem. Hier sollte, denke ich, ein klärendes Wort erfolgen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Kahlen.

(Ralph Sterck [FDP]: Was hat Herr Kahlen damit zu tun?)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In § 26 der Geschäftsordnung ist das Abstimmungsverfahren geregelt. In Abs. 2 heißt es:

Über den weitergehenden Antrag wird zuerst abgestimmt. Welcher Antrag der weitergehende ist, entscheidet im Zweifelsfall ... der Oberbürgermeister. ... Über Anträge ..., die aus mehreren Teilen bestehen, wird im Ganzen abgestimmt, es sei denn, eine Fraktion beantragt eine Einzelabstimmung; ...

Es ist eben deutlich gesagt worden, dass sich durch die Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion bestimmte Teile des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erledigt haben. Das sind im Ergebnis die Ziffern 1, 2, 3 und 6.

(Andreas Köhler [CDU]: So ist es!)

Nach meiner Einschätzung sind die Ausführungen in Ziffer 4 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Spezifikation, weil sie ganz speziell zwei Varianten der Prüfung unterziehen lassen wollen, nämlich die Variante der Initiatoren des Bürgerbegehrens „Mut zu Kultur“, die sogenannte Thiess-Variante, und die Variante der Schauspiel-Intendantin, Frau Beier, die sogenannte Beier-Variante. Diese Spezifikation ist im CDU-Antrag nicht enthalten. Deshalb ist dieser Punkt 4 aus meiner Sicht noch abstimmungsfähig.

Das Gleiche gilt für die Ziffer 5. Es gab im CDU-Antrag nichts, was in dieser Detailliertheit vergleichbar mit Ziffer 5 des Antrags der Grünen ist. Es war auch nicht Gegenstand der Beratungen. Von daher ist aus meiner Sicht auch über die Ziffer 5 abzustimmen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich schließe mich den Auffassungen des Herrn Stadtdirektors an. Wir entscheiden jetzt noch über die Punkte 4 und 5 des Antrags der Grünen. - Herr Klipper.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich stimme mit Ihnen verfahrensrechtlich überein, dass nur noch die Punkte 4 und 5 abzustimmen sind. Ich bin allerdings der Meinung, dass Punkt 4 gegebenenfalls eine Ergänzung zu unserem bereits abgestimmten und beschlossenen Antrag darstellt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ja, das ist jetzt additiv. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung über Punkt 4 des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er lautet wie folgt:

Die Verwaltung überprüft die Machbarkeit und die Realisierungsbedingungen und kalkuliert die groben Kosten einschließlich der Folgekosten für die verschiedenen Sanierungsvarianten, insbesondere die Hauptvariante der Initiatoren des Bürgerbegehrens „Mut zu Kultur“ (kurz: Thies-Variante) und die Variante der Schauspiel-Intendantin (kurz: Beier-Variante).

Wer ist für diesen Antrag? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Fraktion der CDU, pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffmann und die Fraktion Die Linke. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Niemand. Bei Enthaltung der SPD und der FDP ist Punkt 4 so angenommen.

Nun zum Punkt 5 des Antrags von Bündnis 90/Die Grünen. Er lautet wie folgt:

Die Verwaltung klärt zügig die Urheberrechtsfrage mit dem Anwalt der Riphahn-Erben, führt Abstimmungsgespräche mit der Denkmalbehörde und klärt die Vergaberechtsproblematik im Hinblick auf eine zügige Realisierung für die unterschiedlichen Sanierungsvarianten.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Vorschlag? - Das sind die Grünen, die CDU, pro Köln, die Linke, Herr Zimmermann und Herr Hoffmann. Damit ist dieser Punkt ebenfalls angenommen.

Damit sind die Änderungsanträge so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Wir stimmen jetzt über die Vorlage in geänderter Fassung ab. Wer ist dafür, die Änderungen, wie eben beschlossen, in Ziffer 2 der genannten Vorlage zu übernehmen? Wer ist für deren Gesamtannahme? - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, pro Köln, Herr Zimmermann, Herr Hoffman und die Linke. Wer enthält sich? - Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag so angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Damit sind wir am Ende dieses Abstimmungsverfahrens. Ich bedanke mich.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.1 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln und Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) betreffend „Vorbereitung eines Ratsbürgerentscheids zum Neubau/Sanierung des Schauspielhauses“

AN/ 0253/2010

Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.Köln sowie der Ratsmitglieder Klaus Hoffmann (Freie Wähler) und Zimmermann (Deine Freunde)

AN/ 0565/2010

Wird dieser Antrag weiterverfolgt?

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Wir können diese Anträge zurückziehen, weil sie sich erledigt haben. Wir sind ja dem Bürgerbegehren beigetreten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. Danke.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Zu Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Sanierung oder Neubau Schauspielhaus“

AN/ 0549/2010

**Antwort der Verwaltung vom 12.04.2010
1392/2010**

Die Anfrage wurde schriftlich beantwortet. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 2.2:

2.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Urheberrecht am Opernquartier“

AN/ 0563/2010

**Antwort der Verwaltung vom 12.04.2010
1483/2010**

Auch hierzu liegt eine schriftliche Antwort vor. Gibt es dazu Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 2.3:

2.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Kontrollen der bauzeitlichen Wasserhaltung an der U-Bahn-Baustelle Heumarkt“

AN/0603/2010

Dazu liegt eine schriftliche Antwort vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Herr Möring, bitte.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister! Ich habe noch einige Nachfragen. Beginnen möchte ich mit einer Nachfrage, die ich bereits in der letzten Ratssitzung gestellt habe, auf die dann schriftlich geantwortet worden ist. Ich weiß nicht, ob die Antwort allen vorliegt. Es ging um die Frage nach den Pegelbrunnen außerhalb der Baustelle und möglichen Erkenntnissen über Auffälligkeiten. Die Verwaltung hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, dass die entsprechenden Unterlagen an die Bezirksregierung weitergegeben worden sind und eine abschließende inhaltliche Auswertung der Daten durch die untere Wasserbehörde zuständigkeithalber nicht erfolgt ist.

In diesem Zusammenhang habe ich eine Nachfrage. Auch wenn dies nicht abschließend erfolgt ist: Hat es denn eine Kenntnisnahme der Daten gegeben? Gefragt war ja nicht nach einer abschließenden Auswertung, sondern gefragt war nur nach Auffälligkeiten. - So weit meine Nachfrage zu diesem Punkt. Ich hoffe, dass sie direkt beantwortet werden kann. Weitere Nachfragen würde ich im Anschluss daran stellen, es sei denn, es wird gewünscht, sie gleich anzuschließen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich weiß nicht, ob das jetzt beantwortet werden kann. Ansonsten würde die schriftliche Antwort nachgereicht. Ich würde Ihnen vorschlagen, die weiteren Nachfragen jetzt en bloc vorzutragen.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Möring, Sie haben eine Anfrage zu einem Vorgang gestellt, der hier heute gar nicht auf der Tagesordnung steht. Ich würde Ihnen vorschlagen, sie in der Hauptausschusssitzung vorzutragen.

Karsten Möring (CDU): Okay. Dann stelle ich die Frage bis dahin zurück.

Ich komme nun zu Nachfragen auf Antworten zu unseren Anfragen, die auf der heutigen Tagesordnung stehen.

Zunächst zu unserer Anfrage zur Wasserhaltung an der Haltestelle Heumarkt: Sie haben in der Antwort auf die Frage, wann die wasserrechtliche Erlaubnis ihre Gültigkeit verloren hat, die Formulierung „damit“ benutzt. Gehe ich recht in der Annahme, dass sich dieses „damit“ auf den Zeitpunkt bezieht, zu dem das Überschreiten der genehmigten Brunnen passiert ist, und nicht auf den Zeitpunkt, zu dem es festgestellt wurde, nämlich bei der Ortsbegehung am 10. März? Ich bitte um Klarstellung.

Sie haben formuliert: „Bei der Ortsbegehung wurde festgestellt, dass 18 Brunnen betrieben wurden. Genehmigt waren nur zwölf. Die wasserrechtliche Erlaubnis hat damit ihre Gültigkeit verloren.“ - Das bezieht sich nicht auf den Besichtigungszeitpunkt, sondern auf den Zeitpunkt, seitdem mehr Brunnen betrieben worden sind als erlaubt?

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Möring, ich möchte diese Frage lieber schriftlich beantworten, damit Sie mir nicht wieder das Wort im Munde verdrehen können.

Karsten Möring (CDU): Ich bitte Sie!

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Insofern werde ich auch diese Nachfrage schriftlich beantworten, obwohl sich das eigentlich aus dem Wortlaut ergibt.

Karsten Möring (CDU): Ja. Das war eigentlich auch nur eine Bitte um Klarstellung; denn in Ihrer Antwort auf unsere andere Anfrage haben Sie sich auch auf den Zeitpunkt der Inbetriebnahme bezogen.

In einem anderen Punkt muss ich konkret nachfragen: Bei der Antwort auf die Frage 2 benutzen Sie die Formulierung „Ab diesem Zeitpunkt war die Grundwasserhaltung formell nicht legal.“ Bedeutet diese Formulierung in diesem Zusammenhang, dass es eine andere Form von nichtlegal gibt als „formell nicht legal“? Denn meiner Kenntnis nach besteht in diesem Zusammenhang keine Möglichkeit, zu sagen, dass es sich um eine materiell nichtlegale

Lösung handelt. Es kann nur nichtlegal oder legal sein.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Möring, ich kann Ihnen auch hier nur die Antwort geben: Es steht das geschriebene Wort.

Karsten Möring (CDU): Okay. - Letzter Punkt zu dieser Anfrage - -

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Entschuldigen Sie, Herr Möring, wenn ich Sie an dieser Stelle unterbreche. Sie haben nur zwei Nachfragen.

Karsten Möring (CDU): Ich erlaube mir, darauf hinzuweisen, dass sich die erste Nachfrage auf einen anderen Vorgang bezog.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nein, Sie haben zu diesem Tagesordnungspunkt schon zwei Nachfragen gestellt.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister, dann bleibt mir nur, festzustellen, dass die Nachfrage, die ich jetzt noch hätte, eigentlich keine Nachfrage ist. Vielmehr ist die von uns gestellte Frage nicht beantwortet worden. Wir haben nämlich in Frage 3 gefragt: „Wenn nein, wann wurden welche Unterlagen geliefert, und mussten diese angefordert werden?“ Beantwortet ist diese Frage nicht; denn in der Antwort heißt es nur, die Unterlagen wurden nicht immer fristgerecht eingereicht. Uns geht es aber insbesondere beim Waidmarkt darum, ganz konkret zu erfahren, zu welchen Zeitpunkten und ob mit oder ohne Aufforderung diese Unterlagen eingereicht worden sind. Ich habe daher die Bitte, die Konkretisierung in der Sitzung des Hauptausschusses nachzutragen.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Frau Bredehorst.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Eigentlich sind immer nur zwei Nachfragen möglich. Dennoch werde ich jetzt zu der dritten Anmerkung noch etwas sagen, Herr Möring. In

der Drucksache 1541/2010 geht es um die Baustelle Heumarkt. Sie haben in der Nachfrage eben aber die Baustelle Waidmarkt genannt. Ich weiß nicht, worauf ich jetzt antworten soll.

Karsten Möring (CDU): Ich habe mich eben auf Frage 3 aus der Drucksache 1541/2010 bezogen; da geht es um den Heumarkt. Wir haben dieselbe Frage aber auch in Bezug auf die Baustelle Waidmarkt gestellt. Dazu komme ich jetzt, wenn ich die Nachfragen zu unserer zweiten Anfrage stelle.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Zu Tagesordnungspunkt 2.4:

2.4 Weitere Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Kontrollen der bauzeitlichen Wasserhaltung an der U-Bahn-Baustelle Waidmarkt“

Herr Möring.

Karsten Möring (CDU): Bei der Frage zur Wasserhaltung am Waidmarkt ergibt sich - ich fange mit dem letzten Punkt an - dieselbe Frage. Wir haben unter Ziffer 5 gefragt: „Wenn nein, wann wurden welche Unterlagen geliefert, und erfolgte dies auf Anforderung durch die untere Wasserbehörde?“ Auch diese Anfrage ist nicht beantwortet worden.

Ich will Ihnen auch sagen, warum uns das so wichtig ist; deswegen werden wir das möglicherweise dann im Hauptausschuss zu Ende diskutieren müssen. Wir haben es mit folgender Situation zu tun: Es ist öffentlich berichtet worden, dass die staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen Schleifspuren an den Pumpen an den Tag brachten. Diese Schleifspuren wurden so interpretiert, dass es sich dabei um Folgen von Feststofftransport handele. In früheren Antworten der Verwaltung zu Anfragen bezüglich der Ergebnisse der Prüfungen hieß es, es habe keine Auffälligkeiten gegeben. Hier gibt es einen Widerspruch. Dieser Widerspruch ließe sich zumindest teilweise lösen, wenn Sie uns mitteilen würden, wann die entsprechenden Unterlagen abgeliefert worden sind. Deswegen interessiert uns dieser Zeitpunkt.

Wir wissen auch, dass im Hafen Ablagerungen in erheblicher Menge festgestellt worden sind, die aus der Wasserhaltung vom Waidmarkt und von der Severinstraße stammen. Hier gibt es einen

erheblichen Aufklärungsbedarf. Uns stellt sich die Frage, ob es da einen Zusammenhang gibt. Deswegen sind für uns der Zeitpunkt und die Art der Information, also das, was in diesen Protokollen mitgeteilt wurde, von erheblicher Bedeutung. Aus diesem Grund bitte ich darum, diese Frage genau so zu beantworten, wie wir sie gestellt haben.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Okay. - Frau Bredehorst, bitte.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Herr Möring, wir haben in der Hauptausschussmitteilung sowohl im letzten Jahr als auch noch einmal in diesem Jahr, fast zeitgleich mit der Ratssitzung im März, sehr ausführlich dargelegt, wann welche Unterlagen zu welchen Themen eingereicht worden sind. Aber da Sie jetzt schon wieder einen Zusammenhang konstruieren zwischen den Trübungsmessungen einerseits und den Sedimentablagerungen andererseits, will ich Ihnen sagen: Wir haben bereits ausführlich dargelegt, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat und deswegen auch der von Ihnen konstruierte Widerspruch kein Widerspruch ist. Ich denke, in der Hauptausschussmitteilung ist wirklich alles dargelegt worden.

Karsten Möring (CDU): Frau Bredehorst, ich muss Ihnen widersprechen. Im Antrag auf die wasserrechtliche Genehmigung wird ausdrücklich festgelegt, dass es Wassermessungen auf Feststoffe gibt. Wo sind die Ergebnisse, und wann wurden sie geliefert? Es gibt da einen Widerspruch, den wir nicht auflösen können. Ich will ja nicht behaupten, wie es war. Deswegen stelle ich Fragen. Aber aus unserer Sicht ist es wichtig, zu erfahren, wann diese Protokolle mit welchem Inhalt geliefert worden sind. Es gilt, auch vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion einen Widerspruch aufzulösen, nämlich ob durch die Austragung von Material der Einsturz herbeigeführt wurde. Diese Diskussion gibt es. Deshalb können wir das Ganze nicht auf sich beruhen lassen, sondern fragen an dieser Stelle sehr nachdrücklich nach den Einzelheiten.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Das sind sehr dezidierte Fragen. Ich schlage Ihnen daher vor, dass wir dazu in der nächsten Hauptausschusssitzung Stellung nehmen, soweit

eine Antwort darauf nicht vorher schriftlich erfolgen kann.

Beigeordnete Marlis Bredehorst: Ich möchte einfach noch einmal Folgendes klarstellen: Es gibt überhaupt keine Widersprüche. Auffälligkeiten aus Umweltsicht gab es nicht. Das ist auch immer ganz eindeutig gesagt worden. Die Tatsachen, die Sie vorbringen, betreffen Informationen, die dem Umweltamt überhaupt nicht zur Verfügung standen, sondern Zeitungen entnommen wurden. Dass Sie daraus Widersprüche konstruieren, kann ich nicht verstehen.

Karsten Möring (CDU): Noch einmal: Ich konstruiere sie nicht. Ich nehme zur Kenntnis, dass das, was an Informationen vorhanden ist, nicht widerspruchsfrei zusammenpasst, und zwar in einer erheblichen Frage. Deswegen kann man meiner Meinung nach nicht sagen, wir haben keine Erkenntnisse. Es geht auch um die Frage, ob Erkenntnisse hätten gewonnen werden können vor dem Hintergrund der möglichen Konsequenzen, die das hat. Deswegen bestehe ich darauf, dass unsere Frage beantwortet wird.

Ich kenne auch die Antwort auf Frage 15. In einer der letzten Sitzungen hieß es, aus diesen Messungen könne man nicht erkennen, ob es Feststoffe gibt.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Wir wollen hier aber keinen Dialog führen.

Karsten Möring (CDU): Herr Oberbürgermeister, wenn Sie mir zusagen können, dass wir diesen Dialog im Hauptausschuss führen können, dann höre ich sofort auf.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich habe ja gerade darauf hingewiesen, dass die Fragen, soweit sie im Nachgang nicht schriftlich beantwortet werden, auf jeden Fall in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses ausführlich behandelt werden.

Karsten Möring (CDU): Okay. Danke schön.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Nachfragen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Zu Tagesordnungspunkt 2.5:

2.5 Anfrage der Fraktion Die Linke.Köln betreffend „Vom Umgang mit Kritik: Der Begleitband zur Ausstellung des Kölner Historischen Archivs in Berlin“

AN/0613/2010

Die schriftliche Antwort liegt Ihnen vor. Gibt es noch Nachfragen? - Bitte, Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Meine Damen und Herren! Dass Sie alle gestresst sind, ist mir völlig klar. Aber ich will jetzt noch auf ein spannendes Thema kommen, nämlich die Ausstellungsbroschüre der Stadt Köln für die Ausstellung des Historischen Archivs in Berlin. Herr Walther König hatte sich bereit erklärt, den Ausstellungskatalog auf eigene Kosten zu drucken. Dazu ist es aber wegen Auseinandersetzungen mit Herrn Quander nicht gekommen. - So viel vorweg, damit Sie wissen, um was es hier geht.

Jetzt zu meinen Fragen. Die Verwaltung antwortet auf unsere Anfrage, dass es wegen gewisser Missstimmigkeiten - ich will es freundlich ausdrücken - mit Herrn Walther König nicht zum Druck gekommen ist.

Dazu habe ich zwei Nachfragen.

Erste Frage: Herr Quander, warum haben Sie nicht direkt mit Herrn Walther König Kontakt aufgenommen, um mit ihm in Dialog zu treten? - Das ist meine erste Frage.

Zweite Frage. Wir hatten gefragt: „Um welche Beiträge handelt es sich?“ - Sie haben geantwortet: Es handelt sich um drei Beiträge, nämlich die von Konrad Adenauer, Herrn Kermani und Herrn Heubach. - Uns hat natürlich interessiert, mit welchen Textstellen Sie Probleme hatten. Ich lese Ihnen jetzt zwei kurze Passagen vor,

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Das ist doch kein Examen!)

um zu fragen, ob das eventuell die Passagen sind, die Sie für problematisch gehalten haben.

(Jörg Uckermann [pro Köln]: Hören Sie auf! Das ist doch Kindergarten!)

Meine Frage lautet also: Gehe ich recht in der Annahme, dass Sie folgende Passagen als problematisch erachtet haben - ich zitiere einen ersten Beitrag von Herrn Heubach -:

Ich erinnere nur an solche Witze wie Kölns Bewerbung als Kulturhauptstadt, seine Hochhauspläne, die dem Dom den Status des UNESCO-Weltkulturerbes zu nehmen drohten, den Scherz, den es mit seiner Kunsthalle trieb, oder etwa an die Komik des kommunalen Wirkens des Esch...

- hier stehen nur drei Pünktchen; wahrscheinlich ist der Esch-Oppenheim-Fonds gemeint -

- Fond, Schramma, Quander etc.

So weit das erste Zitat.

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Detjen, Sie hatten sich zu einer Nachfrage gemeldet, das ist keine Zitatenpräsentation.

(Beifall bei pro Köln)

Jörg Detjen (Die Linke.Köln): Ich lese trotzdem noch ein zweites Zitat vor. Es ist ganz kurz und stammt von Herrn Kermani.

Über Jahrzehnte hinweg sind Verwaltungsämter nach Partei und Proporz besetzt, Ausschreibungen unterlaufen, Aufträge nicht konkret vergeben worden. Mehrfach mussten ganze Riegen von führenden Politikern der Stadt wegen Korruptionsvorwürfen zurücktreten.

Die Frage ist also: Gehe ich recht in der Annahme, dass diese beiden Passagen unter anderen die Passagen sind, die Sie als problematisch erachten?

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Herr Professor Quander, bitte.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Herr Detjen, zunächst einmal will ich auf Ihre erste Frage antworten. Die Verhandlungen mit Walther König sind vom Historischen Archiv

geführt worden. Deswegen habe ich sie dort auch belassen, als es zu Konflikten kam.

Ich will noch ganz kurz etwas zum Hintergrund sagen: Es ging um die Ausstellung in Berlin und darum, dass wir als Stadt Köln zu unserer eigenen Ausstellung selbstverständlich einen Katalog herausbringen. Zu diesem Katalog haben wir alle substanziellen Beiträge über die Bedeutung des Historischen Archivs, über die Chronologie des Einsturzes, was seitdem passiert ist, und zu den Ausstellungsstücken erstellt. Wir haben nach einem Kooperationspartner gesucht, der es uns erleichtert, den Katalog herzustellen, weil wir den Erlös aus dem Verkauf des Ausstellungskataloges der Restaurierung der Archivstücke zugutekommen lassen wollten.

Herr Walther König hatte sich gegenüber Frau Dr. Schmidt-Czaia angeboten, das zu übernehmen. Es war immer klar: Herausgeber dieser Publikation ist die Stadt Köln, niemand sonst. Dann kam Herr Walther König auf den Gedanken, eine Reihe prominenter Zeitgenossen aus dieser Stadt um Beiträge zu bitten, um damit den Katalog aufzuwerten, ihn noch hochwertiger zu machen, um so einen höheren Verkaufserlös erzielen zu können. Er hat die Autoren eingeladen. Als wir die Beiträge gelesen haben, sind wir als Herausgeber Stadt Köln in der Tat bei drei Beiträgen von insgesamt 20 Beiträgen zu der Auffassung gelangt, dass wir sie so nicht übernehmen können. Das waren zum einen der Beitrag von Konrad Adenauer und zum anderen die beiden, die Sie gerade genannt haben.

Wir haben dann Herrn König gebeten - das kann man normalerweise als Herausgeber tun -, die Texte dort, wo sie falsch waren oder wo sie uns problematisch erschienen, zu korrigieren. Das hat Herr König abgelehnt und gesagt: Das geht nicht.

Der erste Beitrag, um den es uns ging, war von Konrad Adenauer. Ich lese Ihnen die Textstelle vor, um die es ging. Herr Adenauer schreibt:

Man spricht von 30 000 Mannjahren, die zur Restaurierung nötig sind. Das heißt, es handelt sich um Kosten von bis zu 1 Milliarde Euro und die Arbeit von einer oder zwei Generationen.

Im Katalog steht jedoch das, was wir ermittelt haben und was vom Fachbeirat evaluiert wurde, nämlich dass es 6 300 Mannjahre sind und etwa 350 Millionen Euro Kostenaufwand. Dass wir in

unserer eigenen Broschüre die Leser nicht damit verwirren wollen und können, dass wir zwei total konträre Zahlen publizieren, ist, glaube ich, normale Redaktionstätigkeit.

(Beifall bei Teilen von CDU und FDP)

Im Übrigen habe ich später, als der Deal geplatzt war, mit Herrn Adenauer persönlich gesprochen. Im Gegensatz zur Aussage von Walther König war er selbstverständlich bereit, diese Korrektur an seinem Text vorzunehmen.

Der zweite Beitrag, um den es uns ging, war von Navid Kermani. In der Tat ging es um die Textstelle, die Sie eben vorgetragen haben. Allerdings geht der Text noch ein Stück weiter:

Was der Stadt die Kultur wert ist und damit auch ihre eigene Vergangenheit erweist sich am Kulturetat, der trotz aller Bemühungen in jüngster Zeit noch immer weit unter dem Niveau der anderen deutschen Millionenstädte liegt.

Das ist im Grundsatz zwar nicht falsch, trägt aber, finde ich, den Bemühungen und den gemeinsamen Anstrengungen aller großen Fraktionen hier im Rat nicht in angemessener Weise Rechnung. Herr Kermani kann das in seinem ansonsten sehr gut geschriebenen Artikel selbstverständlich als seine persönliche Meinung vertreten. Aber ich finde, wir als Stadt Köln können das in einer Stadt-Kölnischen-Publikation so nicht tun.

Der dritte Beitrag, um den es ging, ist von Herrn Heubach. Wir hatten darum gebeten, eine kleine Korrektur vorzunehmen, die im Übrigen genau die Passage betraf, die Sie eben zitiert haben.

(Jörg Detjen [Die Linke.Köln]: Aha!)

- Ja. Aber sehen Sie einmal, was da noch steht. Sie haben eben die Pünktchen vorgelesen, aber die Anmerkung von Herrn König, die unter dem Text steht, weggelassen. Aber genau darum ging es uns. Ich zitiere:

An dieser Stelle war noch eine weitere bekannte Persönlichkeit angeführt, deren Nennung dem Verleger dieses Heftes allerdings etwas delikater erscheinen wollte. Allein ihm zuliebe verzichtet der Autor auf sie, weiß doch auch er, dass Verlegern nicht zu viel zuzumuten ist.

Wir hatten darum gebeten, diesen Namen und diese Passage herauszunehmen. Um nichts anderes ging es. Dazu war Herr König jedoch nicht bereit.

Deshalb haben wir uns von der Zusammenarbeit mit Walther König getrennt und den Katalog zur Ausstellung mit dem Förderverein der „Freunde des historischen Archivs der Stadt Köln“ herausgegeben. Wir haben Herrn König natürlich nicht unsere Texte für seine Broschüre zur Verfügung gestellt. Sie gehörten sowieso uns. Ich habe ihm ausrichten lassen, dass er als Verleger selbstverständlich herausgeben kann, was er selbst verantworten kann. Wie man inzwischen sieht, wollte noch nicht einmal er selbst diese Texte verantworten. Ich hoffe sehr, dass er den Autoren, bei denen er diese Beiträge eingeworben hatte - die Autoren haben sich viel Mühe gegeben; es gibt noch andere kritische Beiträge, bei denen ich im Übrigen keine Beanstandungen hatte - und denen er in Aussicht gestellt hatte, dass ihre Texte einen nennenswerten Beitrag zur Restaurierung der Archivalien leisten werden, wenigstens ein anständiges Verlegerhonorar gezahlt hat.

(Beifall bei pro Köln sowie bei Teilen von CDU und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ich danke für die ausführliche Beantwortung. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2.5 beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4:

4 Entwurfsplanung für den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums Köln 0711/2010

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Wenn es auch um diese Zeit schwierig ist, sich zu konzentrieren - wir alle haben uns ja in den vorangegangenen Debatten schon ziemlich verausgabt -, glaube ich - darauf habe ich schon in meinem ersten Wortbeitrag hingewiesen -, dass wir alle noch einmal unsere Aufmerksamkeit für das zweite große Projekt von Strahlkraft aufbringen sollten, auf das wir alle miteinander nicht nur hier im Rat, sondern auch als Kölner Bürgerinnen und Bürger stolz sein können, nämlich die Entwurfsplanung für den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums.

Dieses Vorhaben beschäftigt uns seit geraumer Zeit. Dabei geht es nicht nur um die archäologischen Funde - sie stehen sowieso auf einem anderen Blatt -, sondern auch um die Projektplanungen. Ich erinnere noch einmal daran, dass dieses Projekt parlamentarisch hier im Rat auf eine gemeinsame Initiative von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zurückgeht, die sich bis in diese Entwurfsplanung hinein immer gehalten und weiter manifestiert hat, was mich nach wie vor sehr freut, weil ein solches Projekt wirklich breite parlamentarische Mehrheiten verdient.

Ich glaube, viele können noch nicht ganz absehen, welches Schmuckstück, welches absolut international strahlkräftige Werk wir hier unmittelbar vis-à-vis des Rathauses haben werden. Wir können stolz darauf sein, dass die Planungen Schritt für Schritt - an dieser Stelle will ich mich bei der Verwaltung bedanken, dass sie die Anregungen, die hier aus dem Rat heraus kamen, weitergegeben hat - immer besser geworden sind. Die Platzgestaltungen - es sind ja mittlerweile zwei Plätze, die diesen Namen wirklich verdienen und eine mittelalterliche und zugleich großstädtische Anmutung haben - sind wirklich à la bonheur, aller Ehren wert. Ich finde, wir müssen jetzt ganz klar sagen und das auch dokumentieren, dass hier die Vergangenheit mit all ihren Facetten im wahrsten Sinne des Wortes ans Licht geholt wird, und das in einer neuen städtebaulichen Gestaltung. Davon sind wir von der Sozialdemokratie wirklich begeistert.

Jetzt muss es in der Sache weitergehen. Die Entwurfsplanungen liegen vor. Wir können also zur Kenntnis nehmen, was neu geplant worden ist. Ganz ohne Unterstützung Dritter wird es allerdings nicht weitergehen können. Nachdem sich zu unserem großen Bedauern der Förderverein schon vor geraumer Zeit aus dem Projekt entgegen seiner früheren Zusage zurückgezogen hat, sind wir jetzt darauf angewiesen, dass zumindest das Land Nordrhein-Westfalen die bisher zugesagten Gelder für die Archäologische Zone auch tatsächlich zur Verfügung stellt. Hier helfen keine Schaufensterreden des Ministerpräsidenten, der immer nur in Sonntagsreden behauptet, wie wertvoll ihm das jüdische Erbe in Köln und die Präsentation der Archäologischen Zone sei. Jetzt muss er, übrigens anders als beim Staatsorchester oder anderen landespolitischen Themen, die unsere Kölner Kultur betreffen, seinen Worten auch Taten folgen lassen und sagen: Jawohl, die Landesregierung, auch die jetzt noch amtierende, ist bereit, nennenswerte

Mittel zuzusagen und tatsächlich zur Verfügung zu stellen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben - davon bin ich überzeugt - die volle Rückendeckung dieses Rates, das mit allem Nachdruck auch beim noch amtierenden Ministerpräsidenten einzufordern. Sie sollten das mit allem Nachdruck in Düsseldorf vertreten. Rüttgers muss jetzt sagen, ob er das tatsächlich will oder ob er nur so tut, als ob er das wolle. Das wäre auf jeden Fall zu wenig.

Wir müssen uns sicherlich noch mit einigen Einzelheiten der Projektrealisierung befassen. Einige Dinge sind noch nicht weiter ausgearbeitet. Wir haben allerdings Verständnis dafür, weil jetzt erst einmal die Finanzierungszusage des Landes, unter deren Vorbehalt die gesamte Realisierung steht, abgewartet werden muss. Aber die getrennten themenbezogenen Zugangsmöglichkeiten zur Archäologischen Zone und dem Museum der jüdischen Kultur oder auch unsere Forderung, die beiden Ausstellungselemente von unterschiedlichen Kuratoren betreuen zu lassen, sind schon Dinge, die nach weiteren Debatten wenn nicht hier im Rat, so doch in den Fachausschüssen von der Verwaltung ausgearbeitet werden sollten. Jedenfalls machen wir einen gewaltigen Schritt nach vorne in eine positive Facette hinein; das sollten wir hier schon dokumentieren.

Ich möchte zum Abschluss noch einen Punkt erwähnen, den ich ganz besonders erfreulich finde, und bitte Sie, Herr Oberbürgermeister, entsprechende Schritte einzuleiten. Wir haben uns natürlich auch bei anderen Drittmittelgebern immer wieder dafür eingesetzt, die Archäologische Zone, aber mehr noch das Haus und Museum der jüdischen Kultur mitzufördern. Ich weiß - ich nehme an, dass mir die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und der FDP gleich zustimmen werden können -, dass es wirklich sehr belastbare Signale aus dem Landschaftsverband Rheinland gibt, sich am Betrieb, an den Betriebskosten des Hauses und Museums der jüdischen Kultur zu beteiligen. Das geht möglicherweise - wir würden uns sehr freuen, wenn das klappen sollte - sogar bis hin zu der Frage, dass der Betrieb als solches vom Landschaftsverband Rheinland übernommen wird. Hiermit würde die kommunale Vereinigung LVR dokumentieren, dass sie überregionales, eigenes Interesse hat.

Nicht nur Herr Voigtsberger, sondern auch Herr Dr. Wilhelm als Vorsitzender der

Landschaftsversammlung haben mir ausdrücklich noch einmal auf den Weg gegeben, dass ich das hier erwähnen darf. Ich weiß, dass es dafür dort eine parlamentarische Gestaltungsmehrheit gibt. Mein herzlicher Dank gilt den Kolleginnen und Kollegen aus Verwaltung und Landschaftsversammlung des LVR. Das wäre wirklich eine großartige Sache, wenn der Landschaftsverband Rheinland dokumentierte, auch er ist nicht nur in Geist und Wort und Sinn dabei, sondern auch in finanzieller Hinsicht und beim Betrieb. Ich finde, das sollten wir annehmen. Wir freuen uns sehr darüber und bitten Sie, das weiterzuverfolgen.

Tolle Planung! Ich hoffe sehr, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr frühzeitig - das sage ich mit großem Respekt vor der Debatte, die wir eben geführt haben - anerkennen beziehungsweise überhaupt erkennen, dass wir nach lange geführter Debatte jetzt langsam in die finale Phase eintreten. Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, das zu dokumentieren. Sollte jemand anderer Meinung sein - ich will das nicht beschreiben -, dann ist es das gute Recht aller Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, dies zum Ausdruck zu bringen. Ansonsten wird es so weitergehen wie vorgesehen, weil die parlamentarischen Mehrheiten hier im Rat sehr eindrucksvoll, sehr breit und sehr nachhaltig sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und FDP)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Börschel. - Nächster Redner ist Herr Klipper.

Karl Jürgen Klipper (CDU): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt nicht noch einmal die Diskussionen der Vergangenheit Revue passieren lassen. All dem, was eben gesagt worden ist, kann ich mich anschließen. Aber ich möchte noch auf zwei Dinge hinweisen.

Die gestalterische Mehrheit von SPD, Grünen und FDP, die dieses Projekt initiiert hat, ist leider einem adligen Hasardeur oder Hochstapler aufgesessen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das könnte eine Beleidigungsklage
nach sich ziehen!)

- Ich sage das hier ganz klar, von mir aus auch in Anführungszeichen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das reicht nicht!)

Ich darf Sie an die Worte des verstorbenen Oberbürgermeister Harry Blum erinnern, der schon 1997 gesagt hat: Ich gehe erst in dem Augenblick auf diesen Adligen ein - ich nenne keinen Namen -, wenn ich einen bankbestätigten Scheck habe, dass dies umgesetzt werden kann. - Und in dieser Situation befinden wir uns heute, meine Damen und Herren. Wir haben im Preisgericht, in dem auch Graf Hoensbroech mit seiner Mannschaft vertreten war, einen Beschluss gefasst.

(Martin Börschel [SPD]: Ist das der
Hasardeur, Herr Frank?)

- Das habe ich in diesem Zusammenhang nicht gesagt. - Das Preisgericht hatte sich entschlossen, zuzustimmen, weil er gesagt hat: Sobald der Rat das beschlossen hat, machen wir das an der Stelle. Dann hat er gesagt: Wir machen das in dem Moment, wenn der Rat beschlossen hat, einen Wettbewerb auszuloben. Dann hat er gesagt: Das Geld kommt, sobald ein Bebauungsplan vorliegt. Ich könnte hier noch weiter fortfahren. Und ganz zum Schluss, als der Rat alles beschlossen hatte, weil er ihm vertraut hat, hat er gesagt: Ich muss mich leider aus diesem Projekt zurückziehen.

Mir und meiner Fraktion geht es hier nicht um den Ort an sich. Aber wir müssen konstatieren, dass wir jetzt in einem Dilemma stecken, weil vom Preisgericht das Wettbewerbsmodell als Sieger bestimmt worden ist, was nur als eine Einheit zu realisieren ist, während in den ursprünglichen Ausschreibungsunterlagen auch eine getrennte Realisierung vorgesehen war.

Ich erinnere daran, dass Sie, Herr Börschel, einmal gesagt haben: Wir realisieren diesen Teil nur, wenn nachhaltig größere Beträge für den Bau zur Verfügung gestellt werden. Das ist etwas anderes als die Unterhaltung des Baus, von der Sie gerade gesprochen haben. Ich freue mich, wenn der Landschaftsverband für die Stadt Köln etwas tun will.

(Martin Börschel [SPD]: Für den
Betrieb!)

- Sie haben eben gesagt: für den Unterhalt. Ich habe genau zugehört.

(Martin Börschel [SPD]: Nein, für den
Betrieb!)

Es geht hier aber nicht in erster Linie um den Betrieb, sondern um die Erstellung. Wir sprechen hier zunächst einmal - mit Ausnahme des Betrages für die Unterhaltung - über 48 Millionen Euro. Es ist davon auszugehen, dass Sie diese Vorlage heute unterstützen und beschließen werden. Ich sage Ihnen: Wir werden das nicht machen, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund.

Der Oberbürgermeister schreibt in seiner Vorlage: „Der Rat beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der rechtsverbindlichen Zusage von Fördermitteln in Höhe von 35,932 Millionen Euro, mit der Ausführung des Gebäudes...“ - Was passiert denn in dem Augenblick, wenn diese 35 Millionen Euro nicht fließen? Kennen Sie einen Plan B?

(Beifall von Jörg Uckermann [pro Köln])

Herr Oberbürgermeister, haben Sie denn Plan B einmal dargestellt? Was soll dann passieren?

(Martin Börschel [SPD]: Setzen Sie sich
beim Rüttgers mal ein! Das sind doch
Schaufensterreden!)

- Einen Augenblick! Selbst wenn Herr Rüttgers auf die 14 Millionen Euro noch 5 Millionen draufzut, haben Sie noch ein Defizit von 25 bis 30 Millionen Euro.

(Martin Börschel [SPD]: Immerhin!
Damit könnte er ja schon mal
anfangen!)

- Die 14 Millionen Euro sind ja schon fest zugesagt. Wir unterhalten uns jetzt über 30 Millionen Euro. Darum geht es hier.

Wenn das nicht der Fall ist, was passiert denn dann, meine Damen und Herren? Eine ehrliche Vorlage, Herr Oberbürgermeister, wäre es gewesen, wenn Sie gesagt hätten, wir stellen diese 30 Millionen Euro in den Haushalt ein. Das wäre eine ehrliche Vorlage gewesen.

(Beifall bei der CDU sowie bei
Jörg Uckermann [pro Köln])

Es kann doch nicht sein, dass ich das erst dreimal durchrechnen muss, bis ich zu dem Ergebnis komme, was passiert denn, wenn die Mittel nicht in dieser Höhe fließen. Es besteht das Risiko, dass in den Investitionshaushalt 30 Millionen Euro eingestellt werden müssen, weil Sie ansonsten nicht bauen können. Das ist Fakt. Mit einer solchen Vorlage, Herr Oberbürgermeister, sind wir nicht einverstanden,

unabhängig von den Diskussionen in der Vergangenheit.

(Martin Börschel [SPD]: Ich möchte eine Zwischenfrage stellen!)

Herr Börschel, wir unterstützen eindeutig die Archäologische Zone. Da gibt es für uns kein Wenn und Aber. Aber diese Kombination sehen wir, obwohl sie sich architektonisch verbessert hat, nicht als die richtige Antwort für diesen Platz an. Deswegen werden wir die Gesamtvorlage ablehnen.

(Martin Börschel [SPD]: Sind Sie denn bereit, sich beim Ministerpräsidenten für eine Förderung einzusetzen?)

- Das habe ich erst gestern gemacht.

(Martin Börschel [SPD]: Und was hat er gesagt?)

- Warten Sie mal ab. Wir sind im Landtagswahlkampf, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Ehe wir in der Runde weitergehen, möchte Herr Professor Quander dazu Stellung nehmen.

Beigeordneter Prof. Georg Quander: Herr Oberbürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf noch einmal ganz kurz daran erinnern, was Herr Börschel eben gesagt hat. Wir waren im letzten Spätsommer, nachdem der Förderverein seine Zusage zur Errichtung und zum Betrieb des Jüdischen Museums zurückgezogen hatte, in der schwierigen Situation, darüber zu befinden, wie wir weiter verfahren. Wir hatten Ihnen damals vorgeschlagen, eine reduzierte Form des aufgehenden Gebäudes mit den Architekten zu erarbeiten und das Jüdische Museum als integralen Bestandteil der Archäologischen Zone zu realisieren, weil uns zum damaligen Zeitpunkt weitere Fördermittel, die über die normale Städtebauförderung hinausgingen, in Aussicht gestellt worden waren. Wir hatten Sie gebeten, uns zu beauftragen, diese veränderte Planung vorzubereiten.

Die heutige Vorlage besteht also aus zwei Teilen:

Wir stellen Ihnen heute zum einen erstmals diese veränderte Planung vor, die Sie der Ihnen

vorliegenden Broschüre entnehmen können. Es ist für uns ganz wichtig, von Ihnen das politische Mandat zu erhalten, dass Sie mit dieser veränderten Planung so einverstanden sind, damit wir weitergehen können. - Das ist der eine Teil.

(Beifall bei Martin Börschel [SPD])

Der zweite Teil betrifft in der Tat die Finanzierung. Wie dargestellt, gibt es im Moment noch eine ganz erhebliche Finanzierungslücke. Fest stehen der städtische Anteil von 12 Millionen Euro und die 14 Millionen Euro Städtebauförderungsmittel, die uns in Aussicht gestellt sind. Aber der Rest, der im Wesentlichen für das aufschießende Gebäude vorgesehen ist, ist noch nicht gedeckt.

Wir versuchen nun - und das ist ganz wichtig gegenüber den potenziellen Zuschussgebern; insofern geht das auch nicht mit dem auseinander, was Herr Börschel damals gesagt hat, nämlich: wenn es zusätzliche Gelder gibt -, nachdem wir von dem Verein das Geld nicht bekommen haben, von dritter oder vierter Seite Geld einzuwerben, unter anderem EFRE-Mittel, vielleicht EU-Mittel, vielleicht Mittel von der Staatskanzlei. Nach den ersten Gesprächen, die der Herr Oberbürgermeister geführt hat, gibt es hier positive Signale.

Aber um ernsthaft Gespräche führen zu können, brauchen wir von Ihnen das Mandat, dass Sie das Projekt so realisieren wollen, wenn wir denn diese Gelder bekommen, also wenn wir das Projekt finanzieren können.

(Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen]: Das Signal will Herr Klipper nicht geben!)

Von daher denke ich, Herr Klipper, ist die Beschlussvorlage relativ klar. Darin heißt es: „vorbehaltlich“. Das bedeutet auch, dass wir, wenn wir die Gelder nicht bekommen oder nur einen Teil zusammenbekommen, noch einmal eine entsprechende Vorlage in den Rat einbringen werden, damit Sie dann entscheiden können,

(Karl Jürgen Klipper [CDU]: Machen Sie es doch direkt! - Martin Börschel [SPD]: Herr Klipper, ich denke, der Rüttgers hat das Geld gegeben!)

ob Sie diese Restsumme noch decken wollen oder ob Sie das Projekt aufgeben wollen. Aber das ist doch eine Entscheidung, die wir nicht präjudizieren wollen. Im Moment geht es darum,

dass wir ein klares politisches Mandat bekommen, mit dem wir dann auch die Verhandlungen mit weiteren Zuschussgebern führen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Martin Börschel [SPD])

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Professor Quander. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Sie können an dieser Ratssitzung sehen, wie nah Freud und Leid in der Kommunalpolitik zusammenliegen. Eben haben wir eine Niederlage in Sachen Neubau des Schauspielhauses erlitten, und jetzt zeichnet sich eine Mehrheit ab für eines der wichtigsten Projekte, für das wir uns als Liberale seit Jahren, ja, Jahrzehnten eingesetzt haben.

Ich habe in einer der letzten Debatten, die wir darüber geführt haben, unseren damaligen Kreisvorsitzenden Werner Hoyer zitiert, der sich schon 1985 in einer Pressemitteilung dafür stark gemacht hat, das Haus und Museum der jüdischen Kultur auf dem Rathausvorplatz zu errichten.

1999 haben wir dieses Projekt in unseren Koalitionsvertrag mit der CDU geschrieben. Es hat dann Symposien dazu gegeben. Leider ist die CDU mit diesem Projekt nie richtig warmgeworden, auch Oberbürgermeister Fritz Schramma nicht.

Ihnen, Herrn Klipper, will ich noch eines sagen: Ich bin Mitglied dieses Fördervereins und war auch enttäuscht, was dabei herausgekommen ist. Aber es war der Verein, der uns als Stadt Köln darauf hingewiesen hat, dass wir dort einen solchen Schatz haben. Dass wir heute hier über ein solches Projekt reden, hat auch damit zu tun, dass der Verein uns gedrängt hat, diesen Schatz zu heben. Ohne den Verein wären wir nicht so weit gekommen. Leider hat er immer gesagt: Wir stehen für das und das finanziell gerade. Ansonsten wäre es längst eine der vornehmsten Aufgaben der Politik der Stadt oder anderer staatlicher Ebenen gewesen, dieses Projekt an dieser Stelle zu realisieren.

(Beifall bei der FDP und bei Barbara Moritz [Bündnis 90/Die Grünen])

- Herzlichen Dank! Im Protokoll wird vermerkt: Applaus von Frau Kollegin Moritz.

(Manfred Waddey [Bündnis 90/Die Grünen]: Wenn du recht hast, hast du recht!)

Wir haben dann einen Wettbewerb durchgeführt. Ich meine, die CDU findet seit 1999, seitdem wir diesen Weg gemeinsam auch mit der CDU hier gehen, immer wieder ein neues Haar in der Suppe. Welche Rolle Herr Lemper gespielt hat, der im Preisgericht dieses Wettbewerbs saß und wie er dort abgestimmt hat, will ich hier nicht noch einmal erwähnen.

(Zuruf: Darfst du nicht!)

- Doch. Er hat es ja selber hier gesagt. Deswegen darf ich das hier sagen, nämlich dass er bei der entscheidenden Abstimmung wegen eines Autounfalls gar nicht dabei gewesen ist.

Bei diesem Wettbewerb haben wir eine ganz tolle Lösung gefunden, die sich jetzt auch als richtig bewahrheitet.

(Beifall bei Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen)

Es wird nämlich keine peinlichen Pavillons auf dem Platz, die irgendetwas nachzeichnen, geben. Wir haben vielmehr eine große Lösung, die auch städtebaulich die Situation vor dem Zweiten Weltkrieg nachzuzeichnen. Es gibt Verbesserungen - Kollege Börschel hat sie eben hier angesprochen - dergestalt, dass das Museum vom Wallraf-Richartz-Museum abrückt, sodass wir an dieser Stelle im Grunde zwei neue Plätze gewinnen, nämlich einen intimen Rathausplatz, wie es ihn schon vor dem Zweiten Weltkrieg gab, und einen anderen Platz vor dem Wallraf-Richartz-Museum, auf dem vielleicht einmal die beiden Stifterdenkmäler aufgestellt werden können.

Herr Dr. Schütte hat mich an einem der letzten Samstage mit in die Ausgrabungsstätten genommen. Viele Dinge kann man ja von oben sehen, beispielsweise den großen Saal an der Obermarspforten und dahinter eine kleine Tür, wo zwei Treppen zu einem Brunnen herunterführen. Meine Damen und Herren, das, was da ausgegraben worden ist, das, was künftig in der Archäologischen Zone und im Jüdischen Museum präsentiert wird, das ist ganz großes Kino. Die Leute werden dorthin pilgern, um sich das anzuschauen. Das, was wir hier haben, wird das Jüdische Museum in München weit in den Schatten stellen. Gehen Sie herunter

in die Ausgrabungsstätten! Lassen sich das zeigen! Wir können stolz sein auf 2 000 Jahre Geschichte.

Deswegen finde ich es schade, dass die CDU sich an dieser Stelle mit dem nächsten Haar, das sie meint, in der Suppe gefunden zu haben, aus der Verantwortung stiehlt. Ich meine, wir sollten das hier heute beschließen. Das ist ein großer Erfolg. Ich freue mich auf die weiteren Ausgrabungen und auf die Realisierung des Projektes, das im Jahre 2013 eröffnet werden wird. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Herr Sterck. - Als Nächstes spricht Herr Uckermann.

Jörg Uckermann (pro Köln): Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Ich habe die heutige Tischvorlage, die die Entwürfe beinhaltet, mit ans Rednerpult gebracht und werde gleich noch darauf eingehen.

Mit Datum vom 24. März wurde uns zur Beratung am heutigen Tage, also am 13. April, die Entwurfsplanung für den Neubau der Archäologische Zone und des Jüdischen Museums vorgelegt. Normalerweise ist es üblich, so etwas zunächst einmal in die Fachgremien einzubringen, damit man die Möglichkeit hat, sich auch interfraktionell auszutauschen, aber auch mit Leuten aus der Zivilgesellschaft darüber zu reden, was sie davon halten.

Vor Jahren gab es hier in Köln eine Ausstellung mit dem Titel „Die gute Regierung“. Ein Schlüsselsatz dieser guten Regierung, übrigens ein hier in Köln geprägter Begriff, ist, dass man eine Sache lange und intensiv berät, sie beschließt und dann auch bei seinem Beschluss bleibt. Wir haben ja heute miterlebt, wie das bei einer Schlüsselfrage, nämlich dem Schauspiel- und Opernhaus, obwohl sie lange beraten und dann beschlossen wurde, letztlich doch noch in die Hose gegangen ist.

Meine Damen und Herren, warum tun wir uns das hier jetzt wieder an? Ich habe eben von Herrn Klipper den Schlüsselsatz gehört, der, als er sachlich gefragt wurde, geantwortet hat: Wir sind im Landtagswahlkampf. Eben wurde gesagt, man sei nicht in der Lage, ein solches Projekt aus den kommunalen Haushaltsfinanzen - die Stadt Köln hat immer noch keinen Haushalt für

dieses Jahr - zu stemmen, sondern sei auf informelle Gespräche angewiesen; Herr Börschel hat ja eben erzählt, mit wem er schon darüber gesprochen hat. Aber wenn die Leute dann „Butter bei die Fische“ tun und die entsprechenden Beschlüsse fassen müssen, werden sie vorsichtig und sagen: Wir sind im Landtagswahlkampf. Eine unmögliche Äußerung!

Die Bürgerbewegung pro Köln ist davon überzeugt, dass ein Jüdisches Museum für Köln eine Bereicherung sein und die Kulturlandschaft deutlich aufwerten wird. Wir wären froh, wenn sich das realisieren ließe, sind aber mit der heute zu beschließenden Verwaltungsvorlage nicht in allen Punkten einverstanden. Auch vor dem Hintergrund, dass man mich vielleicht gleich widerlegen wird, will ich das begründen.

In Punkt 1 heißt es:

Der Rat nimmt die Entwurfsplanung für den Neubau der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums Köln zur Kenntnis.

Dem können wir zustimmen. Es ist toll, dass die Verwaltung solche Entwürfe macht.

Auch Punkt 2, in dem es um die weiteren Planungskosten geht, können wir zustimmen. Natürlich ist es vernünftig, das zu tun.

Aber dann kommt Punkt 3. Der Anfang ist ein bisschen schwammig. Auch der Landschaftsverband wird genannt, wobei man aus der Vorlage nicht Genaueres dazu erfährt. Dann heißt es - ich zitiere einmal wörtlich -:

Die bislang im Haushalt veranschlagten 44,915 Mio. Euro sind somit um 3,107 Mio. Euro zu erhöhen, ...

Aber wir haben doch bisher noch gar keinen genehmigungsfähigen Haushalt. Kulturausgaben sind sogenannte freiwillige Leistungen. Rechtlich ist das so. Das ist keine Pflichtaufgabe der Kommune, auf die die Bürger pochen können, sodass wir gezwungen wären, etwa die Severinsbrücke zu verkaufen. Rechtlich gesehen sind Kulturausgaben freiwillige Leistungen. Daher stellt sich für mich die Frage - ich bitte den Kämmerer oder einen anderen Vertreter der Verwaltung, diese Frage direkt zu beantworten -: Kann man denn hier überhaupt schon einen Beschluss fassen, wenn es bislang weder einen Haushaltsplanentwurf noch einen genehmigten Haushalt gibt? Wie wird der Regierungspräsident, der ja die Aufsicht über die Kommune führt, das sehen? Im

Landtagswahlkampf ist das alles ja ein bisschen tückisch: hier der SPD-Oberbürgermeister, da der CDU-Regierungspräsident. Da muss man mit allem rechnen, nicht wahr.

Wie gesagt, uns ist ein Jüdisches Museum wichtig. In der Stadt Köln gab es insbesondere im Mittelalter, im 12. Jahrhundert, einige prägende Bereiche für das aschkenasische Judentum. Wir haben eine Städtepartnerschaft mit Tel Aviv. Es ist bestimmt sinnvoll, sie zu nutzen. Aber nicht nur für mich stellt sich die Frage: Muss das unbedingt an diesem Platz vor dem historischen Rathaus sein? Folgender Satz der Verwaltungsvorlage hat mich aufhorchen lassen, nämlich:

Das Jüdische Museum legt sich als schützende Schicht über den Luftraum der Archäologischen Zone und bildet diese im Stadtraum ab.

Ganz ehrlich, ich habe den Eindruck, das Jüdische Museum wird zumindest instrumentalisiert, für was auch immer. Welche Exponate wird es denn da geben?

Damit komme ich zu dem Entwurf, den Sie hier heute vorlegen.

(Der Redner hält Zeichnungen hoch)

Hier sehen Sie den großen Klotz - das sehen Sie auf der Tribüne vielleicht auch noch -, der vor der Rathausfassade aufgebaut wird. Er wird in etwa die Höhe des Spanischen Baus haben. - Hier sehen Sie das Wallraf-Richartz-Museum mit seinen Panoramafenstern. - Für mich stellt sich die Frage: Was geschieht denn eigentlich mit den Kunstwerken in der Mittelalterausstellung des Wallraf-Richartz-Museums, wenn sich die Lichtverhältnisse ändern? Wie sieht das aus mit dem Panoramablick, den man jetzt noch dort hat? Man hat die Fenster doch nicht ohne Grund an dieser Stelle platziert.

Am 30. August letzten Jahres hatten wir eine Kommunalwahl. Ich kann mich natürlich noch gut daran erinnern, dass in einigen Wahlprogrammen stand, man wolle dafür sorgen, dass dieser Platz in dieser Form erst einmal städtebaulich, zumindest was einen Hochbau angeht, frei bleibt. Ich denke, das sollte man auch tun. An dieser Stelle ist Köln ziemlich eng bebaut. Das historische Rathaus ist ein Schmuckstück. Bedingt durch die Zerstörungen im Krieg gibt es nicht mehr viele Gebäude dieser Art. Der Platz vor dem Rathaus ist sehr beliebt. Ich denke, man sollte ihn so belassen.

In Berlin gibt es auch ein Jüdisches Museum. Dort wurde ein geeigneter Ort dafür gefunden. Ich würde dafür plädieren, das auch hier zu tun. Wir sind für ein Jüdisches Museum. Aber es muss hier ein Beschluss gefasst werden, der auch wirklich belastbar ist und nicht nur von schönen Schaufensterreden, wie wir sie eben gehört haben, geprägt ist. Ich bitte daher, das Ganze zu verschieben. Die Punkte 1 und 2 können wir mitbeschließen. Der Punkt 3 sollte erst in den Stadtentwicklungsausschuss und den Kulturausschuss gehen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei pro Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Nächste Rednerin ist Frau Stahlhofen.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.Köln): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Meine Damen und Herren! Wir alle sind, glaube ich, schon ein bisschen durch den Wind, weil wir eben eine wilde Debatte erlebt haben. Ich möchte deshalb nur zu der Vorlage sprechen.

Die Archäologische Zone ist nicht das Jüdische Museum. Wir haben uns das letzte Woche noch einmal vor Ort sehr genau angesehen, weil es natürlich schwer ist, mal eben so eine derart umfangreiche Maßnahme zu beschließen. Uns wurde gezeigt, was dort alles ausgegraben worden ist. Ich muss Herrn Sterck - leider hört er mir gerade nicht zu; aber das macht nichts - recht geben: Es ist in der Tat großes Kino, große Geschichte. Das muss mit einem vernünftigen Museum verbunden sein.

Es geht hier um eine Archäologische Zone und nicht nur um das Jüdische Museum. Das ist ein ganzheitlicher Ansatz, der unterstützenswert ist. An dieser Stelle gibt es Ausgrabungen aus der Zeit der Römer, des Mittelalters und der Neuzeit. Das soll genau so erhalten werden, um die Stadtgeschichte ganzheitlich darzustellen. Das Multikulturelle gibt es ja schon seit 2 000 Jahren in unserer Stadt. In der Römerzeit war Köln nicht ausschließlich römisch, im „Hillige Kölle“ waren wir auch nie immer nur katholisch. Genau das soll dort zusammengetragen werden. Was man dort an Exponaten freigelegt hat, will man an der Stelle auch so belassen, damit eben das ganzheitliche Kölnische Leben dargestellt wird.

Zur Platzgestaltung. Das Gebäude als solches ist ja noch einmal verkleinert worden, was dem Platz zum Wallraf-Richartz-Museum zugutekommen wird. Auch die Kooperationen mit

dem Wallraf-Richartz-Museum, die angedacht sind, sind begrüßenswert. Man geht in den Planungen auch schon einen Schritt weiter, indem man gemeinschaftliche Zugänge vorbereiten will, vorbehaltlich der Kostendeckung etc.

Vorbehaltlich der Kostendeckung, so wie es im Beschlussvorschlag steht, würden wir der Vorlage gerne zustimmen; denn 2 000 Jahre Kölner Geschichte sind einfach erhaltenswert. - Danke.

(Beifall bei der Linken.Köln)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Vielen Dank, Frau Stahlhofen. - Ich eröffne jetzt die zweite Runde. - Herr Ensmann, bitte.

Bernhard Ensmann (CDU): Der Redebeitrag von Herrn Börschel hat mich motiviert, mich zu Wort zu melden. Wir haben zehn Ratsmitglieder in der Landschaftsversammlung Rheinland. Bei der Haushaltseinbringung hat die Kämmerin, Frau Hötte, deutlich gemacht, in welcher dramatischen Finanzsituation sich der Landschaftsverband befindet. Als er zum 1. Januar seine Umlage um 0,15 Prozent erhöhte, gab es einen Sturm der Entrüstung vonseiten der Beitragszahler.

Als heute Morgen der Krankenhausausschuss 2 tagte, in dem auch mehrere Kollegen der SPD sitzen, wurde vom Kämmerer des Landschaftsverbandes noch einmal die Brisanz der Lage deutlich gemacht. Er hat wörtlich erklärt, dass im Jahr 2012/13 praktisch das gesamte Vermögen aufgezehrt sein wird und ein Haushaltssicherungskonzept droht. Deswegen bin ich natürlich erstaunt über das Ergebnis der Gespräche zwischen Herrn Börschel und dem Vorsitzenden sowie Landesdirektor Voigtsberger.

Dazu folgende Frage: Wie und in welcher Größenordnung muss man sich das denn vorstellen? Mit welchen Beträgen ist vonseiten des Landschaftsverbandes konkret zu rechnen? Das, denke ich, muss dringend geklärt werden, damit wir hier nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen und das Projekt in dem Glauben beschließen, dass wir vom Landschaftsverband vielleicht 10 Millionen Euro erhalten werden. Diese Fragen sind vorab zu klären. Auch wir werden im Landschaftsverband nachfragen, wie der Stand der Dinge ist, ob es etwaige Zusagen gibt und in welcher Größenordnung sich diese bewegen. Wir als

Mitglieder der Landschaftsversammlung wollen darüber informiert werden, was von dieser Seite zu erwarten ist. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeister Jürgen Roters: Gibt es weitere Wortbeiträge? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Beschlussvorschlag.

Als Erstes stimmen wir über den Verweisungsantrag der Fraktion pro Köln an den StEA und den Ausschuss für Kultur. Das ist der weitergehende Antrag. Wer ist für diesen Antrag der Fraktion pro Köln? - Das ist die Fraktion pro Köln. Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Dagegen sind SPD, Grüne, CDU, FDP, Linke, Herr Hoffmann und Herr Zimmermann.

Jetzt kommen wir zur Entscheidung über die Vorlage. Wer für diesen Beschlussvorschlag der Verwaltung ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD, die FDP, die Grünen, die Linken, Herr Zimmermann und der Oberbürgermeister. Wer enthält sich? - Keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag so angenommen.

(Beifall bei SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken.Köln sowie bei Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde])

Ich schließe die heutige Sitzung, bedanke mich für die anregende Diskussion und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Schluss: 20.07 Uhr)